Stadt Bern
Stadtrat

Genehmigung am 27.06.2024 (genehmigt)

Protokoll 10

Stadtratssitzung
Donnerstag, 16.05.2024, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll inkl. Audio siehe: https://bern.recapp.ch/shareparl/

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr....3
2023.SR.0112....4
1 Begrüssung und Mitteilungen
Diskussion zu einem aktuellen Ereignis (Art. 49 GRSR) 6
2024.SR.0034....19
2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2024 (Protokoll 7 vom 28.03.2024)
2022.SR.000194 20
3 Finanzkommission (FIKO): Ersatzwahl
2014.PRD.000077....20
4 Areal Goumoëns, Goumoënsstrasse 46 – 54: Änderung des Zonenplans und Teilrevision der Bauordnung vom 24. September 2006 (BO; SSSB 721.1); Abstimmungsbotschaft
2016.PRD.000132....21
5 Neubau Volksschule Weissenbühl; Baukredit (Abstimmungsbotschaft)
2024.SR.0074....27
15 Dringliche Interfraktionelle Interpellation GLP/JGLP/EVP, Mitte, FDP/JF, SP/JUSO, GFL, SVP (Maurice Lindgren, GLP/Bettina Jans-Troxler, EVP/Debora Alder-Gasser, EVP/Milena Daphinoff, Mitte/Simone Richner, FDP/Bernadette Häfliger, SP/Francesca Chukwunyere, GFL/Matthias Humbel GFL/Janosch Weyermann, SVP): Entschiedenes Handeln gegen Antisemitismus an Berner Schulen
Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr. 36
Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr....37
2024.SR.0074....38
15 Dringliche Interfraktionelle Interpellation GLP/JGLP/EVP, Mitte, FDP/JF, SP/JUSO, GFL, SVP (Maurice Lindgren, GLP/Bettina Jans-Troxler, EVP/Debora Alder-Gasser, EVP/Milena Daphinoff, Mitte/Simone Richner, FDP/Bernadette Häfliger, SP/Francesca Chukwunyere, GFL/Matthias Humbel GFL/Janosch Weyermann, SVP): Entschiedenes Handeln gegen Antisemitismus an Berner Schulen
2024.SR.0067....43
18 Dringliche Motion David Böhner (AL), Anna Jegher (JA), Paula Zysset (JUSO), Nora Krummen (SP), Matteo Micieli (PdA), Seraphine Iseli (GB), Mirjam Roder (GFL): Keine Kollektivstrafen bei Sportveranstaltungen

2021.SR.000198 53
6 Postulat Eva Gammenthaler (AL) - übernommen durch Raffael Joggi (AL): Überwindung des Kapitalismus: Fundierte Analyse des städtischen Handlungsspielraums
2023.SR.0110 63
7 Motion Judith Schenk (GLP) und Gabriela Blatter (GLP): Vermeidung von Vogelschlag
2022.SR.000215 64
8 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Stopp der Diskriminierung in Betrieben, die von der Stadt gefördert werden und mit denen ein Leistungsvertrag besteht!
Verschoben und eingereicht 69
Schluss der Sitzung: 22.31 Uhr. 71

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi
Timur Akçasayar
Lena Allenspach
Ruth Altmann
Emanuel Amrein
Ursina Anderegg
Mirjam Arn
Oliver Berger
Tom Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Laura Binz
Gabriela Blatter
David Böhner
Michael Burkard
Francesca Chukwunyere
Milena Daphinoff
Sibyl Eigenmann
Nik Eugster
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Katharina Gallizzi
Lionel Gaudy
Franziska Geiser
Thomas Glauser
Muriel Graf
Lukas Gutzwiller
Bernadette Häfliger
Bernhard Hess
Matthias Humbel
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Raffael Joggi
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Anna Leissing
Maurice Lindgren
Simone Machado
Denise Mäder
Esther Meier
Daniel Michel
Szabolcs Mihalyi
Tanja Miljanovic
Dominic Nellen
Barbara Nyffeler
Mehmet Özdemir
Florence Pärli Schmid
Halua Pinto de Magalhães
Simone Richner
Claudio Righetti
Mirjam Roder
Sarah Rubin
Michael Ruefer
Mahir Sancar
Judith Schenk
Nicole Silvestri
Chandru Somasundaram
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Bettina Stüssi
Michael Sutter
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Janosch Weyermann
Marcel Wüthrich
Paula Zysset

Stadtrat entschuldigt

Janina Aeberhard
Debora Alder-Gasser
Sofia Fisch
Thomas Hofstetter
Seraphine Iseli
Nora Krummen
Corina Liebi
Salome Mathys
Matteo Micieli
Niklaus Mürner

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsidentin: Liebe Kolleg*innen, liebe Anwesende auf der Tribüne, geschätzte Medienschaffende, ich begrüsse euch ganz herzlich zu der heutigen Stadtratssitzung und gebe gerade die Entschuldigungen bekannt. Für beide Sitzungen entschuldigt sind Corina Liebi von der JGLP, Thomas Hofstetter von der FDP, Sofia Fisch von der JUSO, Matteo Micieli von der PdA, Niklaus Mürner von der SVP, Annina Aeberhard von der GLP und Seraphine Iseli vom GB. Und für die zweite Sitzung entschuldigt sind Daniel Michel, Michael Sutter, Claudio Righetti, Lionel Gaudy und Lukas Wegmüller.
Und dann habe ich eine weitere Information. Und ich bitte euch, euch hinzusetzen und ruhig zu sein, denn es ist eine sehr traurige Nachricht, die ich euch verkünden muss, weil ich einen Todesfall zu verkünden habe. Es geht um alt Stadtrat Daniel Lehmann, der am 3. Mai dieses Jahres verstorben ist. Er war für die SVP im Stadtrat von 2017 bis 2019. Er war auch Mitglied der FSU. Er war Meisterlandwirt und Jurist aus dem ländlichen Westen von Bern und zuletzt auch noch Gemeinderatsmitglied in Frauenkappelen. Wir sprechen den Angehörigen und den Freunden und Freundinnen unser herzlichstes Beileid aus und werden auch im Namen des Stadtrates eine Kondolenzkarte verschicken. Wir werden jetzt aufstehen für eine Gedenkminute.
Es folgt eine Gedenkminute.
Herzlichen Dank. Es ist immer schwierig, in der Sitzung fortzufahren nach solchen Nachrichten. Und trotzdem werde ich jetzt weitermachen mit weiteren Mitteilungen. Zuerst einmal wie immer: Denkt daran zu badgen. Vorstösse einreichen: die dringlichen bis um 21 Uhr und alle anderen bis um 21.30 Uhr. Weiter könnt ihr euch noch bis Sonntag anmelden für den Stadtratsausflug am 6. Juni. Und heute in der Stadtratspause hat uns Thomas Göttin ins Burgernziel eingeladen, und zwar für die 2000-Watt-Areale im Burgernziel. Dazu hättet ihr euch schon anmelden sollen, wenn ihr mitkommen wollt.
Dann starten wir gleich mit den Ordnungsanträgen. Es sind 2 Ordnungsanträge von der FDP/JF-Fraktion eingegangen. Wir stimmen zuerst über den ersten Ordnungsantrag an, wo es darum geht, dass die Traktanden 15 und 18 direkt nach Traktandum 5 traktandiert werden. Das sind die dringlichen Vorstösse. Und wir stimmen darüber ab.

Antrag
1 FDP/JF:
Ordnungsantrag:
Die Traktanden 15 "Dringliche Interfraktionelle Interpellation Entschiedenes Handeln gegen Antisemitismus an Berner Schulen" und 18 "Dringliche Motion Keine Kollektivstrafen bei Sportveranstaltungen" sind nach Traktandum 5 zu behandeln.

Abstimmung Nr. 004

2023.SR.0112: Ordnungsantrag 1	
Annahme	
Ja	39
Nein	12
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen.

Dann kommen wir zum zweiten Ordnungsantrag, und zwar, dass die Traktanden 9 und 29 – beide zum Thema Schützenmatte – zusammen behandelt werden.

Antrag
2 FDP/JF:
Ordnungsantrag:
Die Traktanden 9 "Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Ende Zwischennutzung Schützenmatte: Die aufgehobenen gebührenpflichtigen Parkplätze sind umgehend provisorisch wieder in Betrieb zu nehmen. Die leidende Stadtkasse ist auf diese Einnahmen von 6000'000 Franken pro Jahr dringend angewiesen!; Ablehnung" und Traktandum 29 "Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, AL (Anna Leissing/Rahel Ruch, GB/Jemima Fischer, AL): Schützenmatte: Wann gibt es endlich Freiraum statt Parkplätze?" sollen gemeinsam behandelt werden.

Abstimmung Nr. 005

2023.SR.0112: Ordnungsantrag 2

Annahme

Ja	49
Nein	5
Enthalten	0

Präsidentin: Den Antrag habt ihr angenommen. Wir werden dementsprechend die Traktandenliste so anpassen.
Dann ging ein Antrag ein auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis. Dieser Antrag wird wie jedes Mal nicht mündlich vorgestellt. Wir werden darüber abstimmen, ob hier die Diskussion eröffnet wird. Wenn die Mehrheit das so will, dann wird jede Partei 5 Minuten Zeit haben, um Stellung zu nehmen zu dem aktuellen Ereignis – in diesem Fall die Ausschreitungen bei der Reitschule in der Nacht auf Sonntag, den 5. Mai. Es wird keine Einzelvoten geben. Aber Personen, die keiner Fraktion angehören, haben ebenfalls 5 Minuten Zeit. Dann stimmen wir ab über den Antrag.

Antrag
3 SVP:
Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis (Art. 49 GRSR):
Wie stellen sich der Gemeinderat und die Fraktionen zu den neusten gravierenden gefährlichen Angriffen der gewalt-extremistischen Linken auf die Polizei?
Soll der für das Dossier zuständige Gemeinderat verteidigte «Sonderfall Reithalle» weiterhin geduldet werden, müssen durch die extremistische Strassenblockaden im Raum Reithalle hingenommen werden?
Müssen die logistische Basis und der Gefechtsechtstand für Angriffe auf die Polizei und Passanten weiterhin vom Steuerzahler subventioniert und die davon ausgehenden Gefahren akzeptiert werden? Wenn ja, wieso?
Nebst der vorgesehenen Aufhebung der letzten Parkplätze beim Viadukt, was für andere Konsequenzen will der Gemeinderat angesichts der sich seit dem Rückzug von Pinto nochmals massiv verschlechterten Sicherheitslage ziehen?
Es interessiert, wie sich der Gemeinderat und insbesondere der für das Dossier zuständige Stadtpräsident und die Parteien zu all diesem Fragen stellen?
Distanzieren sich die im Stadtrat vertretenen Parteien vor diesen brutalen Gewalttaten oder sind sie ein legitimes Mittel im Kampf gegen den Kapitalismus?

Abstimmung Nr. 006

2023.SR.0112: Antrag 3	
Annahme	
Ja	33
Nein	22
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen.

Diskussion zu einem aktuellen Ereignis (Art. 49 GRSR)

Präsidentin: Dann können sich die Parteien gerne anmelden. Alex Feuz spricht für die SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Partei: Ich möchte zuerst allen danken, den Fraktionen, die zugestimmt haben und auch den Einzelmitgliedern, die dem Antrag zugestimmt haben. Ich versuche hier sachlich zu sein. Ihr habt gesehen, dass die SVP-Fraktion auch zugestimmt hat, die Traktanden bezüglich der Parkierung zusammen zu behandeln. Ich werde mich auch befleissigen, in den anderen Traktanden kurz zu reden, und teilweise werden wir die Diskussion dort nicht verlangen.
Ich möchte Valentina Achermann danken, dass sie alte Vorstösse aus 2016 und 2017 traktandiert hat. Das ist nicht irgendwie ein Geheimabkommen gewesen, das im "Volver" stattgefunden hat. Nein, das waren die alten Vorstösse, die man mal traktandiert hat, dann wurden sie verschoben. Jetzt wurden sie wieder aufgenommen. Jetzt sind sie drin. Das war also jetzt ein bisschen ein glücklicher Zufall, ein Deus ex Machina. Auch ein Dank an die Medien, die die Problematik nicht verschwiegen haben, und vor allem sehen, dass es nicht ein einmaliges isoliertes Ereignis war, sondern – wenn ihr die alten Vorstösse anschaut, die Henri Beuchat und ich eingereicht haben – wir haben schon in anderen Jahren schlimme Vorfälle gehabt. Ihr habt meine Kleinen Anfragen gesehen mit der Antwort, dass man keine Videoüberwachung machen will. Ihr seht, die Medien haben es aufgegriffen. Ich danke insbesondere auch dem Schweizer Fernsehen, "10 vor 10", das vor Ort war. Leider wurden wir vertrieben. Wir konnten nicht vor Ort filmen. Ich danke dem "Berner Bär", der gesagt hat: "Die Stadt brennt, der Stapi pennt." Ich komme später darauf zurück. Ich danke Telebärn und Tamedia, die die Sache auch gebracht haben. Ich werde meine Ausführungen sehr kurzhalten, für die Sachverhalte verweise ich auf die Berichterstattung, auf die Orte. Wir haben hier eine Bundeshauptstadt, wir haben einen rechtsfreien Raum, unter dem selbst die Reithalle leidet, ihre Betriebe. Ihr seht eben: So geht es nicht weiter. Das sind die Folgen der Laisser-faire-Politik, wenn man nichts macht.
Vom Stadtrat interessiert uns, wie sich die Fraktionen dazu stellen, zu dieser ganzen Situation rechtsfreier Raum, dazu, dass man dort eben gefährdet ist, dass Notfalldienste angegriffen werden, dass teilweise Strassensperren gemacht werden, ob man sich hier distanziert und man klare Forderungen an die Reithalle stellt. Jetzt, vom Gemeinderat verlange ich mehr. Ich bin der Meinung, Ihr habt es gesehen, wir haben den Stadtpräsidenten, der das Dossier gewollt hat. Er hat sich weggeduckt, das sagt das Zitat im Berner Bär des Regierungsrates Müller, des Polizeidirektors. Es ist wirklich eine Problematik. Man weiss, es brennt und dann will man nach Tagen vielleicht mal

das Gespräch suchen. Man will nicht hineingehen, man will nichts machen. Ich sage: Es ist kein einmaliges Ereignis. Es waren mehrere Ereignisse, die man jetzt einfach aufnehmen sollte. Es bringt nichts, wenn man jetzt die Parkplätze der SBB-Mitarbeiter entfernt. Es wäre wichtig, dass man hier die Konsequenzen zieht. Für mich ist ein ganz wichtiger Punkt der Sicherheitsdienst der Reithalle. Ich sage, wenn man die Leute vor der Reithalle hätte schützen wollen, wäre es das Einfachste gewesen, die Krawallbrüder nicht in die Reithalle zurückzulassen. Wenn sie einmal wieder in der Reithalle drin sind, dann kann man sie nachher nicht mehr fangen. In diesem Zusammenhang möchte ich der Polizei für den undankbaren Einsatz danken, die ist nämlich nicht ausgerückt, um in der Reithalle Ordnung zu machen. Nein, das waren 2 Polizeipatrouillen, die sowieso unterwegs waren. Und dann hat auf einmal eine Barrikade gebrannt. Dann hat es geheissen, es brennt etwas. Und dann sind die im normalen Tenue, nicht in der Demoschutzausrüstung, dort gewesen und sind nachher mit Laser – wir alle wissen, was das für Augenverletzungen verursacht – attackiert worden. Und jetzt haben wir einen Sicherheitsdienst, der weder äusserlich kenntlich ist noch mit der Polizei zusammenarbeitet, sondern verhindert, dass die Leute dort hineinkommen. Das ist für mich ein Zustand, in dem man sagen muss, dass man das nicht akzeptieren muss. Jede Bar auf dem Land wäre längstens geschlossen. Der Sonderfall Reithalle, die der Herr Stadtpräsident immer verteidigt, ist mit der Rechtsordnung nicht vereinbar. Aber es ist eben auch kein Wunder, dass die Besucher und Passanten von dieser Situation bedroht und gefährdet sind. Es ist einer Bundesstadt und eines Rechtsstaats unwürdig, solche Verhältnisse zu haben.
Aber wir haben auch andere Probleme. Ich wollte ein Interview geben, ging aber nicht in die Reithalle hinein, denn ich akzeptiere das Hausverbot, finde dieses allerdings ungerechtfertigt, aber es ist da. Aber man musste weggehen, auch vom Container. Man sagte: Dort dürft ihr nicht filmen. Ich muss sagen, die Linken würden jetzt sagen: Reclaim the streets. Man darf sich dort nicht mehr aufhalten. Dagegen und auch bezeichnenderweise gegen die Diskriminierung von Leuten, die eine andere politische Meinung haben, hat bis jetzt der Stadtpräsident, wir werden heute auch darüber diskutieren, keine Einwände gehabt.

Die Präsidentin bittet den Votanten, zum Schluss zu kommen.

Und das sind alles Sachen der Sicherheit. Ich komme gleich zum Schluss. Ich bin der Meinung, das sei nicht gut. Ich habe Probleme aufgezeigt und erwarte jetzt hier vor allem vom Gemeinderat die Klärung der Fragen. Ich danke abschliessend noch einmal all jenen, die die Gelegenheit für die Diskussion gegeben haben, die, so hoffe ich, sachlich sein wird.

Präsidentin: Danke, Alex. Das Wort hat Barbara Keller für die SP.

Barbara Keller (SP) für die Partei: Gewalt ist keine Lösung. Die SP verurteilt den Gewaltausbruch bei der Schützenmatte in der Nacht auf den 5. Mai klar. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Aktivistinnen und Aktivisten und der Polizei. Dabei wurden mehrere Menschen verletzt. Das ist ein Zustand, den wir nicht akzeptieren können. Niemandes körperliche Integrität darf angegriffen werden. Wir wünschen ihnen an dieser Stelle gute Besserung. Wir rufen alle Seiten dazu auf, die Situation nicht eskalieren zu lassen. Es braucht jetzt politische und sozialverträgliche Lösungen, um die Situation auf der Schützenmatte zu verbessern. Dazu später noch mehr. Zuerst möchte ich zur aktuellen Diskussion 2 Punkte sagen. Erstens: Die Reitschule hat sich

in einem offiziellen Statement von den Vorfällen distanziert. Und trotz der langen Auseinandersetzung haben sich sowohl die Leute, die in der Reitschule arbeiten, wie auch die Gäste ruhig verhalten. Sogar das kulturelle Programm ist so weit wie möglich weitergelaufen. Zweitens. Dass jetzt trotzdem einmal mehr Forderungen nach Videoüberwachung oder sogar nach einer temporären Schliessung der Reitschule gefordert werden, um Ausschreitungen zu bekämpfen, zeigt, wie wenig die Leute, die das fordern, wirklich an Lösungen interessiert sind, sondern einfach reinen Populismus betreiben. Auf die Forderung nach einer Schliessung gehe ich gar nicht weiter ein. Dazu hat sich das Berner Stimmvolk bereits mehrfach mit klarer Haltung geäussert. Für uns ist klar, dass die Reitschule ein wichtiges Kulturzentrum in der Stadt Bern ist, hinter dem wir auch mit voller Überzeugung stehen. Wir danken allen Reitschüler*innen für ihr Engagement. Zu den Kameras: Es ist gegen jede Verhältnismässigkeit, Tausende friedliche Besuchende der Reitschule auf der Schützenmatte oder auf dem Vorplatz einer Überwachung zu unterziehen, weil Einzelne am 4. Mai eine Auseinandersetzung gesucht haben. Wir lehnen Videoüberwachung im öffentlichen Raum generell ab, weil Erfahrungen aus dem angelsächsischen Raum zeigen, dass die Videoüberwachung keine Sicherheit schafft, sondern nur eine örtliche Verlagerung von kriminellen Aktivitäten nach sich zieht, gleichzeitig aber ein subjektives Unsicherheitsgefühl erzeugt. Auch hier hat sich die Stadt übrigens bereits mehrfach dagegen ausgesprochen. Das Thema trotzdem immer wieder aufzunehmen, vor allem auch von kantonalen Vertreter*innen, ist ein Eingriff in die Gemeindeautonomie. Und jetzt zu dem, worüber wir eigentlich sprechen sollten: die Schützenmatte. Denn dort haben wir wirklich ein Problem. Es hat vermehrt Menschen in einer prekären Lebenssituation auf der "Schütz", die dort sogar teilweise übernachten müssen. Das ist beunruhigend. Es kommt aber nicht von nichts. Wir haben überlastete Psychiatrien, volle Asylunterkünfte und generell volle Notschlafstellen. Das Leben wird immer teurer und mehr Menschen werden in die Armut gedrängt. Das alles widerspiegelt sich auf der "Schütz", wo eben viele Leute aufeinandertreffen, die sonst keinen Ort haben, wo sie hingehen können. Was ist die richtige Antwort und wie kann man das Problem angehen? Sicher nicht mit Repression. Denn tägliche Personenkontrollen und Verhaftungen, Racial Profiling führen zu einem angespannten Klima und sind mehr als kontraproduktiv. Die Antwort ist Präventionsarbeit und nicht Repression. Wir müssen die Menschen unterstützen. Es braucht Sozialarbeitende auf dem Platz, um die Situation zu entschärfen und sich um die Probleme zu kümmern. Hier sind wir sehr froh, dass der Gemeinderat mit dem Schutzmobil bereits einen wichtigen Schritt gemacht hat. Auch das Gemeinschaftszentrum Medina leistet einen wichtigen Beitrag und soll hier nicht unerwähnt bleiben. Was es jetzt noch braucht, sind genügend Notschlafplätze, Stichwort Pluto- oder Flinta-Notschlafstellen und Drogenabgabestellen. Denn auch die Stiftung für Suchthilfe Contact ist überlastet. Es gibt auch Leute, die keine Hilfe erhalten, weil sie sich nicht registrieren lassen wollen oder ausserkantonale Klient*innen sind. Hier kann sich die Stadt dafür einsetzen, dass auch die den Zugang bekommen. Zudem braucht es Drogenprävention auch durch andere Institutionen. Hier will ich noch einmal die Frage aufwerfen, ob nicht eine zweite Abgabestelle in den Quartieren mit anderen Öffnungszeiten allenfalls sinnvoll wäre.
Weil es in der Fragestellung zu dieser Diskussion erwähnt wurde, noch etwas zu den baulichen Massnahmen: Die Schützenmatte ist ein wichtiger und freier Begegnungsort für verschiedene Bevölkerungsgruppen und gleichzeitig ein wichtiger Punkt des Nachtlebens. Und nein, nicht nur die Reitschule ist in der Umgebung der Schützenmatte, auch das ISC, Le Ciel oder das Kapitel sind Nachbarn oder zumindest sehr nahe am Platz. Alle diese Nachtschwärmer*innen kommen früher oder später an der Schützenmatte vorbei und möchten sicher sein auf ihrem Heimweg.

Gleichzeitig ist die "Schütz" aber auch ein megamühsamer Platz, weil es auf drei Seiten riesige Strassen hat. Es ist deshalb wichtig, dass der Ort umgestaltet und belebt wird. Und deshalb, liebe SVP, müssen auch Parkplätze verschwinden. Dann gibt es nämlich mehr Platz, um Sachen auszuprobieren und zu installieren, wie zum Beispiel temporäre Fussballfelder, Schachfelder oder Blumenbeete. Der Kreativität sind hier kaum Grenzen gesetzt. Ich möchte noch etwas erwähnen. Ich glaube, die Zeit ist langsam um. Es blinkt zumindest hier. Die SBK macht im Mai einen Kommissionsausflug auf die Schützenmatte, wo sie auch die Möglichkeit hat, sich mit Leuten von Contact, dem Schutzmobil und Medina auszutauschen. Wenn jemand wirklich interessiert ist und nicht einfach die Diskussion führen will, damit sie geführt ist, kann er oder sie sich gerne bei mir melden und auch an dem Kommissionsausflug teilnehmen.

Präsidentin: Merci, Barbara. Als nächstes hat Florence Pärli das Wort für die FDP.

Florence Pärli Schmid (JF) für die Partei: Eine Person, ein Mensch wird mit Steinen beworfen und es wird versucht, ihr mit einem Laser das Augenlicht zu nehmen. In der Nacht vom 5. auf den 6. Mai ist genau das in der Stadt Bern passiert. Man hat Menschen in einen Hinterhalt gelockt, nur um sie mit faustgrossen Steinen und Laser schwerst zu verletzen. Die Menschen sind Polizisten. Und aus Sicht der Gewalttäter – und nein, Barbara, das sind nicht Aktivisten, sondern Extremisten –, für diese Extremisten ist die Uniform die Rechtfertigung für ihre Tat. Ja, die Fraktion FDP/JF verurteilt diese Gewaltakte wirklich auf das Schärfste. Sie sieht sie nicht nur als Angriff auf Einzelne, sondern, weil die Polizisten unseren Staat vertreten, als Angriff auf uns alle, als Angriff auf uns als Bevölkerung, als linksextremistischen Angriff auf unsere demokratischen Prozesse, bei denen wir gemeinsam definieren, wie unser Zusammenleben sein soll. Ein paar Einzelne versuchen also mit brutaler Gewalt, über uns alle zu bestimmen, wie wir aus ihrer Sicht leben sollen. Das Schlimme ist, dass es solch Gewaltexzesse in unserer Stadt eben schon mehrmals gegeben hat und das häufig im Perimeter "Schütz" und Reitschule – also dort, wo auch am Wochenende vom 5. Mai Gewalt ausgeübt worden ist. Immer wieder wird betont, dass man versuche, der Gewalt im Diskurs Herr zu werden. Der Stapi hat diese Woche im Berner Bär verlauten lassen: "Wir setzen weiterhin auf die Kraft der Zusammenarbeit und des Dialogs, wie es in den letzten Jahren immer funktioniert hat im Zusammenhang mit diversen Herausforderungen im Perimeter Schützenmatte. Wir waren mit diesem kooperativen Ansatz erfolgreich." Lieber Alec, hast du nicht mitbekommen, was passiert ist? Nichts von "Kraft der Zusammenarbeit und Dialog", der immer, ich betone, immer funktioniert hat. Am 5. Mai sind die Polizisten um ein Haar umgekommen. Und ich muss es sagen: Mit solchen Aussagen verhöhnst du eben diese Polizisten.
Die Fraktion FDP und JF anerkennt, dass man mit Sicherheitsdienst, Schutzmobil und baulichen Anpassungen in Sachen Sicherheit grundsätzlich Verbesserungen auf der Schützenmatte herzustellen versucht. Aber Fakt ist: Nicht mal Pinto (Prävention, Intervention, Toleranz) fühlt sich mehr sicher auf der Schützenmatt. In der Nacht ist die "Schütz" zur No-Go-Area geworden. Und eben: Wenn so schreckliche Gewalt wie jene in der Nacht vom 5. auf den 6. Mai passiert, kann man doch schlicht nicht behaupten, dass der ausschliesslich kooperative Ansatz erfolgreich sei.
Die Fraktion FDP und JF verlangt also eine vollständige Aufklärung der Bevölkerung über die Vorkommnisse in dieser Nacht. Dazu werden wir heute eine dringliche Interpellation einreichen. Wir wollen in dieser Interpellation unter anderem auch wissen, inwiefern das mit der Reitschule vereinbarte Sicherheitskonzept standhält. Wie kann es sein, dass Gewalttäter faustgrosse Steine vom Dach der Reithalle werfen konnten?

Dann verlangt die Fraktion FDP/JF eine Stellungnahme, wieso der Gemeinderat toleriert, dass auf einem städtischen Gebäude mit einem Transparent der mutmasslichen Linksextremistin Daniela Klette gehuldigt wird. Daniela Klette wird verdächtigt, der Roten-Armee-Fraktion angehört und zusammen mit der RAF wüste Sprengstoffanschläge und Raubüberfälle verübt zu haben. Und damit es ganz klar gesagt wird: Linksextremismus ist genauso gefährlich wie Rechtsextremismus. Beide Extreme wollen unsere Staatsordnung und damit unsere Freiheiten mit brachialer Gewalt untergraben. Und die Fraktion FDP/JF verlangt schliesslich, dass der Gemeinderat zusammen mit der Reitschule endlich wirklich griffige Lösungen erarbeitet, damit solche Gewalt künftig nicht mehr passieren kann. Wenn die Reitschule wirklich daran interessiert ist, Nulltoleranz gegenüber Gewalt zu leben, wird sie auch Massnahmen zustimmen, die über den Dialog hinausgehen, zum Beispiel einer verstärkten Polizeipräsenz, einer Videoüberwachung, die beispielsweise nur läuft, wenn jemand auf das Dach steigt, oder einer temporären Schliessung als Ultima Ratio.
Jetzt spreche ich nur für mich und nicht für die Fraktion. Ich habe als Jugendliche in der Reitschule wunderschöne Abende und Nächte verbracht. Meine Lieblingsmomente sind das Händchenhalten mit meinem Freund und das Tanzen zu Paul Kalkbrenner und zu Parov Stelar. In der Halle habe ich aber vor allem immer etwas – mich sehr frei gefühlt. Es ist so unendlich schade, assoziieren viele mit der Halle nur noch einen Gewaltort, der geschlossen werden soll. Gewalt führt doch zu einem absoluten Gegenteil von Freiheit, nämlich zur Repression, um sie einzudämmen. Es wäre schön, wenn die Halle für alle ein Ort der Freiheit würde, was ja, wie die Fraktion FDP/JF das versteht, auch ihr Zweck ist. Lieber Gemeinderat, lieber Stadtpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Reithalle, kommt, wir arbeiten daraufhin, dass es solche Gewalt gegen Menschen wie sie am 5. und am 6. Mai stattgefunden hat, in Bern nicht mehr gibt, weder bei der Reithalle oder auch sonst irgendwo in der Stadt. Danke.

Präsidentin: Merci, Florence. Als nächstes kommt Lea Bill für das GB.

Lea Bill (GB) für die Partei: Hurra, der Krawall ist da. Dann haben die Alexander Feuz' und Philippe Müllers dieser Welt wieder einen Grund, gegen die Reitschule zu wettern, und Tamedia hat endlich wieder Kommentarspalten mit mehreren 100 Einträgen, wobei die Herren mittlerweile doch offenbar auch ein bisschen eingemittet sind, denn sie fordern nicht einmal mehr die grundsätzliche Schliessung der Reitschule – das haben sie vor einigen Jahren noch gemacht –, sondern nur noch die temporäre. Und bei Tamedia hat es auch keinen Live-Ticker gegeben wie auch schon. Und nach 48 Stunden war der Spuk zu Ende. Ich würde sagen, das Thema hatte auch schon mehr Potenzial, dünkt es mich. Und man kann jetzt schon die Gewalt kritisieren in dieser Nacht und man kann sagen, es geht vor allem um die verletzten Polizisten, Polizistinnen. Das finden wir als GB auch nicht tolerierbar. Aber medial geht es immer noch einfach vor allem um Polemik. Ich finde auch, die Bagatellisierung von rechter Gewalt ist ein No-Go, liebe Florence. Dass das ganze Thema nicht wirklich Potenzial hat, zeigt ja auch der wilde Mix der Fragen, die die SVP heute Abend diskutieren wollte. Der wilde Mix ist zwar reisserisch, aber inhaltlich sinnvoll, stimmig dünkt er uns eher nicht. Und weil die Fragen nicht wirklich etwas zu tun haben mit den realen Problemfeldern der heutigen Zeit, das hat Barbara Keller auch schon gesagt, haben einige von uns dieser Diskussion aus aktuellem Anlass auch nicht zugestimmt oder sich enthalten. Nehmen wir zum Beispiel die Frage "Sonderfall Reithalle". Ja, die Reithalle, das ist auch schon gesagt worden, hat sich von der Gewalt in dieser Nacht unmittelbar distanziert und es gibt auch sonst null Hinweise darauf, was die Ereignisse in dieser Nacht genau mit der Reitschule zu tun

haben sollen. Das ist halt einfach einmal mehr eine Philippe-Müller-Logik: Ohne Reithalle gäbe es wohl keine frustrierten Jugendlichen, wahrscheinlich auch keine Drogen, keine Armut, keine psychischen Probleme.
Aber das Gegenteil ist wahr. Die Reithalle fängt Menschen auf, die zurzeit keinen Platz in unserer Gesellschaft haben, leider; Menschen mit psychischen Belastungen, die keinen Zugang zu gesundheitlichen oder psychologischen Angeboten haben, weil diese überlastet sind. Menschen, die Orte brauchen ohne Konsumzwang und diese sonst nirgends finden. Menschen, die einen unsicheren Aufenthaltsstatus haben, Menschen, die in der Reitschule einen Platz finden, weil sie sonst überall einfach eben keinen mehr finden.
Damit übernimmt die Reitschule aus unserer Sicht schon sehr viel – zu viel – Verantwortung und die Stadt zu wenig. Der Reitschule jetzt auch noch die Verantwortung für randalierende Jugendlichen unterzuschieben, finden wir nicht nur völlig daneben. Es zielt vor allem einfach auch an den gesellschaftlichen Realitäten in Bern vorbei.
Statt einmal mehr auf die Reitschule einzuprügeln, würden die Alexander Feuz' und Philippe Müllers vielleicht besser mal überlegen, wie man den Psychiatrienotstand beheben könnte, wie man eine Drogenpolitik ohne Repression erreichen könnte oder wie man zum Beispiel auch eine Polizeibehörde lernen könnte, dass sie ohne Rassismus ihre Arbeit erledigen könnte. Denn wir wissen nicht mit Sicherheit, was genau hinter den Ausschreitungen in dieser Nacht steht. Aber was wir sicher wissen, ist, dass eine Gesellschaft, in der alle Platz haben, eine friedliche Gesellschaft ist.

Präsidentin: Merci, Lea. Als nächstes kommt Paula Zysset für die JUSO.

Paula Zysset (JUSO) für die Partei: Im Antrag auf Diskussion aus aktuellem Anlass geht es – auch wenn die gestellten Fragen ziemlich viele Themen vermischen – um die Vorfälle vom 5. Mai. Und die sollen hier im Zusammenhang mit der Reitschule diskutiert werden. Das ist schon grundsätzlich unsinnig. Die Betreibenden der Reitschule haben sich distanziert von diesen Vorkommnissen. Sie haben mit diesen Aktionen, die vor 2 Wochen passiert sind, nichts zu tun. Die ganze Diskussion über den Antrag und die ganzen Fragen, die in diesem Saal gestellt werden, beziehen sich auf die Reitschule. Und das mit diesen Vorkommnissen zu vermischen, macht keinen Sinn. Damit könnte eigentlich auch schon alles gesagt sein. Es handelt sich hier nämlich wieder einmal um ein typisches Reitschule-Bashing von bürgerlicher Seite, das Vorfälle aus dem Kontext nimmt und sie mit anderen Sachen vermischt. Davor macht auch Regierungsrat Müller nicht halt, indem er in den Medien unter anderem, wie schon erwähnt wurde, die temporäre Schliessung der Reitschule gefordert hat. Und deshalb möchte ich an dieser Stelle doch ein paar Worte dazu verlieren.
Erstens ist das Statement des Regierungsrates völlig daneben und vermessen. Die Reitschule ist in der städtischen Zuständigkeit. Auch der Kanton hat hier die Gemeindeautonomie zu respektieren und macht mit diesen Aussagen nichts anderes, als bürgerliche Polemik zu verbreiten. Solche Konsequenzen zu fordern, wie sie ja auch im heutigen Antrag wiederholt werden, hat einen Kollektivstrafencharakter, bei dem ganz viele Menschen oder sogar eine ganze Institution für etwas zur Rechenschaft gezogen werden sollen, die gar nichts damit zu tun haben. Dieses Vorgehen ist eines Rechtsstaats nicht würdig.
Wir werden heute noch an anderen Stellen über genau solches Vorgehen diskutieren. Fakt ist aber: Einzig und alleine dient das dazu, das altbekannte, rechte Narrativ der bösen Reitschule aufrechtzuerhalten und nichts anderes. Zweitens, und das ist eigentlich viel wichtiger, wollen wir als JUSO festhalten, wie wichtig die Reitschule für die

Stadt ist. Die Bedeutung, die die Reitschule im Aufwachsen für so viele junge Menschen in Bern hat, kann gar nicht genug betont werden – als Raum für Kultur, als Treffpunkt, als Ausgangsort oder als Platz, wo man sich ohne Konsumzwang aufhalten kann.
Die Reitschule ist als solidarischer Ort, der allen Platz bietet, insbesondere auch Menschen, die sonst nirgends hinkönnen, und als politisches Zentrum aus Bern nicht wegzudenken. Die städtische Unterstützung für all diese Funktionen, die dieser Raum für die Stadt erfüllt, ist also mehr als gerechtfertigt und unbedingt notwendig. Für uns als JUSO ist klar, dass es Bern ohne Reitschule nicht gibt. Und das soll und wird so bleiben.

Präsidentin: Merci, Paula. Dann kommt David Böhner für die AL.

David Böhner (AL) für die Partei: Die AL hat dieser Diskussion aus aktuellem Anlass zugestimmt, weil im Nachgang zu den Ausschreitungen vom 4. auf den 5. Mai um die Reitschule von rechter Seite wieder einmal viel Kabis über die Reitschule erzählt worden ist und alles verdreht und miteinander vermischt wurde. Diese Diskussion gibt uns die Möglichkeit, einiges klarzustellen. Die SVP will in dieser Diskussion von uns wissen, ob sich die im Stadtrat vertretenen Parteien von den Gewalttaten distanzieren oder ob sie sie als ein legitimes Mittel im Kampf gegen den Kapitalismus erachten. Die AL sieht es ähnlich, wie es die Ikur (Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule) bereits in ihrer Medienmitteilung geschrieben hat. Der Sinn und Zweck dieser Aktion ist kaum vermittelbar und schadet vor allem dem Kulturprojekt Reitschule. Leider hat der Kampf gegen den Kapitalismus unserer Meinung nach in dieser Nacht auch keine nennenswerten Fortschritte gemacht.
Die AL wehrt sich aber dagegen, dass einmal mehr alle Seiten auf dem Buckel des Kulturzentrums ihr Süppchen kochen. Die Ausschreitungen dieser Nacht hatten herzlich wenig zu tun mit dem Betrieb des Kulturzentrums und in der ganzen Empörungsspirale ist fast ein bisschen vergessen gegangen, wie sich denn die Betreiber und Betreiberinnen der Reitschule anders hätten verhalten sollen in dieser Nacht. Wenn es dort offen ist, ist es nicht gut, wenn es zugeht, ist es auch nicht gut. Da gehen die Meinungen auseinander. Es ist keine einfache Aufgabe, wenn du um die 1000 Gäste im Haus hast und für ihr Wohlbefinden zuständig bist, während es draussen brennende Barrikaden und Polizisten in Vollmontur hat, die auf alles schiessen, das sich bewegt. Die Sache hat sich dann aber relativ schnell beruhigt. Die Mitarbeitenden des reitschulinternen Wellness-Teams haben die Barrikaden von der Strasse entfernt. Und die von der Polizei zuerst gemeldeten Schwerverletzten in ihren Reihen haben zum Glück auch nicht wahnsinnig schlimme Verletzungen davongetragen. Das weiss ich. Man hat es ja in der Zeitung gelesen. Drei mussten ins Spital gehen. Die sind alle wieder entlassen worden. Eine Person war angeblich am nächsten Tag nicht arbeitsfähig. Leider ist mir aber ein Fall bekannt von einem unbeteiligten Gast der Reitschule, der ein Gummigeschoss ins Auge bekommen hat und deshalb die ganze Nacht in der Notfallstation verbracht hat. Mittlerweile muss aber zum Glück auch bei dieser Person nicht mit bleibenden Schäden gerechnet werden, wie sie so oft vorkommen beim Einsatz von Gummischrot.
Die AL plädiert dafür, den Anlass vom 4. Mai nicht über zu bewerten. Der Raum Schützenmatte ist ein sozialer Hotspot, das wissen wir alle schon lange. Soziale Probleme und Konflikte in unserer Gesellschaft äussern sich oft zuerst in diesem Perimeter. Es wird auch nicht der letzte Polizeieinsatz gewesen sein rund um die Reitschule. Solange sich die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht grundsätzlich ändern und sich die Schere der Ungleichheiten auftut und nicht schliesst, werden wir in Zukunft keine friedlichere Gesellschaft werden. Das ist zwar kein Naturgesetz, aber eine logische Folge unseres

ausbeuterischen Systems. Ich bewege mich seit über 30 Jahren fast täglich in der Reitschule und ich habe schon viele Regierungen miterlebt, wie sie versuchen, einen Umgang mit der Situation rund um die Schützenmatte und die Reitschule zu finden. Der gegenwärtige Gemeinderat macht das meiner Meinung nach gar nicht so schlecht. Während frühere Regierungen einfach froh waren, wenn es keinen Ärger gab und sonst einfach zugeschaut haben, was so passiert, setzt sich der Gemeinderat mittlerweile ein bisschen aktiver dafür ein, dass sich auf der Schützenmatte etwas verändert. Er hat 2 gut vernetzte Personen angestellt, die sich auskennen in der Umgebung und die wissen, welche Massnahmen auf der Schützenmatte zielführend sein könnten und welche nicht.
Mit ihrer Hilfe ist seit ein paar Jahren auf der Schützenmatte eine Sicherheitsfirma präsent, die allgemein geschätzt und respektiert wird. Und mit dem Schutzmobil hat er ein Pilotprojekt lanciert, das an den Wochenendnächten Hilfe anbietet, wenn die genötigt wird – ein wichtiges und gutes Projekt, das unbedingt weitergeführt werden muss und die Betreiber und Betreiberinnen der Reitschule entlastet. Ich komme auf den Wert des Kulturzentrums zu reden, das unsere Stadt schon seit über 3 Jahrzehnten prägt. Ich kann mir gar nicht vorstellen, wie langweilig und kulturell belanglos Bern wäre, wenn die Reitschule vor 37 Jahren nicht besetzt worden wäre. Es war der Auslöser einer Kulturrevolution, die Bern umfassend veränderte und schlussendlich auch RGM an die Macht gebracht hat. Die militante linke Politik war immer ein Teil der Reitschule, ohne diese gäbe es die Reitschule gar nicht und sie wäre schon lange zugunsten eines befriedeten kommerziellen Angebots geräumt worden.

Die Präsidentin bittet den Votanten, zum Schluss zu kommen.

Ich komme gleich zum Ende. Damit will ich die Aktion vom 4. Mai nicht rechtfertigen. Die war einfach doof und das finden die allermeisten Leute der Reitschule auch, die dort aktiv sind und dort verkehren. Ja, ich könnte noch viel sagen.

Präsidentin: Merci, David. Dann kommt Mahir Sancar für die JA!.

Mahir Sancar (JA!) für die Partei: Es ist wieder einmal so weit: Es kommt zu Ausschreitungen zwischen der Polizei und unbekannten Personen in der Nähe der Reithalle und es vergeht keine Minute und schon wird wieder die Polemik-Keule geschwungen. In vollen Tönen wird von rechts gegen die Reithalle geschrien, gegen die Linken ganz allgemein gewettert. Und auch Regierungsrat Müller hat wieder das Gefühl, er müsse noch seine Bananen, ich meine, seinen Senf dazugeben, und fordert in seiner unverbesserlichen, populistischen Manier die Schliessung der Reithalle. Gut, er hat auch in letzter Zeit nicht gerade wirklich mit grossartigen Aussagen geglänzt. Wer sich aber jetzt einen Moment Zeit nimmt und, statt sich zu überlegen, was man auf dem Vorplatz alles bauen könnte, sich informiert, wird schnell herausfinden, dass es erstens unbekannte Personen waren, die dort gehandelt haben, und zweitens, dass es wahrscheinlich eine isolierte Gruppe von Personen war. Zweitens würde man herausfinden, dass auch die Reitschule Unverständnis dafür gezeigt hat, was passiert ist und sich davon distanziert hat, wie das auch schon mehrmals erläutert wurde heute. Es wird also wieder einmal etwas zu einem Reitschulproblem gemacht, was eigentlich nichts mit der Reitschule zu tun hat.
Auch wenn es zu erwarten war, dass ein Teil dieses Rats es nicht lassen kann, solch einen Vorfall zum Vorwand zu nehmen, gegen die Reitschule zu wettern, haben wir eine klare Haltung. Die Reithalle ist ein wichtiges und notwendiges Kulturlokal in Bern,

das weit über die Gemeindegrenzen hinaus geschätzt wird. Darum hört bitte auf, alles der Reitschule anzukreiden und informiert euch doch, bevor ihr mit unsinnigen Fragen Stadtratssitzungen aufhaltet. Zur Wichtigkeit der Reithalle und zur Schützenmatte für unsere Stadt und Umgebung haben sich meine Vorredner*innen auf unserer Seite des Rats schon geäussert, und wir stehen vollständig dahinter. Weil das aus unserer Sicht absolut keinen Zusammenhang mit dem Vorfall hat, der hier als Vorwand für eine Diskussion aus aktuellem Anlass gedient hat, finden wir es nicht so sinnvoll, weiter darauf einzugehen.

Präsidentin: Merci, Mahir. Dann kommt Milena Daphinoff für die Mitte.

Milena Daphinoff (Mitte) für Partei: Ich bin jetzt noch etwa 2 Wochen in diesem Rat und kurz vor dem Austritt, dann wird man ein bisschen senil, schaut zurück und merkt: Ah, ich war schon 8 Jahre hier. Vor 8 Jahren, 2018, haben wir die Debatte auch schon geführt. Ich habe damals einen Ciceropreis von Christoph Zimmerli bekommen, weil ich das Lied "Hemmungen" von Mani Matter uminterpretiert habe auf die Linke, die Hemmungen hat, sich zu distanzieren von Gewaltexzessen rund um die Reitschule. Und jetzt sind wir wieder am gleichen Ort und nehmen das Thema wieder auf. Wir von der Mitte hätten heute eigentlich lieber nicht darüber diskutiert, weil ohnehin die Reitschule das die Traktandenliste beherrschende Thema ist. Wir werden also die Voten heute Abend ad absurdum hören und gehen eigentlich einig mit gewissen Rednern, auch sogar von linker Seite, die sagen, es ist jetzt wieder ein bisschen Polemik, denn am Ende des Tages kann man die Diskussion runterbrechen: Für die einen ist immer die Reitschule an allem schuld. Und für die anderen sind immer alle anderen an allem schuld. Ewas ist einfach unbestritten in dem Ganzen. Sobald Gewalt im Spiel ist, ist es einfach unentschuldbar. Da gibt es kein Aber, da gibt es kein Relativieren, da gibt es nur ein Hinstehen und sagen: Das ist verwerflich, das geht gar nicht und Steine gehören nicht auf Menschen geworfen. Alle, die jetzt sagen: Es war eine isolierte Personengruppe und sogar die Reitschule hat sich entschuldigt. Dort sind wir für einmal vielleicht einen Schritt weiter als noch vor 8 Jahren. Die Reitschule hat sich tatsächlich diesmal distanziert und das ist richtig und gut so.
Aber das andere ist, und das sollte man doch vielleicht einfach einmal anerkennen, dass es ein Fakt ist, dass es immer am selben Perimeter zu Ausschreitungen kommt, selbst wenn nicht die Reitschule orchestriert oder für die dasteht. Es ist doch eine Tatsache, dass es an diesem Ort passiert und dass die Reitschule genutzt, wenn nicht benutzt wird. Und das ist nicht in ihrem Sinn, wie es meine Kollegin Florence vorhin schon ausgeführt hat. Denn am Schluss schadet es dem Ort, der so grossartige Momente im Leben von uns allen hier geschaffen hat, am meisten.
Ich möchte, dass ihr euch alle vorstellt, wie vor eurer Haustür geprügelt wird. Sie dreschen aufeinander ein und ihr würdet einfach dastehen und sagen: Hey, mein Haus ist im Fall mega cool. Es geht mich nichts an. Das würde doch keiner von euch machen, selbst wenn euer Haus das Schönste wäre. Wenn es vor der Haustür eine Schlägerei gibt, dann rennt doch jeder raus und versucht zu helfen, hinzustehen, macht die Tür auf, holt die Leute rein, ruft die Polizei an und versucht für Recht und Ordnung zu sorgen, um damit genau diese Exzesse zu stoppen. Warum sollte das in diesem Fall hier bei der Reitschule anders sein?
Ich glaube, es geht für keinen Bürger in Bern und keiner Bürgerin auf, dass das ein Ausnahmeort sein soll. Und jetzt vielleicht noch kurz zum kooperativen Ansatz. Davon reden wir seit 8 Jahren. Mit meiner Kollegin Marianne Schild von der GLP habe ich

einen meiner allerersten Vorstösse eingereicht, in dem wir gesagt haben, auf der Schützenmatte braucht es etwas anderes. Es braucht dort vielleicht etwas, das auch andere Nutzungsformen zulässt und andere Menschen anzieht, weil einfach ein bisschen – Entschuldigung – Bänkchen hinstellen reicht nicht. Wir haben damals darüber gesprochen, dass das Kunstmuseum vielleicht temporäre Ausstellungen dort machen könnte, dass man den Platz wirklich ganz neu und originell nutzen könnte, damit andere Leute dorthin kommen. Denn: Ja, im Moment haben wir dort ein Problem und 8 Jahre später ist es noch schlimmer. Jetzt will nicht einmal mehr der sogenannte Safe Space genutzt werden von denen, die ihn beschützen sollten. Wir haben es vorher gehört: Pinto will jetzt auch nicht mehr dorthin gehen. Ja, wer will dann noch dort hingehen? Nur die, die nirgends mehr sonst hingehen können und das ist auch nicht richtig, denn für die wird es nicht besser, sondern nur noch schlimmer. Und jetzt als Abschluss noch das mit auf den Weg: Wir sprechen hier immer von Toleranz und dass man allen mit Respekt begegnen sollte, wirklich allen, ganz egal ob sie randständig sind, ob sie Drogendealer sind oder ob sie vielleicht auch Polizisten sind. Man muss den Menschen dahinter sehen, egal welche Hautfarbe, egal welches Geschlecht oder Nicht-Geschlecht und auch egal, welche Uniform er trägt. Und dann ist es einfach ein No-Go mit Steinen zu schmeissen. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Milena. Als nächste kommt Francesca Chukwunyere für die GFL.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Partei: Liebe Milena, ich glaube, die Reithalle ist tatsächlich eben nicht ein anderer Ort als alle anderen Orte auch, denn ich möchte die Leute sehen, die herausrennen, wenn vor ihrem Haus eine Schlägerei stattfindet. Das sind die Ausnahmen und nicht die Regel, leider. Und dann, Mahir, zu dir: die Reithallendiskussion, nimmt die heutige Stadtratsdiskussion in Teilen voraus. Links und Rechts wiederholen die ewig gleichen Argumente. Es ist ein Perpetuum mobile. Worüber würden wir uns echauffieren, wenn wir nicht über die Reithalle unsere allgemeinen, unterschiedlichen Weltansichten aneinander abarbeiten könnten – darum, auf keinen Fall schliessen.
Deshalb wollten wir die Diskussion auch nicht führen, unsere Fraktion hat sie nicht führen wollen. Ich spreche deshalb etwas aus dem Stegreif zu unserer Meinung. Der Vorfall selber ist absolut unakzeptabel. Man schiesst nicht mit Steinen auf Menschen. Die Reaktion des Kantons ist übergriffig und übertrieben. Die ständige Vermischung zwischen Reithalle, Vorplatz, Kulturzentrum und vielen anderen Themen sozialer Natur finden wir bemühend und undifferenziert. Wir stehen im Grundsatz hinter dem Approach des momentanen Gemeinderates und des Stapis im Umgang mit diesen Themen und mit der Reithalle, und das wurde sogar von David Böhner im Verhältnis zu vorhergehenden Regierungen gelobt. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Francesca. Dann kommt Maurice Lindgren für die GLP.

Maurice Lindgren (GLP) für die Partei: Die GLP/JGLP/EVP-Fraktion verurteilt die Gewaltausschreitungen der Reitschule in der besagten Nacht ohne Versuch, sie zu erklären oder sie – noch schlimmer – zu entschuldigen.
Die Verantwortung für diese Gewalt sehen wir einzig und alleine bei denen Menschen, die sich dazu entschlossen haben, Steine, Flaschen und ich weiss nicht was sonst alles in die Hand zu nehmen und gegen andere Menschen, jetzt in dem Fall in Uniform, zu schmeissen.

In ihrer anonymen Erklärung wurde dazu unter anderem gesagt, Zitat: Unser Handeln ist die Konsequenz unserer Kritik an diesem System und seinen Verbündeten. Zitatende. Wir möchten festhalten, egal welche politische Position man hat: Es ist immer falsch, diese mit Gewalt auszudrücken. Darunter leiden unschuldige Menschen. Und letztendlich muss auch den Absendern bewusst sein, dass sie damit auch der Glaubwürdigkeit ihrer eigenen Anliegen schaden.
Die Kommunikation der Medienstelle der Reitschule dazu ist gewesen, dass sie die Aktion – Zitat – "nicht verstanden haben". Aber dann haben sie weiter dazu aufgerufen, an die Polizei gerichtet, nicht zu provozieren. Die Kommunikation ist entweder einfach sehr unglücklich gewählt oder sie zeigt, wie diese Denkhaltung Teil des Problems ist, nämlich die alleinige Anwesenheit der Polizei, die notabene mit Absicht durch Strassenbarrikaden und Feuer aktiv herbeigeführt wurde, sei ein Problem und sie sei mitschuldig. Das ist natürlich absurd. Auch davon wollen wir uns distanzieren. Die Polizei muss ihren Job machen können. Wir sehen hier die Verantwortung nicht bei der Polizei, sondern wie gesagt einzig und alleine bei denen, die mit Absicht geplant und sich wohlüberlegt für diesen Schritt die Gewalt zu suchen entschieden haben. Wir erhoffen uns, dass die Täter und eventuell die Täterinnen zur Rechenschaft gezogen werden können und wünschen den verletzten Polizistinnen und Polizisten gute Besserung. Die Aktion gegen – Zitat – "das System" ist auch ein Hohn denjenigen gegenüber, die weiter östlich in Europa genau das System verteidigen, die genau unsere Demokratie, unsere Freiheit, unser System in Schützengräben verteidigen, die dafür kämpfen, dafür bluten, dafür ihr Leben zu geben. Denjenigen, die im schönen friedlichen Bern zu Gewalt greifen, für welche Anliegen und Zwecke auch immer, fehlt damit auch ein Blick über die Grenze hinaus. Der GLP/JGLP/EVP-Fraktion fehlt dafür jedes Verständnis.

Präsidentin: Merci, Maurice. Zum Schluss hat der Gemeinderat das Wort. – Ja, Alex Feuz darf ganz kurz etwas sagen. Er ist mehrmals angesprochen worden.

Alexander Feuz (SVP): Ich bin zweimal angesprochen worden von Lea Bill und ein paar anderen. ich mache es ganz kurz. Das erste Mal war: Hurra, Hurra der Krawall ist da. Die SVP habe wieder Freude. Ich habe klar gesagt, dass wir seit Jahrzehnten gegen den rechtsfreien Raum protestiert haben. Ich habe Valentina gedankt, dass man heute auch alte Vorstösse traktandiert hat.
Wir verurteilen diese Aktion in aller Schärfe. Zu sagen, wir hätten Freude daran, ist absolut verfehlt. Wir sind eben Kassandra, wie mich der Stadtpräsident immer bezeichnet, die eben recht bekommt – mit diesen Folgen, dass man einen rechtsfreien Raum hat. Zum Zweiten, darin gebe ich recht, haben wir ein Problem mit der Psychiatrie. Ich habe sogar im Grossen Rat einmal einen Vorstoss unterstützt, der genau das bekämpfen und helfen würde. Aber hier haben wir Straftäter. Wir haben Leute, die heimtückisch mit Laser versuchen, das Augenlicht von Leuten kaputt zu machen. Man hat sie in eine Falle gelockt. Das ist eine Sache des Strafrechts. Und hier: Schärfste Verurteilung. Danke.

Präsidentin: Danke. Der Gemeinderat hat das Wort. Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Danke für die ausführliche Debatte. Danke, dass die Debatte stattfinden konnte. Ich finde es wichtig, dass diese Debatte ab und zu stattfindet. Es geht um Brennpunkte der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Und leider, ich muss es euch sagen, wird das nicht die letzte Debatte sein, auch wenn Milena

Daphinoff nicht mehr im Rat ist. Wir werden weiterhin solche Debatten führen, denn es ist halt ein permanenter gesellschaftlicher Konflikt. Und um den gesellschaftlichen Konflikt müssen wir uns kümmern im Gemeinderat, aber selbstverständlich auch ihr im Stadtrat. Ich möchte noch etwas richtigstellen, was immer wieder auch von schlecht informierten Journalisten nicht verstanden wird. Der Stadtpräsident ist nicht zuständig für alle Probleme, die sich irgendwie zwischen dem Bahnhof und der Lorraine abspielen. Es gibt keine Kompetenzverschiebungen innerhalb des Gemeinderates. Der ganze Gemeinderat ist selbstverständlich für seine Dossiers zuständig. Bei der Reitschule und der Schützenmatte ist es einfach so, dass eigentlich alle eine Zuständigkeit haben. Reto ist für die Sicherheit zuständig. Franziska ist für Pinto und das Schutzmobil und diverse andere Sachen wohl auch noch zuständig. Marieke ist mit dem Tiefbauamt Eigentümerin des Platzes und zuständig für die bauliche Entwicklung und für den Verkehr und die Parkplätze auf der Schützenmatte. Und auch der Finanzdirektor hat eine Zuständigkeit. Er wäre für die bauliche Entwicklung von Hochbaumassnahmen zuständig, die er anordnen muss, und für den Unterhalt. Und der Stadtpräsident hat eigentlich fast am wenigsten zu tun mit dem Ganzen. Ich mache ja nur die Kulturverträge mit der Reitschule. Aber schon seit Jahren, fast Jahrzehnten hat sich der Gemeinderat darauf verständigt, dass die Koordination des Dossiers beim Stadtpräsidenten ist. Also, für diejenigen, die sich dafür interessieren: Es geht um die Koordination. Es ist nicht so, dass der Stadtpräsident für gerade alles zuständig ist. Manchmal wäre es praktisch, aber hier ist es nicht so. Ich möchte vorneweg klarstellen: Für den Gemeinderat sind die Vorfälle vom 4. Mai völlig inakzeptabel. Es ist ein No-Go. Wir haben unser Mitgefühl mit den Verletzten ausgedrückt und ihnen auch Genesungswünsche geschickt und sie sind Gott sei Dank alle wieder im Dienst. Wir sind froh, dass es nicht zu noch schwereren Verletzungen gekommen ist. Ich selber und der Gemeinderat, wir lehnen Gewalt in jeder Form ab. Und einen solch hinterhältigen, gewalttätigen Angriff, wie er am 4./5. Mai passiert ist, lehnen wir erst recht ab. Mir ist auch wichtig, etwas anderes zu sagen. So ein Angriff, wie er am 4./5. Mai passiert ist, ist nicht ein Angriff nur gegen die Polizei. Das ist ein Angriff auf das friedliche Zusammenleben in der Stadt, das wir hochhalten wollen, das uns wichtig ist. Es ist ein Angriff auf die Offenheit, es ist ein Angriff auf die Solidarität. Und auf diesen Werten basiert eigentlich unser friedliches Zusammenleben und nur dank dieser Werte haben wir auch solche Institutionen wie zum Beispiel die Reitschule in der Stadt Bern. Solche Gewalt hat in der Stadt Bern keinen Platz. Dafür setzen wir uns ein. Solche Gewalt muss streng geahndet werden und geahndet wird sie mit kriminalistischen Mitteln und da rufen wir auch immer die zuständigen Behörden auf, die kriminalistischen Aktivitäten hinaufzufahren und zu schauen, dass man die Gewalttäter auch fassen kann und dass man sie auch zur Bestrafung bringen kann. Das können wir nicht. Das möchten wir, aber das können wir nicht.
Was ist am 4. Mai passiert? Ganz Bern hat diese Angriffe verurteilt. Ich habe es auch hier drin gehört. Es herrscht Einhelligkeit. Niemand will irgendetwas rechtfertigen oder relativieren. Und wichtig ist auch, dass es eben auch eine Verurteilung aus der Reitschule selber gab. Das ist nicht immer so gewesen, das ist bemerkenswert und darauf muss man auch den Finger halten. Es ist eine klare Distanzierung von dieser Aktion aus der Reitschule gekommen. Solche Gewalt ist nicht und nie zu rechtfertigen. Wir müssen aber auch sagen, dass es nicht allein ein Berner Phänomen ist. Leider gibt es mehr und mehr von diesen extremistischen Gruppen in anderen Städten. Es gibt Vorfälle, die im Verlauf des letzten Jahres in Zürich stattgefunden haben. Es gibt ähnliche Vorfälle auch in der Stadt Basel, immer mit ungerechtfertigten Angriffen und vergleichbaren Angriffen auf die Polizei. Alle diese Städte kämpfen wie wir gegen diese extremistischen Gruppen. Schwierig ist, dass wir erstens die Gruppen nicht kennen. Sie sind

nicht identifizierbar, sie sind aber auch überhaupt nicht erreichbar. Und das finde ich eine sehr schlechte und eine sehr bedenkliche Entwicklung für das friedliche Zusammenleben. Und da kommt jetzt ein grosser Unterschied: Wir haben eben einen strukturierten Dialog. Die Behörden und die Reitschule – und die Behörden sind sehr umfassend, das sind alle befassten Behörden – treffen sich viermal im Jahr zu einem Gespräch. Und die Rückmeldungen aus diesen Gesprächen an die Reitschule kommen von Behördenseite, aber auch vom Regierungsstatthalteramt, das für die Bewilligung zuständig ist. Auch das ist übrigens eine kantonale Zuständigkeit. Auch vom Regierungsstatthalteramt ist die Rückmeldung positiv, das ist auch immer dort vertreten. Es wird auch oft gesagt, die Reitschule, die Reitschule. Es gibt eben nicht "die Reitschule". Oder man könnte auch sagen: La Reitschule n' existe pas. Es gibt nicht die Reitschule. Die Reitschule ist ein sehr vielfältiges und ein sehr multipolares Gebilde, vielleicht von aussen ein bisschen schwer verständlich. Aber so viele Diskussionen die Reitschule intern führt, so wenig verschliesst sich die Reitschule auch den Diskussionen von aussen. Wir erleben die Reitschule als diskussionsbereit. Manchmal dauert es etwas lange, aber man kommt jedenfalls immer kleine Schritte vorwärts in der Diskussion mit den Vertretungen der Reitschule. Wir konnten auch Verbesserungen erzielen. Wir konnten auch Verbesserungen erzielen bezüglich des Sicherheitsdienstes, bezüglich der Personen, die im Sicherheitsdienst eingesetzt werden. Und bezüglich der Anforderungen in den Pandemiejahren, auch das ist etwas, auf das man hinweisen kann, in den Pandemiejahren war die Reitschule absolut vorbildlich, wenn es darum ging, die behördlichen Vorgaben einzuhalten. Die Reitschule hat die Angriffe vom 4. Mai verurteilt. Ich zweifle nicht daran, dass die Reitschule selber am Weg des Dialogs festhalten wird. Wir haben auch keine anderen Signale. Wir haben auch Rückmeldungen, dass sie das weiterhin machen werden. Und das ist, glaube ich, für alle wichtig, dass eben der Ausgang in die Reitschule, so, wie ihr das heute Abend auch gefordert habt, jederzeit und jederzeit auch gefahrlos möglich ist und dass man nicht durch solche Extremisten behelligt wird. Das Fazit ist: Der Gemeinderat hält fest am Dialog mit der Reitschule. Wir setzen weiterhin auf den Dialog und das mit aller Kraft.
Jetzt zur Schützenmatte: Man muss Reitschule und Schützenmatte auseinanderhalten, was leider auch nicht immer gelingt. Die Reitschule und die Schützenmatte sind 2 verschiedene Paar Schuhe. Die Schützenmatte liegt zwischen dem Bahnhof, der Lorraine, der Länggasse und der Aarbergergasse, also halt einfach im Brennpunkt des Nachtlebens. Entsprechend hat es extrem viele Leute. Das bringt auch immer wieder Schwierigkeiten auf der Schützenmatte. Wir wissen, dass wir immer wieder grosse Schwierigkeiten hatten. Es hat im Verlauf der letzten 5 Jahre ein Auf und Ab gegeben, war aber insgesamt eine positive Entwicklung. Wir haben vor der Pandemie die sehr umfassende soziokulturelle Belebung der Schützenmatte probiert, die dann an Lärmklagen gescheitert ist – und am Schluss dann auch noch an der Pandemie. Seither gibt es eine Entwicklung mit ganz verschiedenen Veranstaltungen von leiserer Kultur über Sport- und Gastroveranstaltungen – vielleicht nicht gerade mit dem Kunstmuseum –, aber wir probieren genau, diese Belebung zu erreichen und mit dieser Belebung auch diversere, vielfältige Leute auf die Schützenmatte zu bringen, auch ab und zu ein Festival. Dann haben wir Massnahmen umgesetzt, den Sicherheitsdienst, das Schutzmobil, bauliche Verbesserungen im Viaduktbereich etc. Aber im Verlauf des letzten halben Jahres, etwa seit Oktober/November, haben wir eine sehr problematische Entwicklung mit gestiegener Gewaltbereitschaft und Aggressivität, namentlich von nordafrikanischen Männern aus dem Asylbereich. Und das hat dazu geführt, dass die Attraktivität der Schützenmatte im letzten halben Jahr extrem gelitten hat. Es haben auch alle Betriebe rund um die Schützenmatte festgestellt, die sinkende Frequenzen haben, auch die Reitschule.

Wir versuchen, alle Akteure immer zusammenzubringen, um wieder in eine bessere Entwicklung hineinzukommen. Wir sind aber auch auf den Kanton angewiesen und das ist mir ganz wichtig. Darf ich das noch kurz sagen?

Die Präsidentin weist darauf hin, dass die Redezeit des Gemeinderates fast abgelaufen ist. Sollte der Direktor SUE auch noch Stellung nehmen wollen, so blieben ihm nur 15 Sekunden.

Vielleicht zum Schluss noch dies: Wir sind für die kriminalpolizeilichen Ermittlungen gegen kriminelle Elemente auf den Kanton angewiesen. Wir sind auf die Justiz angewiesen. Wir versuchen aktiv, das Gespräch mit der Justiz anzugehen, damit sie ihre Verantwortung auch wahrnimmt. Wir gehen auf den Kanton zu, weil viele Probleme auch von ungenügend betreuten Asylbewerbenden ausgehen. Da ist auch der Kanton gefordert.
Unsere Fremdenpolizei ist sehr parat, aber wir probieren auch dort, die Zusammenarbeit mit der Fremdenpolizei des Kantons zu verbessern, damit unsere Fremdenpolizei ihre Massnahmen auch umsetzen kann. Das heisst, wir können nicht nur auf städtischer Ebene alle Leute zusammenbringen, sondern wir sind auch darauf angewiesen, dass der Kanton am selben Strick zieht. Zusammen geht es immer besser. Sorry, Reto.

Präsidentin: Dann noch 2 Sätze von Reto Nause. Kannst du dich noch anmelden, Reto, bitte?

Reto Nause, Direktor SUE: Die Polizei ist gezielt, vorsätzlich in einen Hinterhalt gelockt worden, attackiert worden mit Steinen, Lasern und Pyrotechnik. Und wenn man von Aktivistinnen und Aktivisten redet, finde ich das doch sehr verniedlichend. Da muss man von Gewalttäterinnen und Gewalttätern reden, da muss man die Dinge beim Namen nennen. Ihr könnt auch nicht mit Racial Profiling etc. plötzlich argumentieren und den schwarzen Peter wieder der Polizei zuschieben wollen. Herr Böhner, Sie können auch nicht sagen, unbeteiligte Dritte seien von der Polizei attackiert worden. Die Schuldfrage, wer die Krawalle ausgelöst hat, ist ganz klar. Wir müssen eine Haltung zeigen, wir müssen eine Haltung zeigen, damit eben Gewalt keinen Rückhalt mehr hat in der Reitschule.

Präsidentin: Merci, Reto Nause. Damit sind wir am Ende dieser Debatte zu aktuellem Anlass angelangt.

2024.SR.0034

2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2024 (Protokoll 7 vom 28.03.2024)

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 2. Das ist eine Protokollgenehmigung. Es ist vom 28. März 2024. Es sind keine Änderungsanträge eingegangen. Ist das Protokoll bestritten? – Das Protokoll ist unbestritten. Ich danke ganz herzlich den Verfasserinnen.
Stillschweigende Genehmigung

2022.SR.000194

3 Finanzkommission (FIKO): Ersatzwahl

Präsidentin: Dann sind wir bei Traktandum 3. Es geht um eine Ersatzwahl in die Finanzkommission. Nominiert ist Michael Burkart von der GFL per 1. Juni 2024 als Ersatz für den zurückgetretenen Lukas Gutzwiller von der GFL. – Gibt es weitere Wahlvorschläge? – Dann kommen wir zu der Wahl. Wer Michael Burkart per 1. Juni wählen will, kann das mit Handerheben.

Antrag
1 GFL:
Michael Burkard (GFL) ersetzt per 01.06.2024 Lukas Gutzwiller (GFL) als Mitglied in der FIKO.

Präsidentin: Gibt es Enthaltungen? – Dann ist Michael einstimmig gewählt. Herzliche Gratulation.

2014.PRD.000077

4 Areal Goumoëns, Goumoënsstrasse 46 – 54: Änderung des Zonenplans und Teilrevision der Bauordnung vom 24. September 2006 (BO; SSSB 721.1); Abstimmungsbotschaft

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 4. Das ist eine Abstimmungsvorlage und eine Abstimmungsbotschaft, über die wir nachher abstimmen. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS spricht Nora Joos.

Nora Joos (JA!) für die PVS: Die Zonenplanänderung auf dem Goumoëns-Areal und die Anpassung der Bauordnung hat in der PVS wenig zu reden gegeben. Allgemein erachtet es die Kommission als sinnvoll, den Zonenplan so anzupassen, dass dringend notwendiger Schulraum möglich wird.
Positiv an der jetzigen Vorlage ist vor allem, dass mehrheitlich nur dort gebaut wird, wo schon jetzt Gebäude stehen, sodass die grüne Wiese dem Quartier weiterhin zur Verfügung steht und als Freiraum genutzt werden kann. Für die Bestandesbauten, das heisst, das Beachcenter und der Kindergarten, sind sinnvolle Übergangslösungen oder ein neuer Standort im Westen in Aussicht. Die horizontale Ausdehnung des Neubaus wird durch den Zonenplan klar limitiert. Ein höheres Nutzungsmass erlaubt aber die Freifläche D. Eine spätere Aufstockung der Volksschule würde nur eine geringfügige Änderung des Zonenplans bedingen und müsste nicht noch einmal vor die Stimmbevölkerung gebracht werden. Die einzige Einsprache zur Vorlage, jene der BLS, die es gegeben hat, ist mittlerweile zurückgezogen worden, und die Kommission empfiehlt euch das Geschäft einstimmig zur Annahme.

Präsidentin: Merci vielmals. Gibt es Diskussionsbedarf? – Dann kommen wir direkt zu der Abstimmung: wir stimmen ab über die Abstimmungsvorlage.

Abstimmung Nr. 007

2014.PRD.000077: Abstimmungsvorlage

Annahme	
Ja	49
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt dieser Abstimmungsvorlage einstimmig zugestimmt. Wir stimmen über die Abstimmungsbotschaft ab.

Abstimmung Nr. 008

2014.PRD.000077: Abstimmungsbotschaft

Annahme	
Ja	50
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Der Abstimmungsbotschaft habt ihr einstimmig zugestimmt.

2016.PRD.000132

5 Neubau Volksschule Weissenbühl; Baukredit (Abstimmungsbotschaft)

Präsidentin: Dann kommen wir schon direkt zu Traktandum 5. Das ist der Neubau der Volksschule Weissenbühl, ein Baukredit – auch hier wieder eine Abstimmungsvorlage und eine Abstimmungsbotschaft. Ich erteile der Kommission das Wort, Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL) für die PVS: Nora hat euch schon über das Grundstück informiert und ich erzähle euch jetzt etwas darüber, was dort draufkommt. Es geht also um den Neubau der Volksschule Weissenbühl, um den Baukredit und die Abstimmungsbotschaft. Und wir beginnen doch einmal mit der Ausgangslage. Einerseits ist das Quartier Weissenbühl ein Quartier, das sehr stark wächst, vor allem auch im Hinblick auf die Schüler*innenzahlen. Wir haben dort im Moment 79 Klassen und bis 2037 sind 99 Klassen prognostiziert.
Im Moment ist die Lösung so, dass es im Einzugsgebiet des Schulstandortes mehrere dezentral zugemietete Liegenschaften gibt für die Klassenzimmer und Tagesräume. Bedarf besteht eigentlich für alle Zyklen, als 1 bis und mit 3. Gleichzeitig haben wir ja eigentlich ein ideal gelegenes Areal. Und ideal heisst, dass Fussdistanzen eingehalten werden können, dass es sichere Schulwege ermöglichen kann, und dass auch Aussenraum zur Verfügung steht.
Die Goumoëns-Matte – das war auch ein sehr wichtiges Anliegen aus der Bevölkerung heraus – könnte trotz des Bauprojekts erhalten und sogar aufgewertet werden. Aufgrund dieser Ausgangslage hat uns der Gemeinderat ein Geschäft vorgelegt – eben das Schulhaus Volksschule Weissenbühl zu bauen, das Schulraum schafft für 24 Klassenzimmer, Ganztages- und Tagesschulen, Doppelturnhalle, Jugendräume, Aussenbereich und auch eine Rollsportanlage. Der bestehende öffentliche Raum, wie ich vorhin gerade gesagt habe, bleibt eigentlich erhalten und wird mit den angrenzenden Naherholungsgebieten verbunden. Der Gemeinderat hat sich mit diesem Geschäft auch ganz stark vorgenommen, ein wegweisendes Pionierprojekt zu machen, "Städtische Schulen der Zukunft", und wir hatten eigentlich auch das Gefühl, ihm sei das recht gut gelungen.

Das zeigt auch die Reaktion der Anwohnenden, die am Anfang sehr skeptisch waren und im Verlauf des Projekts zu Unterstützer*innen wurden. Die Lage heute: Dort gibt es ein Beachcenter, Kindergärten, den Drachenspielplatz, eben diese Wiese. Das Projekt beinhaltet den Neubau dieser Volksschule Weissenbühl als Verbund von 3 Pavillons. Im EG gibt es ausserschulische Nutzungen und im Schulhaus selber natürlich verschiedenste Fachräume. Die Wiese soll mit einem Nass-Biotop ergänzt werden. Der Quartierspielplatz bleibt erhalten und wird aufgewertet. Es gibt eine Rollsportanlage. Und der Aussenbereich der Basisstufe wird auch extra zum Wald hin ein bisschen geschützter gestaltet, sodass die kleineren Kinder einfach auch einen eigenen Bereich haben. Damit kommen wir schon zum Baukörper. Das oberirdische Tragwerk ist in Holzbauweise. Das Untergeschoss ist aus massivem Recyclingbeton, ausser die Turnhallenträger. Vorarbeiten für eine mögliche spätere Aufstockung sind auch schon geleistet worden. Das sind Investitionen von 0,7 Mio. Franken, aber sie ermöglichen, dass man zu einem späteren Zeitpunkt 2 dieser Pavillons um ein ganzes Stockwerk erhöhen kann. Der Standard "Nachhaltiges Bauen Schweiz" wird eingehalten. Bei den Klassenzimmern zeigt sich eigentlich eine recht traditionelle Raumaufteilung. Deshalb haben wir ja auch den Antrag der PVS. Aber was ganz wichtig ist, es sind keine tragenden Wände drin im Schulhaus, was eine flexible Nutzung ermöglicht.
Dort, wo die Pavillons sich treffen, gibt es nachher eine Begegnungszone, wo sich auch alle Kinder aus allen Zyklen treffen und austauschen können. Zu den Klassenzimmern und verschiedenen Räumlichkeiten möchte ich eigentlich gar nicht viel sagen, aber was noch hervorzuheben ist, ist, dass auch das Quartier und Vereine vom Schulhaus profitieren können. Die Doppelturnhalle kann gemietet werden. Es gibt 2 Mehrzweckräume, die mitgenutzt werden können. Es gibt Jugendräume, es gibt eine öffentliche Toilette. Es werden auch Schutzräume für 463 Personen gebaut. Es gibt einen Allwetterplatz, die erwähnte Rollsportanlage, den Spielplatz und natürlich die Goumoëns-Matte selber. Dann braucht es während des Baus Provisorien für die Kindergärten, die jetzt dort drauf sind. Sie sind gewährleistet an der Seftigenstrasse 14. Das kostet knapp 600’000 Franken. Das ist aber im Baukredit enthalten. Der Rückbau der Beachvolleyball-Halle erfolgt durch die Beachcenter AG auf eigene Kosten. Kunst und Bau hat 420’000 Franken dort eingestellt – der Entscheid fällt jetzt im Sommer – und eben die erwähnten Schutzräume. Dafür beträgt der Stadtanteil ungefähr 1,2 Mio. Franken. Und nachher gibt es noch Geld vom Kanton. Man hat bei dem Schulhaus auch versucht, wirklich alle Dimensionen der Nachhaltigkeit zu berücksichtigen. Also gesellschaftlich hat man geschaut, dass Hindernisfreiheit gegeben ist, die Gleichstellung gewährleistet ist, das heisst, dass es Unisex-WC-Anlagen gibt, dass Garderoben rollstuhlgängig sind. Man hat auch sehr stark das Quartier eingebunden. Also es hat ein partizipatives Planungsverfahren bei der Schule, aber auch beim Spielplatz gegeben. Der Stadtrat hat ja auch einmal ein Jugend-Solarprojekt verlangt. Das wird man hier umsetzen. Und dann gibt es natürlich auch die Quartierschule, die ja eigentlich ein holistischer Ansatz nach dem Kreislaufprinzip ist – oder auch "Die Stadt der Nachbarschaften" könnte man es auch nennen. Mobilität und Schulwegsicherheit: Eben, es ist ein sicherer Schulweg. Es hat eine breite Treppenanlage. Es ist offen. Die Fussgängerverbindung zum Bahnhof Weissenbühl wird angepasst. Es gibt neu 250 Velo- und 150 Trottinett-Abstellplätze. Rettungsfahrzeuge haben Zugang. Und es gibt 5 Privatparkplätze und einen IV-Parkplatz.
Wirtschaftlich kann man sagen, dass man den Low-Tech-Gedanken verfolgt hat, zum Beispiel bei den Fenstern. Man hat auf eine Klimaanlage verzichtet und stattdessen eine automatisierte Fensterlüftung eingeplant. Es wird Wärmepumpen mit Erdsonden geben für die Wärme im Winter und auch das Temperieren im Sommer und dadurch

natürlich die Regenerierung des Bodens. Die Dachflächen werden begrünt, mit PV-Anlagen ausgerüstet. Das wird durch EWB (Energie Wasser Bern) geplant, betrieben und finanziert. Es ist auch eine langlebige Bauweise, gerade mit dieser flexiblen Raumraumstruktur. Das heisst, wenn man irgendwann einmal doch nicht mehr so viele Kinder hätte und weniger Schulzimmer brauchen würde, könnte man sie mit relativ wenig finanziellen Mitteln zu Büroräumen oder vielleicht sogar Wohnungen umbauen. Es gibt auch, und das ist sehr vorbildlich, eine recht klare Systemtrennung, die einen vereinfachten Unterhalt, das Recycling und einen Umbau ermöglichen. Es gibt sogar einen Wasserrückhalt für die Bewässerung der Grünanlagen und den Aussentoiletten und eben auch die Tragstruktur, die wir schon erwähnt haben. Das ist eigentlich auch ein wirtschaftliches Argument, dass man jetzt etwas investiert, um später deutlich sparen zu können. Umwelttechnisch: Es werden leider auch Bäume gefällt, und zwar ganze 34. Dafür werden etwa 50 Bäume, und zwar standortgemässe, einheimische Bäume, neu gepflanzt.
Das Biodiversitätskonzept der Stadt Bern wird eingehalten. Es gibt am Schluss gesamthaft 37% naturbelassene Fläche auf dem Areal. Dann haben wir das ganze Recycling der vorhandenen Materialien, also Natursteinblöcke, Randsteine, zum Teil auch Sachen aus dem Lager des Tiefbauamts. Und man wird auch versuchen, die gefällten Bäume im Aussenbereich noch einmal irgendwie zu nutzen.
Das wäre eigentlich alles zum Geschäft. Die PVS empfiehlt die Annahme. Wir haben aber auch noch einen Antrag gestellt und der hängt zusammen mit dieser traditionellen Klassenzimmeraufteilung, denn wir hatten ja gerade erst das Schulhaus Baumgarten. Und dort hat man uns sehr gut erklärt, dass das Atelierkonzept das Konzept der Zukunft sei. Und darum hat man nachher in Zusammenarbeit mit der Schulleitung entschieden, dass man den Antrag stellt, dass das noch einmal geprüft wird. Die Schule möchte, dass das jetzt schon umgesetzt wird. Nicht dass wir nachher in 5 Jahren Wände herausreissen müssen. Das wäre alles. Ja genau, wie viel Geld es kostet, ist natürlich auch noch wichtig. Es ist ein Baukredit von 78,6 Mio. Franken so Lasten der Investitionsrechnung. Der Projektierungskredit von knapp 7 Mio. Franken ist dort drin enthalten. Und dann gibt es noch zusätzlich dazu eine Spezialfinanzierung Schulbauten von 5,125 Mio. Franken Abschreibungen über die nächsten 25 Jahre. Merci.

Präsidentin: Merci, Tanja. Gibt es Diskussionsbedarf? – Nein, dann kommen wir direkt zu – Doch, Nora Joos für die GB/JA!-Fraktion.

Nora Joos (JA!) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion begrüsst, dass der dringend notwendige neue Schulraum im Stadtteil Mattenhof-Weissenbühl geschaffen werden kann. Positiv finden wir unter anderem die folgenden 4 Aspekte. Erstens: Die Lage am Waldrand und neben der grünen Matte ist für die Schüler*innen optimal. Und es ist positiv, kann der bestehende Freiraum für das Quartier erhalten werden. Zweitens: Neben 24 Klassenzimmern entstehen auch eine wichtige Ganztages- und Tagesschule, eine Doppelturnhalle und Fachzimmer. Drittens wird der Aussenraum mit einem Nass-Biotop aufgewertet. Fast 40% der Fläche bleiben naturnah und rund 50 neue Bäume werden anstelle der 24 gefällten gepflanzt. Und der 4. positive Aspekt: Die Rollsportanlage wird wieder installiert und es entstehen 2 Jugendräume sowie eine weitere öffentliche Toilette.
Bezüglich der Rollsportanlage fordert die GB/JA!-Fraktion die Verwaltung an dieser Stelle auf, während der Bauphase einen Zwischenstandort im Quartier zu suchen und umzusetzen. Danke. Trotz diesen 4 und noch weiteren nicht erwähnten Vorteilen des Geschäfts ist der GB(JA!-Fraktion an der jetzigen Vorlage aber etwas ein kleiner Dorn

im Auge, und zwar das Nutzungsmass. Die GB/JA!-Fraktion sieht in der jetzigen Vorlage eine verpasste Chance für eine wirkliche Verdichtung nach innen und hätte sich ein Gebäude mit mehr als 3 Geschossen gewünscht, so dass man weiteren notwendigen Schulraum im Stadtteil Mattenhof-Weissenbühl dort hätte unterbringen können. Deshalb ist die jetzige Möglichkeit einer Geschossaufstockung auf 2 der 3 Bauträger nur ein kleiner Trost. Ein grösseres, respektive höheres Schulhaus hätte GB/JA! sich gewünscht, damit mehr Klassen Platz haben, aber auch, damit eine Quartierküche hätte gebaut werden können. GB/JA! ist der Meinung, dass aufgrund des grossen Zuwachses bei der Tagesbetreuung bei jedem Neu- oder Umbau von Schulhäusern Quartierküchen mitgedacht werden müssen. Das Kochen vor Ort gehört zu einer Schule der Zukunft. Es darf nicht der Standard sein, dass die Mahlzeiten angeliefert werden. Für die Volksschule Weissenbühl ist zumindest positiv, dass die Ziegler-Küche nah ist und keine langen Transportwege entstehen. Die GB/JA!-Fraktion fordert, dass bei zukünftigen Schulhausvorlagen das Kochen vor Ort Standard ist, und bittet den Gemeinderat deshalb, Quartierküchen bei allen kommenden Schurraumprojekten konsequent einzuplanen. Trotz der verpassten Chance für eine Quartierküche bei der Volksschule Weissenbühl und einer mutigen Verdichtung nach innen oder eben in die Höhe, stimmt die GB/JA!-Fraktion dem Baukredit zu, und den PVS-Antrag, den Tanja vorhin vorgestellt hat, nehmen wir an.

Präsidentin: Merci, Nora. – Für die GFL, Tanja Milanovic.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Vor lauter sprechen, habe ich vergessen noch 2 Sätze zu unserer Fraktion. Die Fraktion begrüsst das Geschäft sehr. Wir finden es auch wirklich super, stellen auch keine Anträge. Ich habe das wirklich ganz genau angeschaut, aber es ist tatsächlich vorbildlich in allen 3 Dimensionen der Nachhaltigkeit. Und das entspricht natürlich ganz der Vision der GFL – grün, sozial und liberal. Wunderbar.

Präsidentin: Merci, Tanja. Gibt es weitere Voten? – Alex Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Nur ganz kurz, ich war ursprünglich einmal Referent. Und ich möchte den Leuten danken, die mit mir in der Kommission waren. Das erste Projekt wäre nämlich viel zu gross, überdimensioniert gewesen. Insbesondere die heutige Gemeinderätin Marieke Kruit und auch Patrik Wyss von der GFL haben sich dafür eingesetzt, dass es eben angepasst wird und so eine gewisse Quartierverträglichkeit ergibt. Deshalb stimme ich dem Projekt zu. Aber ihr seht: So muss man Schulhäuser bauen. Man muss nicht immer die Maximalvariante wählen wie im Kirchenfeld, wo es nachher jahrelang durch Einsprachen verzögert wird. Darum sage ich, man müsse die Leute einbinden.

Präsidentin: Danke, Alex. Dann kommen wir zu den Einzelvoten. Marcel Wüthrich.

Marcel Wüthrich (GFL), Einzelvotum: Ich erinnere mich noch gut an die Stadtratssitzung vom 29. August 2019, als wir hier den Projektierungskredit behandelten. Hier ging es um eine erste Projektidee, die der Stadtbaumeister als sogenannten Tanker bezeichnet hat. Es wäre ein 100 Meter langes Gebäude gewesen, 5-stöckig und – ja, Nora – es gibt vielleicht auch Grenzen der Verdichtung, denn ich habe mich gegen das überladene Projekt zünftig gewehrt. Ich hatte unter anderem auch das STEK (Stadtentwicklungskonzept) in den Händen. Aber unterdessen muss ich sagen, die Beachvolleyball-

Halle konnte man verlegen. Und ich darf wirklich feststellen: Seither hat das Projekt wirklich eine Metamorphose durchlebt: Und ich will wirklich auch einmal die Stadtverwaltung ausdrücklich loben. Das ist ein sehr gefälliges Projekt geworden. Die Goumoëns-Matte bleibt unangetastet. Der Bauverkehr läuft via BLS-Seite und nicht durch das Quartier. Vor allem hat offensichtlich auch die Partizipation mit dem Quartier sehr gut geklappt. Dafür möchte ich danken. Merci.

Präsidentin: Danke, Marcel. Es hat der Gemeinderat das Wort. Vorgesehen sind Alec und Franziska. – Für den Gemeinderat, Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Ich werde nicht die ganze Redezeit beanspruchen. Franziska muss keine Angst haben. Ich werde sehr kurz reden.
Danke, dass ihr diese Debatte überhaupt geführt habt, und danke, dass ihr uns damit die Chance gebt, dass wir auch noch etwas dazu sagen können. Ich möchte auch auf das zurückkommen, was Marcel Wüthrich erwähnt hat. Das Projekt hat ja eine längere Vorgeschichte. Und die war bei weitem nicht immer so wenig kontrovers wie jetzt.
In der Kommission haben wir eine sehr entspannte Debatte geführt. Es ist immerhin ein sehr grosses Projekt. Mit 78 Mio. Franken ist es doch auch ein ziemlich teures Projekt. Und ich glaube, es verdient schon, dass man ein bisschen darauf zurückschaut. Ich musste schmunzeln, als Nora sagte, man hätte doch vielleicht noch ein bisschen mehr verdichten sollen. Das Gefühl hatten wir am Anfang auch, und eben gesagt, Beachcenter und Schule könne man zusammenbringen. Ich darf euch vielleicht noch ein kleines Geheimnis verraten. Als ich mit dem Projekt zum ersten Mal in den Gemeinderat ging, hat der Gemeinderat noch gesagt: Könnte man es nicht noch ein bisschen dichter machen, könnte man nicht noch Wohnungen oben auf das Schulhaus bauen und auf das Beachcenter? Also, auch der Gemeinderat hat sich damals sehr stark in Richtung Verdichtung bewegt, aber es hat nachher Widerstand gegeben. Dieser ist aus dem Quartier gekommen, ist nachher auch in den Stadtrat hineingekommen, so dass wir eine neue Lösung suchen mussten. Und wir haben die Lösung gefunden, indem wir das Beachcenter herausgenommen haben. Für das Beachcenter hat sich eine sehr eine gute Lösung ergeben, indem es jetzt nach Ausserholligen kommt, zur Bahnstation, viel besser erschlossen, gerade neben dem Weyermannshaus. Also, das passt vielleicht auch etwas besser, denn dort können sie vielleicht ab und zu nicht nur Beachvolleyball spielen, sondern auch noch ein bisschen den Beach im "Weyerli" geniessen – also, eine gute Lösung für das Beachcenter und jetzt auch die wunderbare Schule. Einmal mehr ist es ein Schulhaus, wo, glaube ich, die Kinder sehr privilegiert sein werden, wenn sie dort in die Schule gehen können, mit dieser Umgebung, mit der Wiese, mit dem Wald nebendran. Ich glaube, viel besser können wir unser Geld nicht ausgeben, als Schulen zu bauen für die Kinder, und so wunderbare Schulen bauen wie eben dort auf der Goumoëns-Matte die Weissenbühl-Schule. Ich freue ich mich sehr. Danke für die gute Zustimmung. Und jetzt hast du noch genug Zeit, Franziska, um alles zu sagen, was noch nicht gesagt wurde.

Präsidentin: Merci, Alec. Dann kommt Franziska Teuscher.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Ich gehe jetzt auf die Frage, wie stark man hätte verdichten können oder sollen, nicht ein. Alec hat es schon ein bisschen transparent gemacht. Im Gemeinderat waren die Meinungen dazu auch unterschiedlich. Ich freue mich, dass wir euch heute das Projekt vorlegen können, denn ich finde: Es ist tatsäch-

lich ein sehr tolles Projekt, diese neue Volksschule im Weissenbühl, weil wir diese einfach in diesem Stadtteil auch nötig haben. Ihr wisst alle, dass wir auch beim Pestalozzi-Schulhaus schon eine neue Schule gebaut haben, auch eine wunderschöne Schule, aber dass das einfach noch nicht genügt.
Ich finde, bei diesem Projekt ist es jetzt wirklich gelungen, das Miteinander von Schule und Quartier von Anfang an anzuschauen und von Anfang an das ganze Gebäude und die ganze Anlage auch miteinander zu planen. Und daher bin ich davon überzeugt, dass das Schulhaus auch ein Vorbild sein wird für weitere Schulhäuser, denn wir haben vorhin eben über Verdichten gesprochen. Ich finde auch, man muss mehrere Nutzungen im gleichen Gebäude, in gleichen Aussenräumen möglich machen, noch viel mehr als wir das bisher getan haben. Alec hat gesagt, ich könne noch sagen, was noch nicht gesagt wurde. Ich lege den Fokus als Bildungsdirektorin und grüne Politikerin auf ein paar Punkte. Ich finde es sehr schön, dass wir auch bei diesem Schulhaus eine Fotovoltaikanlage auf das Dach setzen können, und zwar unter Mitwirkung der Schülerinnen und Schüler im Rahmen eines Solarprojekts. Ich finde das sehr wichtig, denn Solaranlagen auf Dächer stellen, das wäre vielleicht das Einfachste. Aber es ist eben wichtig, dass Schülerinnen und Schüler selber erleben können, was Solarenergie kann und damit sie auch sehen, dass wir mit der Solarenergie einen guten Weg in eine zukunftsgerichtete Energiepolitik gehen, aber vor allem auch, damit sie entdecken, dass es ganz neue Berufe gibt. Im Solarbereich gibt es verschiedene, ganz neue Berufe. Und genau diese Jugendlichen bauen dann unsere Solaranlagen auf unseren Schulhäusern und entdecken dadurch auch zukunftsgerichtete Berufsfelder.
Nachher finde ich es auch super, dass wir die Ganztagesschule dort einrichten können. Ich bin sicher, in 10 Jahren werden die Kritikerinnen und Kritiker unserer Politik heute sagen: Warum haben sie nicht viel mehr Ganztagesschulen vorgesehen? Ich bin davon überzeugt, dass Ganztagesschulen das Schulmodell der Zukunft sind. Wie gesagt, die Räume werden sehr vielfältig genutzt von der Schule, der Tagesbetreuung, aber eben auch vom Quartier. Denn wir wissen alle, dass eine Schule häufig leer steht, sei das am Abend, sei das am Wochenende, sei das in den Ferien. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Räume auch möglichst optimal nutzen können. Und natürlich – mir als Biologin ist der naturnahe Aussenraum sehr wichtig. Und auch dahingehend finde ich das Projekt sehr toll, denn es hat ermöglicht, dass wir eine grüne Oase erhalten können, dass die Goumoëns-Matte bleibt. Und ich finde es auch schön, dass die Wiese dem Quartier wirklich so am Herzen liegt, dass es sich auch dafür eingesetzt hat und dass es auch dafür gekämpft hat. Daher ist das Schulhausprojekt, dieser Aussenraum für mich ein Glücksfall. Wir haben, glaube ich, in der Stadt Bern noch nie eine Schulanlage gehabt, die 37% naturnahe Umgebung hatte. Viele von euch denken vielleicht, das sei zu viel. Nein, das ist eigentlich das, was die neuen Richtwerte verlangen. Wenn wir die Biodiversität in der Schweiz erhalten wollen, müssen wir in Zukunft überall 30% Biodiversitätsfläche machen und hier bei unserer Schule der Zukunft sind wir auf gutem Weg. Alec hat gesagt, wir investierten das Geld hier gut in die Kinder, aber wir investieren das Geld auch in die Naturerhaltung und in die Biodiversitätserhaltung. Merci vielmals.

Präsidentin: Merci, Franziska. Dann kommen wir zu den Abstimmungen. Wir stimmen zuerst über den Antrag ab. Ihr findet ihn auf der Antragsliste auf Seite 4. Es ist der PVS-Antrag zum Stichwort Atelierschulkonzept.

Antrag
1 PVS

Es soll geprüft werden, ob und inwiefern gewisse Flächen von Anfang an als Atelierschulkonzept umgesetzt werden könnten und ob bereits jetzt auf gewisse Trennwände verzichtet werden könnte.

Abstimmung Nr. 009

2016.PRD.000132: Antrag 1

Annahme

Ja	56
Nein	6
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen. Dann stimmen wir über die so bereinigte Abstimmungsvorlage ab.

Abstimmung Nr. 010

2016.PRD.000132: Bereinigte Abstimmungsvorlage

Annahme

Ja	60
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt die Abstimmungsvorlage einstimmig angenommen. Dann stimmen wir noch ab über die Abstimmungsbotschaft.

Abstimmung Nr. 011

2016.PRD.000132: Abstimmungsbotschaft

Annahme

Ja	61
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Die Abstimmungsbotschaft habt ihr einstimmig angenommen. Wir kommen jetzt nicht zu Traktandum 6, denn ihr habt den Ordnungsantrag angenommen, das heisst, wir behandeln jetzt die Traktanden 15 und 18.

2024.SR.0074

15 Dringliche Interfraktionelle Interpellation GLP/JGLP/EVP, Mitte, FDP/JF, SP/JUSO, GFL, SVP (Maurice Lindgren, GLP/Bettina Jans-Troxler, EVP/Debora Alder-Gasser, EVP/Milena Daphinoff, Mitte/Simone Richner, FDP/Bernadette Häfliger, SP/Francesca Chukwunyere,

GFL/Matthias Humbel GFL/Janosch Weyermann, SVP): Entschiedenes Handeln gegen Antisemitismus an Berner Schulen

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 15. Das ist eine dringliche interfraktionelle Interpellation. Die Diskussion ist gewünscht, das heisst wir stimmen darüber ab, ob die Diskussion gewährt wird. Wenn 1/3 der Anwesenden ja sagt, dann gibt es eine Diskussion.

Abstimmung Nr. 012

2024.SR.0074: Quorum	
1/3 Quorum erreicht	
Ja	56
Nein	6
Enthalten	0

Präsidentin: Die Diskussion ist gewährt. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Bettina Jans-Troxler.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Einreichenden: Stellt euch vor, deine Familie lebt seit Generationen in der Schweiz. Die Schweiz ist deine Heimat und jetzt wirst du auf dem Pausenplatz aufgrund deiner jüdischen Religionszugehörigkeit von Schulkolleg*innen ausgeschlossen, angeprangert, verhöhnt, angefeindet, bedroht, weil im Nahen Osten seit den Terroranschlägen der Hamas am 7. Oktober leider die Gewalt eskaliert.
Viele Schülerinnen und Schüler mit jüdischem Hintergrund haben in den letzten Monaten solch schmerzliche Erfahrungen gemacht. Der Angriff in Zürich am 5. März durch einen 15-Jährigen auf einen jüdischen Mann hat auch nicht dazu beigetragen, dass sich Menschen mit jüdischem Hintergrund sicherer fühlen in unserem Land.
Deshalb ist es enorm wichtig, dass sich auch in der Stadt Bern die Behörden gegen jede Form von Antisemitismus entscheiden und dass die Schulen alles dafür tun, dass sich Schülerinnen und Schüler mit jüdischer Religionszugehörigkeit sicher fühlen können. Wir danken dem Gemeinderat für die Antworten auf unsere Interpellation. Allerdings will ich grundsätzlich vorausschicken, dass das Bemühen, Antisemitismus nur zusammen mit Rassismus und allgemeiner Diskriminierung zu nennen, etwas fragwürdig ist. Menschen mit jüdischer Religionszugehörigkeit sind in unserem Kulturkreis seit Jahrhunderten immer wieder ausgegrenzt, umgebracht und vertrieben worden. Deshalb wäre es aufgrund der aktuellen Vorgänge, die zum Teil ungute Vergleiche mit Vorgängen im Mittelalter oder im Zweiten Weltkrieg in mir wecken, angezeigt, Antisemitismus viel deutlicher in unserer Gesellschaft zu thematisieren. Das heisst überhaupt nicht, dass die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung aus anderen Gründen weniger wichtig wäre. Nein, das müssen wir entschieden angehen. Grundsätzlich begrüssen wir es aber, dass in den Antworten zur Interpellation jetzt die Absicht kommuniziert wird, aktiv zu werden, und dass schon Schritte unternommen wurden, wie zum Beispiel, dass das Schulamt und die Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen den Schulen Informationsmaterial zum Nahostkonflikt, wie auch Angaben zu Melde- und Beratungsstellen zukommen liessen. Dass von der BSS eine Umfrage und eine Arbeitsgruppe geplant ist, freut uns. Hier wäre es noch gut zu wissen, wann diese starten wird, damit wir nicht nur eine Absichtserklärung haben. Die Schulsozialarbeitenden sind sicher wichtige Stellen beim Thema Mobbing und Ausgrenzung aufgrund von Antisemitismus. Hier ist wahrscheinlich das Grundproblem, dass sie sehr stark ausgelastet sind und häufig relativ lange Wartefristen bestehen, bis Gesprächstermine möglich sind.

Auch sind die Anforderungen an die Schulsozialarbeitenden grundsätzlich sehr hoch und sie haben sehr viele Thematiken zu bewältigen, was es nicht einfach macht, allen Fällen genug Aufmerksamkeit zu geben. Grundsätzlich ist es enorm wichtig, dass wir alle bemüht sind, allen Menschen in unserem Land die gleiche Wertschätzung und Existenzberechtigung zuzusprechen und uns gegen jede Diskriminierung einzusetzen, damit sich auch Menschen mit jüdischem Hintergrund in unserem Land sicherfühlen können. Wir danken allen engagierten Lehrpersonen und anderweitig an unseren Schulen Engagierten, die sich dafür einsetzen, dass Kinder und Jugendliche an unseren Schulen lernen, Menschen nicht aufgrund ihres kulturellen Hintergrunds auszugrenzen.
Ich danke auch euch, dass ihr euch alle dafür einsetzt, dass wir ein friedliches Miteinander in unserem Land leben können.

Präsidentin: Merci, Bettina. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Alex Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich habe diesen Vorstoss ebenfalls unterschrieben. Ich muss sagen, ich bin durchaus ein kritischer Geist. Ich habe durchaus vor Jahren zum Vorstoss von Rania Büechi, als es eine grosse Diskussion gab wegen dem Nacktbaden, gesagt, das kannst du auch machen. Das ist absolut im Rahmen der Meinungsäusserungsfreiheit. Das kann man machen, ich habe dort kein Problem gesehen. Ich bin auch kein Freund der israelischen Siedlungspolitik. Aber was wir jetzt hatten, diese Vorfälle Anfang Oktober im Gazastreifen, als man 123 Leute entführt hat – teilweise sind die Frauen vergewaltigt worden. Von, glaube ich, über 120 Geiseln weiss man nicht, wo sie sind. Ein Teil wird sicher mittlerweile tragisch gestorben sein. Die Leute sind schwer traumatisiert. Darüber redet man nicht. Man versucht jetzt wirklich, mit diesen Demonstrationen in der Universität, bei denen sich teilweise auch Strafrechtsprofessoren sogar mit den Besetzern solidarisieren – Das hat mich ziemlich entsetzt.
Für mich ist es einfach ein Problem. Ich rede hier ein bisschen von einem importierten Antisemitismus. Ihr seht die Probleme, die wir eben teilweise haben in den Quartieren, gerade dort, wo man relativ viele Leute hat mit Migrationshintergrund aus dem Nahen Osten, wo wir teilweise problematische Situationen haben. Und ich habe einfach gehört – und ich bitte Frau Gemeinderätin Teuscher, dazu Stellung zu nehmen – meiner Ansicht nach sind die Schulkommissionen zuständig, allenfalls Sanktionen auszusprechen. Und da kann man nicht von der Seite der BSS den Deckel darauf zu halten versuchen oder zu sagen, man dürfe nichts machen. Ich möchte hier dann die Frage stellen, ob es in diesem Schulkreis – es war irgendwo im Westen – irgendwie von Seiten der Schuldirektion der Deckel darauf gehalten wird, dass man sagt, die Schulkommission darf hier nicht handeln, denn ich finde, das sind gravierende Vorfälle. Denkt immer daran. Ihr kennt die Mobbing-Vorfälle, wenn ein Kind in der Schule gequält wird. Schlussendlich sagt man dann: Die Eltern hätten vielleicht halt nicht so reagieren sollen, sie sollten das halt akzeptieren und halt sonst die Schule wechseln. Das ist für ein Kind absolut etwas Traumatisches. Im Unterweisungsunterricht hat auch einer immer mit "Gummeli" nach mir geworfen und ich habe nachher die "Gummeli" genommen und zerrissen. Dann hat der Pfarrer gesagt, ich solle halt den Kopf abschrauben, wenn ich nachher, erschossen würde. Und dann hat mein Vater telefoniert und ich habe mich entsprechend zur Wehr gesetzt. Ein Kind kann schwer traumatisiert werden mit solchen Sachen. Und daher geht es darum, dass man eingreift, und nicht, dass man versucht, einen Mantel des Verdeckens darüber zu legen. Und darum wäre ich wirklich sehr interessiert zu hören, wie man nachher die Fragen beantwortet, denn das ist im Sinne aller

Kindern, dass man hier eben kein Mobbing zulässt, dass man hier frühzeitig eingreift und hier die nötigen Konsequenzen zieht. Merci.

Präsidentin: Danke, Alex Feuz. Und nun Matthias Humbel für die GFL-Fraktion.

Matthias Humbel (GFL) für die Fraktion: Eine Mehrheit der Fraktion sieht in der aktuellen Diskussion ein weiteres Beispiel einer Polarisierung und Vergiftung des politischen Diskurses, zu der sie nicht handbieten will. Für eine Minderheit ist aber auch klar, dass man über Themen wie Antisemitismus nicht einfach schweigen kann. Genau so kann man nicht schweigen zu allen Formen von Rassismus, inklusive Anti-Islamismus und alle weiteren Formen von Diskriminierung, inklusive Sexismus, Ableismus und, und, und. Es gibt keine akzeptable Form von Diskriminierung. Es gibt nicht Gruppen, die man angreifen darf, und solche, die man nicht darf. Wir finden es daher durchaus auch irritierend, wenn gewisse Seiten, wenn es um jüdische Mitbürger*innen geht, auffallend still bleiben. Doch genauso, wie wenn gewisse Seiten, die sonst mit Diskriminierung ein bisschen weniger Mühe haben, hier plötzlich aufspringen. Wo man bezüglich Antisemitismus steht, sollte in einer Demokratie und unter demokratisch denkenden Leuten genauso wie auch bei allen anderen Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung keine Frage der politischen Grundhaltung sein.
Genauso klar sollte es aus unserer Sicht eigentlich auch sein, dass das, was in Israel passiert, eine Katastrophe ist. Angriffe beider Seiten auf die Zivilbevölkerung sind zu verurteilen. Selbstverständlich darf man Israel und seine Regierung dafür kritisieren, wie sie auf die Angriffe der Hamas reagieren. Genauso, wie man auch die Hamas kritisieren soll für die Terror-Angriffe, die zur jetzigen Eskalation geführt haben. Ein Konflikt im Nahen Osten mit der Geschichte von mehreren Jahrzehnten und mit Opfern und Tätern auf allen involvierten Seiten lässt sich nicht einfach so in ein Schwarzweissmuster pressen. Es gibt keine einfachen Lösungen, insbesondere keine, die wir hier drin diskutieren könnten. Es geht aber auch nicht um den Krieg in Israel, sondern darum, was in unserer Gesellschaft und in unseren Schulen passiert. Wie man den Medien verschiedentlich entnehmen konnte, sind Rassismus im Allgemeinen, aber auch Antisemitismus im Speziellen in den Schulen am Zunehmen. Und da können wir uns nicht erlauben wegzuschauen. Es braucht Massnahmen, um dagegen vorzugehen. Es braucht Anlaufstellen, Informationen und Unterstützung für Schüler*innen wie auch für Lehrer*innen. Es muss klar sein, dass Diskriminierung inklusive Antisemitismus in unserer Mitte und unseren Schulen keinen Platz hat. Wir können feststellen, dass die Stadt das Problem gesehen hat und auch wünscht, etwas dagegen zu unternehmen. Gleichzeitig fehlt es offensichtlich noch an einer verlässlichen Datengrundlage. Die Stadt tappt noch recht im Dunkeln, wenn es darum geht, zu sagen, wie die Situation genau aussieht. Hier gibt es sicher Verbesserungspotenzial und es braucht auch weitere Reformen, um Antisemitismus wie auch andere Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung anzugehen. Danke.

Präsidentin: Danke, Matthias. Dann kommt Bernadette Häfliger für die SP-JUSO-Fraktion.

Bernadette Häfliger (SP) für die Fraktion: Ich kann es vorwegnehmen: Die Antworten des Gemeinderats befriedigen mich halbwegs. Sie zeugen nicht unbedingt davon, Verantwortung zu übernehmen. Damit werden nicht nur die Schulen in der Stadt Bern, sondern auch ihre Lehrpersonen leider alleine gelassen mit einem Problem, mit dem sie offensichtlich überfordert sind. In einer Erhebung zwischen 2016 und 2020 haben

bis zu einem Viertel der in der Schweiz Befragten antisemitische Stereotype bejaht. Die Stereotype sind jahrhundertealt, sie sind immer die gleichen. Trotz unterschiedlicher Schwerpunkte links und rechts kommt Antisemitismus in allen politischen Spektren und in allen Kulturen vor. Vielleicht ist der Antisemitismus gerade deswegen so gefährlich. Die Historikerin Christina Späti forscht zu Judenhass und hält fest, dass der Antisemitismus in der Schweiz aus der Mitte der Gesellschaft kommt und sehr schlecht erforscht ist. So erstaunt es denn nicht, dass Antisemitismus im Lehrplan 21 gar nicht vorkommt und viele Lehrer*innen mit dem Thema einfach überfordert sind. So erstaunt es auch nicht, dass ein Rap-Video, das an das klassisch antisemitische Stereotyp der Raffgier anknüpft, unbesehen verbreitet wird. So erstaunt es auch nicht, dass die IDF (Israel Defense Forces) kollektiv als Kindermörder bezeichnet werden, ohne dabei überhaupt zu merken, was man für ein antisemitisches Wording benutzt. Aber lässt sich Unwissen zu Antisemitismus einfach entschuldigen?
Der Präsident des Schweizer Schulleiterverbandes, Thomas Minder, führt im "Club" vom 12. März aus, dass die Schulen heute Toleranz lehren. Lehrpersonen haben aber gemäss seinen Aussagen keine Kompetenzen zum Thema Antisemitismus, obwohl 1/5 ihrer Schüler*innen wahrscheinlich antisemitische Stereotype vertritt oder mit solchen schon konfrontiert wurde – eine schockierende Erkenntnis. Wenn man der Antwort des Gemeinderates glaubt, ist das in Bern anders. Er bestätigt für mich damit die Aussage, dass im Zusammenhang mit Antisemitismus ziemlich viel Ignoranz vorhanden ist. Diese Positionierung des Gemeinderates wiederum steht im Widerspruch zu den Aussagen von Ester Meier, Amtsleiterin der Fachstelle Radikalisierung und Gewaltprävention der Stadt Bern. Sie kritisiert in der gleichen "Club"-Sendung, dass die Alarmzeichen für eine Radikalisierung oft zu spät erkannt würden. Damit diese aber überhaupt bemerkt werden könnten, bräuchte es eine Sensibilisierung. Und diese Sensibilisierung sei auch in der Stadt Bern vernachlässigt worden.
Lässt sich das Tolerieren von Antisemitismus entschuldigen? Was hat Antisemitismus mit der aktuellen Lage im Nahen Osten zu tun? Viel weniger als es vielleicht auf den ersten Blick scheint. Der Antisemitismusbericht 2023 stellt fest, dass mit dem Zulauf zu Verschwörungstheorien auch antisemitische Vorfälle in den letzten Jahren allgemein zugenommen haben. Die Triggerpunkte sind offensichtlich – und das ist für mich tatsächlich recht verwirrend – genauso Corona wie der Ukraine-Krieg und jetzt eben auch der 7. Oktober. Der Bericht zeigt auf, dass es seit dem 7. Oktober 2023 zu einer Verdreifachung von antisemitischen Vorfällen in der realen Welt gekommen ist, also zu Tätlichkeiten, zu Beschimpfungen, zu Schmierereien. Ich höre jetzt immer wieder, dass es erlaubt sein müsse, Israel zu kritisieren. Selbstverständlich ist es erlaubt, ist es möglich, ist es auch notwendig. Es ist wichtig aufzuzeigen, dass die israelische Regierung aktuell ihre humanistische Verantwortung gegenüber der Zivilbevölkerung in Gaza nicht wahrnimmt. Selbstverständlich muss gesagt werden, dass der berechtigte Kampf gegen die Hamas die israelische Armee nicht von der Pflicht entbindet, verhältnismässig vorzugehen und das Völkerrecht einzuhalten, das auch in Kriegen gilt. Selbstverständlich ist festzustellen, dass der Tod von Kindern immer ein grosses Unrecht ist, auch wenn sie als Schutzschild einer Terrororganisation missbraucht werden. Lässt sich Antisemitismus also im Kontext zum Krieg im Nahen Osten entschuldigen? Wenn ich die israelische Regierung für ihre Politik kritisiere, gibt es für mich keinen Grund, das Existenz- und Selbstverteidigungsrecht Israels in Frage zu stellen. Wenn ich die israelische Regierung kritisiere, gibt es für mich keinen Rechtfertigungsgrund dafür, die Gräueltaten der Hamas vom 7. Oktober 2023 irgendeiner Weise zu feiern oder zu relativieren. Wenn ich die israelische Regierung kritisiere, gibt es für mich keinen Grund, kein Mitleid und keine Empathie mit den Opfern der Gräueltaten der Hamas zu zeigen.

Es gibt für mich auch keinen Grund, sexualisierte Gewalt an Geiseln einfach zu ignorieren.
Wir kritisieren die faschistoide Politik von Meloni in Italien, ohne zum Boykott gegen italienische Wissenschaftler*innen, italienische Universitäten oder gar italienische Produkte aufzurufen. Wir kritisieren die Politik von Erdogan, ohne Menschen mit einem türkischen Pass dafür verantwortlich zu machen. Wir verurteilen die Politik von Putin, ohne alle Russinnen und Russen als Kriegsverbrecher zu bezeichnen. Die Politik der israelischen Regierung bietet genauso wenig Grund, wie Corona oder der Ukraine-Krieg Grund dafür bieten, Hakenkreuze an eine Synagoge zu schmieren, Menschen, die eine Kipa oder einen Davidstern tragen, anzuspucken, die Shoa zu leugnen oder auch zu relativieren, zum Boykott gegen israelische Wissenschaftler*innen aufzurufen, das Gemetzel an israelischen Bürger*innen durch eine Terrororganisation zu rechtfertigen. Es gibt auch absolut keinen Grund, jüdische Schüler*innen in Bern zu mobben. Es gibt absolut keinen Grund, weder für die Stadt noch für die Schulen und auch nicht für einzelne Lehrpersonen, Schulkommissionen, wegzuschauen und zu verharmlosen, die Verantwortung weiterzureichen. Das alles geschieht aber im Moment, ohne dass sich die Gesellschaft, die Schulpolitiker*innen bewusst sind, dass sie damit schlicht und einfach antisemitische Ressentiments bedienen. Ich kann mich nur den Worten von Marcel Reif im deutschen Bundestag anlässlich des Jahrestags der Auschwitz-Befreiung anschliessen: "Nie wieder ist mitnichten ein Appell. Ich mag das Wort Mahnung in diesem Zusammenhang nicht. Es lässt mir zu viel vermeintlichen Spielraum." Wie der verstorbene Rabi Jonathan Sax formuliert: Antisemitismus ist nicht nur eine Bedrohung für die Juden. Es ist auch eine Bedrohung für die Freiheiten, die wir über Jahrhunderte hinweg erkämpft haben. Es ist für mich aber in erster Linie eine Bedrohung für die Menschlichkeit. Mit Hannah Arendt hoffe ich, dass es "der Wenigen nicht zu wenig sind", die die Menschlichkeit verteidigen müssen. Nach den letzten Monaten bin ich mir leider nicht mehr so sicher und das lässt mich manchmal ein bisschen verzweifeln. Und ja, ich bin der Meinung, dass sich Antisemitismus nach der Shoah von niemandem nie und nirgends mehr entschuldigen lässt. Wir haben alle die Pflicht, uns mit Antisemitismus zu befassen, Antisemitismus zu erkennen, Antisemitismus zu benennen und Antisemitismus zu bekämpfen, genauso wie wir das mit anderen Diskriminierungen auch machen.

Präsidentin: Danke, Bernadette. Dann für die FDP/JF-Fraktion Simone Richner.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Vielen Dank, Bernadette, für das wunderbare Votum. Die Antwort des Gemeinderats auf die dringliche interfraktionelle Interpellation bezüglich Antisemitismus an Berner Schulen lässt zu wünschen übrig und ist auch aus unserer Sicht in vielen Punkten leider unzureichend. Das ist ein alarmierendes Zeichen angesichts dieser ernsten Lage, wie sie sich nicht zuletzt beim Eurovision Song Contest gezeigt hat. Die israelische Sängerin Eden Golan musste unter massivem Polizeischutz auftreten, was die beunruhigende Sicherheitslage aufgezeigt und leider auch ein Hinweis für den tiefverwurzelten Antisemitismus in unserer Gesellschaft ist. Und darum, einmal mehr, ist es einfach nicht hinnehmbar, dass antisemitische Vorfälle an unseren Schulen lediglich als vereinzelte Ereignisse abgetan werden. Der Gemeinderat bestätigt selber, dass das tatsächliche Ausmass des Antisemitismus' an Stadtberner Schulen unbekannt ist, und von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen wird. Gerade dies zeigt nichts anderes auf, als dass die bisherigen Massnahmen unzureichend sind und es an einer systematischen Erfassung und konsequenten Bekämpfung solcher Vorfälle fehlt.

Die methodische Erfassung von Rassismusvorfällen über das nationale Dokumentations- und Monitoring-System sowie die Kooperation mit dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund sind zwar Schritte in die richtige Richtung, aber bei weitem nicht ausreichend. Eine effektive Bekämpfung von Antisemitismus erfordert gezielte und transparente Massnahmen auf lokaler Ebene, die klar über blosse Informationsmaterialien und Netzwerke hinausgehen. Ein Vorgehen ähnlich wie bei Mobbing, bei dem ganze betroffene Schulklassen einbezogen werden, sodass Täter und Opfer, aber auch die Bystanders, wie sie heissen, aus diesen Vorfällen für die Zukunft etwas lernen können, wäre eine mögliche Herangehensweise.
Besonders befremdlich finde ich aber auch die Information, dass in der Stadt Bern die Überprüfung von Unterrichtsmaterialien auf antisemitische und rassistische Inhalte nicht systematisch durchgeführt wird. Und hier dürfen wir unsere Lehrpersonen einfach nicht im Stich lassen. Durch die stetige Herausforderung, der sich unsere Lehrpersonen stellen müssen, ist nachvollziehbar, dass sie oft überfordert und nicht ausreichend sensibilisiert sind, um Antisemitismus im Unterricht adäquat zu erkennen und auch zu adressieren. Die Schulsozialarbeit und andere Beratungsstellen müssen sie hierbei deutlich stärker unterstützen und auch eingebunden werden. Ein weiteres kritisches Thema in der Interpellation ist die Rolle von Institutionen wie Baba Academy, die trotz erheblichen Bedenken und Beschwerden von Eltern in Lehraufträge eingebunden werden. Solche Mandate sind kontraproduktiv, wenn diese Institutionen nicht klar und entschieden gegen jegliche Form von Extremismus und Antisemitismus auftreten.
Noch einmal: Es reicht deshalb nicht aus, sich auf die Kompetenz einzelner Lehr- und Betreuungspersonen zu verlassen, um ein Klima des Miteinanders zu schaffen. Wir brauchen verbindliche Massnahmen und klare Stellungnahmen des Gemeinderats, der Parteien, unserer Gesellschaft gegen Antisemitismus. Zusammenfassend appelliere ich an den Gemeinderat, seine Anstrengungen erheblich zu intensivieren und konkret wirksame Massnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus an den Berner Schulen zu ergreifen. Antisemitismus ist ein ernstes Problem, das wir entschlossen und mit aller Härte angehen müssen, um eine sichere und inklusive Lernumgebung für alle Schüler*innen zu gewährleisten.

Präsidentin: Merci, Simone. Dann kommt Franziska Geiser für die GB/JA!-Fraktion.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Guten Abend, liebe Interpellant*innen. Ich habe für euch ein Lob, eine Kritik und eine Ermutigung. Ich fange zuerst mit dem Lob an. Dass solch ein breit abgestützter Vorstoss zustande gekommen ist, mit dem erklärten Ziel, gegen Antisemitismus vorzugehen, ist erfreulich. Bei ähnlich gelagerten Diskussionen, wenn es um andere Diskriminierungsformen geht wie Rassismus, gegen People of Color oder um Sexismus müssen wir meistens lange darüber diskutieren, ob überhaupt eine Diskriminierung vorliegt. Gibt es überhaupt Racial Profiling oder sind das alles nur Einzelfälle? So verlaufen die Diskussionen oft. Den Opfern wird nicht ganz geglaubt, sie müssen es immer wieder beweisen, dass sie wirklich Opfer von Diskriminierung geworden sind. Hier ist es anders. Antisemitismus existiert. Wir müssen gegen Antisemitismus vorgehen. Den Opfern von Antisemitismus glauben wir, ohne dass sie immer wieder beweisen müssen, dass sie wirklich Opfer geworden sind. Darin sind sich alle Interpellant*innen einig. Das finde ich eine gute Voraussetzung, um überhaupt ein Problem anzugehen. Und ich hoffe, dass der Ansatz, Opfern von Diskriminierung einfach mal zu glauben und ihnen ihre Erfahrungen nicht abzusprechen, auch auf die zukünftigen Diskussionen über ähnliche Themen abfärbt. Das ist das Lob gewesen. Jetzt komme ich zur Kritik. Einige eurer Fragen gehen an die falsche Adresse. Schulmaterial

auf antisemitische Stereotype zu überprüfen, kann ja nicht die Aufgabe der Stadt Bern sein. Es gibt ja keine städtischen Lehrmittel. Schaut doch, dass eure Parteifreund*innen auf Kantonsebene Vorstösse einreichen zur Bekämpfung von Antisemitismus an den Schulen. Rahel Ruch vom Grünen Bündnis hat das schon gemacht. Übrigens: Im Lehrplan 21 ist auch das Thema Antisemitismus drin. Es stimmt also nicht, dass es nicht erwähnt wird oder dass es nicht geplant ist, dass man in der Schule über Antisemitismus spricht. Man kann ja den Lehrplan 21 auch lesen. Überlegt euch auch, wie man die Schulen entlasten kann. Es kann ja nicht sein, dass die Schule jedes gesellschaftliche Problem alleine lösen muss.
Auch die Frage, welche Rolle die Schulkommissionen bei der Prävention von Antisemitismus hätten, ist nicht ergiebig. Die Schulkommissionen als strategisches Gremium können bei der Antisemitismus-Bekämpfung keine zentrale Rolle spielen. Bei euren anderen Fragen dünkt mich die Antwort klar. Wenn wir antisemitische Vorfälle besser ermitteln wollen, wenn wir mehr Massnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus ergreifen wollen, dann müssen wir die entsprechenden Fach- und Anlaufstellen mit mehr Mitteln ausstatten. Aus diesem Grund haben wir ja auch noch die Motion eingereicht, die fordert, dass zum Beispiel die Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen erweitert wird oder dass es eine/n Antisemitismusbeauftragte/n oder ein niederschwelliges Meldetool gibt. Schaut doch bei euren Fraktionen, dass sie die Motion unterstützen, wenn sie dann in den Stadtrat kommt. Auch die Begründung der Interpellation muss ich kritisieren. Ihr findet skandalös, dass die Stadt Bern keinen Anlass während der Aktionswoche gegen Rassismus durchgeführt hat, der sich spezifisch mit Antisemitismus auseinandergesetzt hat. Die Anlässe werden aber von Organisationen aus der Zivilbevölkerung angeboten. Hier wäre ein wenig Selbstkritik angebracht. Warum habt ihr denn nichts angeboten?
Die Fachstelle hat ja nachher den Anlass zum Thema Antisemitismusprävention, Antisemitismusprävention in der Bildung noch gemacht. Wer von euch ist dort gewesen? Ich weiss die Antwort: Niemand ist dort gewesen.
Das war meine Kritik. Jetzt kommt noch die Ermutigung: Bleibt am Thema dran. Es ist wichtig, dass wir entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen. Es ist eine gute Voraussetzung, dass wir uns in diesem Punkt zumindest alle einig sind. Bleiben wir dran, wenn es um die Bekämpfung jeder Art von Rassismus und Diskriminierung hier in Bern geht. Besprecht in euren Fraktionen, welche Massnahmen gegen Antisemitismus wirklich wirksam sind, und schafft in euren Fraktionen eine Mehrheit für den Kampf gegen Antisemitismus, auch wenn es dann etwas kostet.

Präsidentin: Merci, Franziska. Dann kommt Milena Daphinoff für die Mitte.

Milena Daphinoff (Mitte) für die Fraktion: Ich fange vielleicht an mit einer Replik an Franziska Geiser. Du hast in deinem Lob gesagt, es sei schön, dass sich hier alle so einig seien und es so selbstverständlich sei, dass man hier zusammen auftritt.
Ich muss vielleicht sagen, das war wirklich nicht der Fall. Und ich ziehe hier den Hut nicht zuletzt vor Bernadette und auch vor ihrem Votum und der gesamten Grundhaltung, die sie hier verkörpert. Das ist auf eurer linken Seite leider keine Selbstverständlichkeit. Und es hat sehr viel gebraucht, sehr viel persönliches Engagement von einzelnen Personen, von all diesen Interpellantinnen und Interpellanten, dass man es geschafft hat, das so breit abzustützen. Und das hätte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müssen, aber es war es nicht. Und ich bin sehr froh, dass die SP zumindest mitgemacht hat bei dieser Interpellation und miteingereicht hat. Aber das ist dank Bernadette der Fall gewesen. Jetzt vielleicht noch kurz etwas zu dieser Interpellation und zu all dem,

das wir jetzt schon gehört haben. Ich möchte mich eigentlich beschränken auf einen Teilaspekt, der vorher erwähnt wurde und der für mich hier der Zentrale ist: Die Überforderung der Lehrer*innen und der Schulsozialarbeit, das Abdelegieren der Verantwortung sind hier eigentlich das Kernproblem. Ich glaube, im Grundsatz möchte ich heute Abend nicht wiederholen, was alle gesagt haben. Es ist ganz klar, antisemitische Vorfälle haben zugenommen und es darf nicht sein, dass das bis in unsere Schulen hineingetragen wird. Und natürlich ist es genau, wie wir es vorher schon bei der anderen Debatte gehabt haben, eine Selbstverständlichkeit, dass man Antisemitismus bekämpft und dass man Israel sein Recht auf Selbstverteidigung und Existenz zuspricht und gleichzeitig den Staat in seinem Handeln auch kritisieren kann. Aber darauf möchte ich jetzt nicht eingehen. Vielmehr möchte ich auf unsere Schulen eingehen, auf unsere Kinder, die dort in die Schule gehen und auf uns hier in unserer kommunalen Verantwortung. Und was heisst die kommunale Verantwortung? Das heisst eben nicht, dass man einfach sagt, die Schulsozialarbeit soll es dann lösen. Natürlich ist das ein wichtiger Akteur in dem Ganzen, aber wir machen es uns doch verdammt noch einmal viel zu einfach. Die haben schon alle anderen Probleme an den Schulen zusammen mit den Lehrerinnen und Lehrern zu lösen. Es braucht ein entschiedenes Auftreten von uns im Stadtrat, aber auch von unserem Gemeinderat, dem Gesamtgemeinderat und der zuständigen Gemeinderätin, das lautet: Es ist nicht okay und wir möchten, dass gewisse Akteure an unseren Schulen nicht mehr auftreten. Ich spreche hier Baba News an und ihre zweifelhafte Haltung in dem Ganzen. Wir möchten neutrale Akteure und wir möchten unseren Institutionen helfen, wie sie mit diesem Problem umgehen können. Und das kann mit einem simplen Flugblatt beginnen, das eine Antwort darauf ist, ob Antisemitismus eine Form von Rassismus ist. Was ist ein Jude? Was heisst Antisemitismus heute? Es fängt bei ganz simplen Fragestellungen an, die man kindergerecht an einer Primarschule rüberbringen muss. Und wenn das im Moment eine Überforderung für Lehrer*innen und Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter ist, dann ist es unsere Aufgabe, dort Hilfe zu leisten. Und dafür haben wir doch unsere städtische Fachstelle für Rassismus. Warum sonst, da es auch noch eine nationale und eine kantonale gibt, müssten wir nicht auch noch unsere eigene haben, wenn nicht, um genau in solchen Situationen punktuell einzugreifen können.
Und ich finde, dass wir zu wenig machen. Wir delegieren zu viel und könnten mehr proaktiv machen. Insofern schliesse ich heute mit einem kleinen Appell. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Danke, Milena. Wir machen nach der Pause weiter mit den Einzelvoten und dann wünsche ich eine schöne Pause. An alle, die in die Überbauung Burgernziel gehen: Es gibt keinen Treffpunkt, sondern wir treffen uns wirklich dort vor Ort um Viertel nach.

Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

02.07.2024

X

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

22.07.2024

X

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi
Timur Akçasayar
Lena Allenspach
Ruth Altmann
Emanuel Amrein
Ursina Anderegg
Mirjam Arn
Oliver Berger
Tom Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Laura Binz
Gabriela Blatter
David Böhner
Michael Burkard
Francesca Chukwunyere
Milena Daphinoff
Sibyl Eigenmann
Nik Eugster
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Thomas Glauser
Muriel Graf
Bernadette Häfliger
Bernhard Hess
Matthias Humbel
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Raffael Joggi
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Anna Leissing
Maurice Lindgren
Simone Machado
Denise Mäder
Esther Meier
Szabolcs Mihalyi
Tanja Miljanovic
Dominic Nellen
Barbara Nyffeler
Mehmet Özdemir
Florence Pärli Schmid
Halua Pinto de Magalhães
Simone Richner
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Mahir Sancar
Judith Schenk
Nicole Silvestri
Chandru Somasundaram
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Bettina Stüssi
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Janosch Weyermann
Marcel Wüthrich
Paula Zysset

Stadtrat entschuldigt

Janina Aeberhard
Debora Alder-Gasser
Sofia Fisch
Lionel Gaudy
Lukas Gutzwiller
Thomas Hofstetter
Seraphine Iseli
Nora Krummen
Corina Liebi
Salome Mathys
Daniel Michel
Matteo Micieli
Niklaus Mürner
Claudio Righetti
Sarah Rubin
Michael Sutter

Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD
Reto Nause SUE
Franziska Teuscher BSS
Marieke Kruit TVS

Stadtkanzlei

Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

Ratssekretariat

Jacqueline Cappis, Stv. Leiterin Ratssekretariat
Mago Flück, Ratsweibel
Franck Brönnimann, Stv. Ratsweibel
Cornelia Stücker, Sekretariat

2024.SR.0074

15 Dringliche Interfraktionelle Interpellation GLP/JGLP/EVP, Mitte, FDP/JF, SP/JUSO, GFL, SVP (Maurice Lindgren, GLP/Bettina Jans-Troxler, EVP/Debora Alder-Gasser, EVP/Milena Daphinoff, Mitte/Simone Richner, FDP/Bernadette Häfliger, SP/Francesca Chukwunyere, GFL/Matthias Humbel GFL/Janosch Weyermann, SVP): Entschiedenes Handeln gegen Antisemitismus an Berner Schulen

Präsidentin: Liebe Anwesende, herzlich willkommen zurück nach der Pause. Wir machen gerade weiter mit Traktandum 15, mit den Einzelvoten. Und das ist Szabolcs Mihalyi.

Szabolcs Mihalyi (SP), Einzelvotum: Ich oute mich hier erstmal als Menschen mit jüdischen Wurzeln. Mein Grossvater Barnabas Halbrohr hat seinen Namen in Mihaly geändert, um seine Familie zu schützen, und ist dann trotzdem in den Holocaust deportiert worden, in das KZ Kaufering 6, Aussenlager von Dachau, am 21. November 1944 – übrigens dem 5. Geburtstag meines Vaters. Wann er gestorben ist, habe ich trotz vielen Recherchen nicht herausgefunden. Aber wenn ihr wissen wollt, warum ich seit Ende November jeweils im Antifa-T-Shirt hier sitze – jetzt wisst ihr es. Es geht hier bei dieser Diskussion nicht um Gaza. Es geht auch nicht um Israel. Es geht um Zürich. Es geht um den Anschlag gegen einen Juden an einem Samstagabend auf einer Strasse in der Schweiz. Es geht gerne vergessen, dass es in der Schweiz keine andere Community ausser der jüdischen gibt, die ganz banale Sachen wie Festgottesdienste oder Ferien unter Polizeischutz verbringen muss. Und ich sage dies explizit als Mitglied der queeren Community, die in unserem Land auch immer wieder Gewalt erfährt. Antisemitismus ist immer auch eine Anstiftung zu Gewalt für ein paar wenige, aber für genügend viele, damit sich die jüdische Community bedroht fühlt.
Deshalb ist der Kampf gegen Antisemitismus so elementar. Aber ich will – auch wenn ich die Interpellation unterschrieben habe – dennoch ein paar andere nicht unerwähnt lassen, die den vermeintlichen Kampf gegen Antisemitismus gerne missbrauchen, um gegen andere Minderheiten zu schiessen. Ich bezweifle ehrlich, dass so viele Menschen in unserem Land sich dem Antisemitismus entgegenstellen würden, wenn man damit nicht gleichzeitig Muslimen, Linken oder anderen etwas anhängen könnte. Ich habe das Gefühl, dass das Einzige, was die Menschheit aus dem Holocaust gelernt hat, ist, dass man zu jüdischen Menschen nicht fies sein soll, und das ist Blödsinn. Der Holocaust lehrt uns, wozu Menschen fähig sind, die andere ausgrenzen, wozu Rassismus führen kann, wenn alle Dämme brechen. Ich bin der letzte Mensch, der Antisemitismus verharmlosen würde. Mir gefällt ganz und gar nicht, was Baba News gemacht hat, und niemand bucht im Moment ihr Angebot, keine Schule, keine Schulleitung, und das ist auch gut so. Viele Kritik an ihnen ist berechtigt. Das sage ich auch als Mitglied der Schulkommission in Bethlehem. Auch dort haben wir das diskutiert, auch, dass ihr Angebot nicht pädagogisch ist. Aber sie sind leider auch die einzigen, die ein solches Angebot für die Schulen anbieten, und zwar ein Angebot, das aus der Richtung der Betroffenen kommt. Ich bin eben auch ein Ausländerkind, ein Flüchtlingskind aus Bethlehem. Und in Bethlehem, Bümpliz oder Wittikofen bietet Baba News halt das Angebot an, da die Lehrkräfte grossmehrheitlich eben keine Migrationserfahrung haben und übrigens auch keinen Lehrauftrag gemäss Lehrplan 21, wie mit Rassismus umgegangen werden soll.

In Bethlehem zum Beispiel haben in den Klassen 90 bis 100% der Schüler*innen Migrationshintergrund. Keines dieser Kinder wird die Schule beenden, ohne Diskriminierung am eigenen Leib zu erfahren. Bei allem Respekt, diese Kinder und ihre Eltern im Namen des Kampfes gegen Antisemitismus über Diskriminierung zu belehren, ist tragischerweise sehr bizarr.
Es ist am Gemeinderat, dafür zu sorgen, dass der Kampf gegen Rassismus, inklusive Antisemitismus und dem Kampf gegen die Ausgrenzung, an den Schulen stattfindet. Und es ist am Gemeinderat, für ein Angebot an den Berner Schulen zu sorgen, wie Baba News es bis jetzt angeboten hat, für das Baba News sich aber jetzt leider disqualifiziert hat. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Szabolcs. Das nächste Votum hat Fuat Köçer.

Fuat Köçer (SP), Einzelvotum: Ich möchte mich als erstes bei meinem Vorredner Szabolcs für die differenzierte Rede bedanken und möchte als muslimischer Mitbürger meine Sicht noch kundtun.
Ende April ist der Rassismusbericht 2023 vom Beratungsnetz für Rassismusopfer herausgekommen. Gerne möchte ich daraus zitieren: "Weiterhin häufig sind Beratungsfälle aufgrund des Rassismus gegen Menschen aus dem arabischen Raum mit 69 Meldungen sowie der inhaltlich verwandten Kategorie antimuslimischer Rassismus mit 62 Nennungen. Vorfälle in diesen beiden Kategorien traten am häufigsten im Bildungsbereich auf (31 Fälle). Laut Statistik ereignete sich 2023 jeder 5. Fall von antimuslimischem Rassismus im Kanton Bern." Warum zitiere ich das Ganze? Will ich Rassismen gegenüberstellen und sagen, Musliminnen und Muslime seien in den Bildungsinstitutionen mehr von Rassismus betroffen? Nein, auf keinen Fall. Da täuscht ihr euch. Mir geht es um die Sache, nämlich um Antirassismus als Ganzes. Antirassistische Arbeit muss für alle Menschen gemacht und gelebt werden, die von Diskriminierungserfahrungen betroffen sind. Ich frage mich aber, ob zum Beispiel meine Freunde in der SVP auch bereit wären, gegen antimuslimischen Rassismus in den Berner Schulen einen Vorstoss miteinzureichen. In einer Partei, die Minarette verbieten will, antimuslimische Diskriminierung eines ihrer Hauptthemen ist, würden Einsicht, Menschlichkeit und Vernunft mich aber sehr überraschen. Geht es um die Sache, ist das Narrativ dieses Vorstosses aus meiner Sicht einfach falsch, weil es einen populistischen Charakter darin hat. Es muss doch ein Vorstoss sein gegen jeglichen Religionshass in den Schulen. Es ist sehr enttäuschend, dass hier nicht jeglicher Religionshass inkludiert wird. Ich bin ein starker Gegner von Antisemitismus in den Schulen und setze mich auch als Pädagoge und Mensch stark diesbezüglich ein. Gleichzeitig frage ich mich, ob alle Interpellantinnen und Interpellanten sich aufrichtig zum Beispiel gegen antimuslimischen Rassismus in den Schulen, der wie der Rassismusbericht auch zeigt, in den Berner Schulen nicht gerade wenig vorkommt, aktiv einsetzen und äussern möchten – zum Beispiel mit einem Vorstoss.
Antirassistische Arbeit ist keine Angelegenheit aus dem aktuellen Anlass, sondern eine Haltung, Lebenseinstellung und die Überzeugung, dass alle Menschen gleichwertig sind. Ich lade die Interpellant*innen ein, einen Vorstoss gegen Rassismus gegenüber allen Menschen in den Berner Schulen einzureichen, um ihre Aufrichtigkeit in der Sache auch zeigen zu können. Ich bin offen, wenn ihr auf mich zukommt. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Danke Fuat, dann kommt Lukas Wegmüller.

Lukas Wegmüller (SP), Einzelvotum: Ich wäre jetzt eigentlich am YB-Match, aber ich habe gedacht, ich komme doch hierher. Ich gehöre zu den Unterzeichnenden dieser dringlichen interfraktionellen Interpellation und ich stehe voll und ganz dahinter, weil Antisemitismus keinen Platz in unserer Gesellschaft hat. Ich habe 2010 fünf Tage in der Region Auschwitz verbracht und ging jeden Tag ins KZ und war komplett erschüttert von dem, was ich dort gesehen habe. Ich habe mich jahrelang mit dem Thema auseinandergesetzt und gleichzeitig bin ich jahrelang in die besetzten Palästinensergebiete gegangen und habe mich auch mit diesem Konflikt auseinandergesetzt. Und das ist etwas, was mich ewig lange beschäftigt hat und was mich bis heute irgendwie immer mitnimmt und emotional macht. Und wie gesagt, genau, weil wir alle wissen, was in Europa passiert ist, aber auch weltweit, hat Antisemitismus keinen Platz in unserer Gesellschaft. Und da schliesse ich mich sehr stark meinen Vorredner*innen an. Heute Abend habe ich aber auch gehört, dass die Kritik an Israel legitim sei und hierzu nehme ich teilweise so ein bisschen etwas anderes wahr. Selbst Leute, die heute hier geredet haben, äussern bei Kritik an der israelischen Regierung recht schnell einen Antisemitismusverdacht. Und das führt bei Personen, selbst Personen, die ich kenne, zum Gefühl, dass sie sich nicht äussern können zu dem, was jetzt gerade passiert in Gaza und Westjordanland. Und es ist eine problematische Situation, wenn man das Gefühl hat, man dürfe sich nicht äussern. Und dort kann ich nachvollziehen, wenn es bis zu einem gewissen Grad zu Extremismus oder zu einer Extremisierung führt, weil die Leute keine Stimme haben. Darum, ohne das irgendwie in Schutz zu nehmen – ich verurteile jeglichen Extremismus – einfach, wenn heutzutage die Stimme erhoben wird gegen die rechtsextreme israelische Regierung, die nicht wirklich Rücksicht nimmt auf Verluste und gleichzeitig auch innerhalb von Israel doch ein sehr spezielles Demokratieverständnis hat, möchte ich euch doch bitten: Sagt doch Ja und zwar wirklich Ja zum Kampf gegen Antisemitismus, lässt aber auch berechtigte Kritik am Vorgehen der israelischen Regierung im Gazastreifen und im Westjordanland zu.

Präsidentin: Danke, Lukas. Ich sehe keine Einzelvoten mehr, dann hat Gemeinderätin Franziska Teuscher das Wort.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Die Debatte hat es gezeigt: Wir alle sind uns einig – Antisemitismus hat in der Stadt Bern keinen Platz. Antisemitismus hat in den Berner Schulen nichts verloren. Deshalb ist es dem Gemeinderat ein grosses Anliegen, jegliche Form von Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierungen in allen Formen zu erkennen und dagegen anzugehen. Und es umfasst eben alle Formen von Rassismus, die wir nicht aus den Augen verlieren dürfen. Die Schulen sind ein Spiegel der Gesellschaft und darum wird es in den Schulen auch immer Rassismus geben und darum hat es in der Vergangenheit in den Schulen auch immer Rassismus gegeben. Mit dem aktuellen Nahostkrieg sind Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus auch in den Schulen vielerorts virulenter geworden. Die Zahlen sind vorhin und in den Voten von euch genannt worden. Das zeigen auch die Erfahrungsberichte, die uns die Schulen aus der Stadt Bern zurückgemeldet haben. Und daher kann ich eure erste Frage so beantworten: Ja, die Situation hat sich in den letzten Monaten verändert. Und einen umfassenden Überblick über das tatsächliche Ausmass gibt es leider nicht, wobei ich hier zu jenen, die uns vorwerfen, es gebe eine grosse Dunkelziffer, auch sagen muss: In diesen Bereichen wird es immer eine Dunkelziffer geben, aber es ist so, dass wir mehr Daten auch von den Stadtberner Schulen wollen. Wir wollen auch, dass sich die

Schulen und betroffene Eltern, betroffene Kinder mehr bei den Meldestellen melden, damit wir auch mehr über das Ausmass erfahren und vor allem auch die Differenzierung, was alles passiert, kennen. Daher ist das Engagement gegen Rassismus und Antisemitismus eines, das uns sicher in den nächsten Monaten weiterhin sehr intensiv beschäftigen wird. Man muss aber sagen: In der Stadt Bern hat die Bekämpfung von Rassismus schon lange einen hohen Stellenwert. Seit 2009 ist die Stadt Mitglied der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus. Und genau dieses Netzwerk hat sich auch jetzt in dieser Krise, bei dem Krieg bewährt, nämlich, damit wir auf Netzwerke, in denen viel Wissen da ist, auf dieses Wissen aus Europa zurückgreifen können, um nachher auch geeignete Massnahmen in der Stadt Bern ergreifen zu können.
Ich gehe gerne auf gewisse Details ein, die erfragt wurden, auch zur Beantwortung der Fragen, die ihr gestellt habt. Es ist so, zur zweiten Frage: Wir wollen über den Rassismus an den Schulen noch mehr erfahren, damit wir eben noch ein gezielteres Vorgehen festlegen können, also, wie wir am besten vorgehen. Die systematische Erfassung läuft heute über die nationale Dokumentation und das Monitoring-System. Und dort muss man sagen, dass gerade aus der Region Bern, weil wir ja seit langem auch mit dem gggfon (Beratungs- und Meldestelle für rassistisch diskriminierende Vorfälle) zusammenarbeiten, immer sehr viele Fälle gemeldet werden. Es werden eigentlich fast am meisten Fälle aus der Region Bern gemeldet in Bezug auf die Bevölkerung. Und daher können wir auch froh sein, dass wir schon so lange eine so gute Zusammenarbeit mit dem gggfon haben.
Wir haben auch in den letzten Wochen eine Zusammenarbeitsvereinbarung mit der Meldestelle des Israelitischen Gemeindeverbunds vorbereitet. Diese werden wir dann unterzeichnen können, damit wir auch hier einen direkteren Austausch haben, denn der israelitische Gemeindebund hat uns gesagt, er könne uns wertvolle Hinweise geben, damit wir noch besser wissen, was an den Berner Schulen passiert. Wir werden aber dasselbe machen mit der Meldestelle, die von der Föderation Islamischer Dachorganisationen der Schweiz geführt wird, weil wir auch diesbezüglich wissen wollen, wie die Situation im Moment in diesem Konflikt aussieht, damit wir auch noch besser handeln können.
Wir haben die Fokusgruppe Diskriminierung und Rassismus lanciert. Diese wird von der Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen in meiner Direktion koordiniert wird. Das Ziel dieser Fokusgruppe ist, dass die zentralen Anliegen in unserer Stadt im Zusammenhang mit Rassismus und Diskriminierung gemeinsam mit den Meldestellen, mit den Organisationen der Zivilgesellschaft und der Stadtverwaltung besprochen werden können, damit wir die aktuelle Entwicklung aus verschiedenen Blickwinkeln analysieren und danach miteinander auch mögliche Massnahmen für die Schulen oder für uns in der Stadt Bern diskutieren können. Zu der Frage 3: Neben der neu gegründeten Fokusgruppe arbeitet das Schulamt an einer aktuellen Umfrage bei den Schulen, um sich eben auch so noch ein besseres Bild davon machen zu können, um so auch zu wissen, wo die Lehrpersonen noch mehr unterstützt werden müssen, damit das friedliche Miteinander – und ich betone, es ist ein Miteinander und nicht ein Gegeneinander – auch in dieser Zeit, in der die Situation angespannt ist, das weitermachen zu können.
Im Mai findet eine Weiterbildung der Städtekoalition ECCAR (European Coalition of Cities Against Racism) statt zum Thema Hate Speech im Zusammenhang mit Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus. Und daran werden Vertreterinnen und Vertreter der Fachstelle Migrations- und Rassismusfragen, des Schulamts und der Schulsozialarbeit teilnehmen. Zu der Frage 4: I m schulischen Kontext ist die Schulsozialarbeit die erste Ansprechstelle für jede Form von Rassismus. Und da haben wir gemerkt, dass das noch nicht allen bekannt ist. Wir haben gemerkt, dass wir das besser

kommunizieren müssen, dass hier bei den Leuten nicht falsche Bilder im Kopf darüber, was die Schulsozialarbeit macht. Sie denken nicht daran, dass das die Ansprechpersonen sind. Und hier kann ich euch sagen, dass die Schulsozialarbeit im Moment genügend Mittel hat, um den Auftrag, den sie im Zusammenhang mit Rassismus hat, in diesem Sinn wirklich auch leisten zu können.
Aber wir arbeiten natürlich auch noch mit anderen Fachstellen zusammen. Und die Schulen wissen, welche Fachstellen es gibt. Es gibt beispielsweise auch die städtische Fachstelle Radikalisierung und Gewaltprävention, die je nach Fall natürlich auch ganz wichtig ist. Ich komme zum Unterrichtsmaterial. Das wurde von gewissen Rednerinnen und Rednern gesagt: Nicht die Stadt legt das Schulmaterial fest, sondern der Kanton. Aber wir haben das Netzwerk Rassismuskritische Schulen, die sich mit diskriminierungsfreien Lehrmitteln auseinandersetzen. Und auch sie können Empfehlungen machen, welche Unterlagen man am besten verwenden sollte, wenn man das Thema Rassismus umfassend und differenziert in der Schule aufnehmen will. Zu der Frage 6: Die Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen berät Organisationen und Institutionen beraten und informiert und sensibilisiert. Und es war auch die Fachstelle, die eben die Wichtigkeit des Themas Rassismus nicht erst in diesem Jahr entdeckt hat. Sie hat das Thema Rassismus an den Schulen im Aktionsplan, der noch bis Ende 2025 dauert. 2021 bis 2025 war das schon der Schwerpunkt. Und darum sind wir eigentlich aus unserer Sicht auch gut aufgestellt gewesen, um das Thema in diesem Sinne aufzunehmen. Es wurde gesagt, man sollte bei Rassismus oder Antisemitismus gleich vorgehen wie bei Mobbing. Wir sind im Moment daran, einen neuen Leitfaden zum Thema Mobbing zu machen. Und darin werden Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus auch aufgenommen.
Es wurde von der SVP gesagt, man habe einen Mantel über irgendeine Schulkommission im Westen gelegt. Ich weiss nicht, woher dieser Vorwurf kommt, man habe das gemacht. Das ist mir fremd. Es wäre nicht meine Zuständigkeit. Ich habe in den letzten Monaten eher das Gegenteil gehört. Ich wäre eigentlich dafür zuständig, den Schulkommissionen oder primär den Schulleitungen und den Lehrpersonen vorzuschreiben, was sie dürfen und was nicht. Auch hier halten wir einfach die richtigen Abläufe, die festgelegt sind, ein. Ich komme zum Schluss: Rassismus und Diskriminierung sind nicht einfach ein Problem der anderen. Es ist unser Problem, unser aller Problem und wir können dem Thema nur gerecht werden, wenn wir den Dialog weiter pflegen, auch wenn es vielleicht im Moment manchmal sicher schwierig ist, den Dialog zu pflegen. Und der Dialog beinhaltet, dass wir die Perspektiven einnehmen können. Wir können die Perspektive von uns selbst einnehmen. Es gab Vorrednerinnen und Vorredner, die aus der persönlichen Betroffenheit argumentiert haben. Das ist eine andere Perspektive, als ich sie habe. Und hier drin sind heute Abend viele verschiedene Perspektiven eingenommen worden. Es wurde in einem Votum gesagt, man sollte neutral darüber berichten. Ich sage: Wir können nicht neutral darüber berichten. Jeder Mensch hat eine Perspektive und solange diese Perspektiven nicht diskriminierend oder ausschliessend sind, müssen wir sie zur Kenntnis nehmen. Wir müssen einander vor allem zuhören und nachher miteinander Räume schaffen, damit wir den Dialog, der im Moment so wichtig ist, aufrechterhalten. Wenn wir sagen: Wir wollen eine Stadt für alle sein, in der kein Rassismus und keine Diskriminierung Platz haben, müssen wir einander zuhören, im Austausch bleiben und akzeptieren, dass es verschiedene Meinungen gibt. Nur, wenn wir das akzeptieren, kommen wir auch einen Schritt weiter. Merci vielmals.

Präsidentin: Danke, Franziska. Ich habe noch eine Frage zum Zufriedenheitsgrad. Ich habe sowohl zufrieden als auch teilweise zufrieden gehört, darum, Maurice, was würdest du sagen als Ersteinreichender?
Bettina? Teilweise zufrieden. Super Merci vielmal,

2024.SR.0067

18 Dringliche Motion David Böhner (AL), Anna Jegher (JA), Paula Zysset (JUSO), Nora Krummen (SP), Matteo Micieli (PdA), Seraphine Iseli (GB), Mirjam Roder (GFL): Keine Kollektivstrafen bei Sportveranstaltungen

Präsidentin: Dann kommen wir zu Traktandum 18. Es ist eine dringliche interfraktionelle Motion zu Kollektivstrafen bei Sportveranstaltungen und ich erteile den Einreichenden das Wort – David Böhner.

David Böhner (AL) für die Einreichenden: Während wir hier diskutieren, spielt die erste Mannschaft der YB-Männer gerade im Wankdorfstadion ihr Spiel gegen St. Gallen. Sie brauchen noch ein bisschen Glück. Sie liegen im Moment hintendrein, aber vielleicht können wir trotzdem im Anschluss an das Spiel und an die Stadtratssitzung an die Meisterfeier gehen. Hoffen wir es. Gut ist auch, dass die wichtige Partie heute Abend im ausverkauften Stadion stattfinden kann. Das ist nicht selbstverständlich, weil es Anfang Jahr schon einmal zur Sperrung des Sektors D, also von Fankurve, gekommen ist, als Reaktion auf gewalttätiges Verhalten einer Handvoll YB-Fans in Zürich weit ausserhalb des Fussballstadions.
Die echte Motion, die wir heute behandeln, will verhindern, dass bei Matches im Wankdorfstadion Kollektivstrafen ausgesprochen werden und wie sie in der nächsten Saison mit dem sogenannten Kaskadenmodell der KKJPD, also der kantonalen Justiz und Polizeidirektorenkonferenz, intensiviert werden sollen. Solche Strafen sind rechtlich sehr fragwürdig, um nicht zu sagen illegal. Das Bundesgericht hat klar festgehalten, dass innerhalb des Hooligan-Konkordats Kurvensperrungen höchstens als präventive Massnahme verfügt werden können und eben nicht als Kollektivstrafe. Nichtsdestotrotz wurden solche Strafen in dieser Saison fast inflationär ausgesprochen.
Kurvensperrungen sind aber nicht nur rechtlich äusserst fragwürdig, sie sind auch nicht zielführend. Tausende Saisonabobesitzer und -besitzerinnen können ein Spiel nicht besuchen, obwohl sie eigentlich dafür bezahlt und damit das Anrecht auf den Match-Besuch haben. Wegen der Taten einzelner Fussballfans, die an einer oder 2 Händen abgezählt werden können, werden Tausende friedliche Fans bestraft. Welches die rechtsstaatliche Logik dahinter soll sein soll, muss man mir zuerst einmal erklären. Der FC Zürich hat ja bereits aus den bereits genannten Gründen Einsprache erhoben gegen eine verfügte Kurvenschliessung. Und wir haben jetzt hier im Stadtrat ebenfalls die Möglichkeit, gegen die Law-and-Order-Politik der KKJPD vorzugehen. Wir sind schwer enttäuscht über die Haltung des rot-grünen Gemeinderates, der vollumfänglich auf das repressive Modell setzt, obwohl alle Forschenden zur Gewalt im Fussball der Meinung sind, dass die Kollektivstrafen nicht zielführend sind und nichts dazu beitragen, dass es im Umfeld von Fussballspielen zu weniger Ausschreitungen kommt. Im Gegenteil. Trotzdem behauptet der Gemeinderat in seinem Bericht, dass das Modell nicht als Strafkatalog konzipiert sei, sondern als Mittel zur Verhinderung weiterer Eskalationen.

Die gegenwärtige Meisterschaftssaison hat das Gegenteil bewiesen. Die ausgesprochenen Kollektivstrafen haben zu Recht zu einer Solidarisierung unter den Fussballfans geführt. Eine präventive Wirkung ist schlicht nicht ersichtlich.
Auch unsere Sicherheitsdirektoren auf städtischer und kantonaler Ebene sind Teil des Problems. Offenbar kennen sie nur eine Sprache, und zwar die von Eskalation. Und sie lassen kein Mikrofon aus, um die Stimmung anzuheizen. Das mag vielleicht Wähler- und Wählerinnenstimmen bringen, trägt aber absolut nichts zur Beruhigung rund um die Super League-Spiele bei. Umso enttäuschender ist, dass der Gesamtgemeinderat jetzt auch in das gleiche Horn stösst. Es ist ein Phänomen, das relativ gut erforscht und viel diskutiert wird. Die Fankurven der Fussballklubs in der Super League sind in den letzten Jahrzehnten stetig gewachsen. Viele Jugendliche erleben in den Kurven Gemeinschaft und organisieren sich miteinander. Während früher in den Fankurven oft rechtsradikale Symbole dominiert haben und homophobe und rassistische Fan-Gesänge und Beleidigungen üblich waren, sind diese mit dem Aufkommen der Ultrakultur in den letzten 20 bis 25 Jahren mehrheitlich verschwunden. Auf jeden Fall ist das bei YB der Fall. Während die Nazis im Neufeld-Stadion um die Jahrtausendwende noch sichtbar präsent waren bei den Matches, haben sie im neuen Wankdorfstadion nichts mehr zu melden. Das ist auch richtig so. Wichtig erscheint mir auch, dass es bei den Fanclubs in der Schweiz, soweit bekannt, keine Verbindungen zur organisierten Kriminalität und mafiösen Strukturen gibt, wie das in anderen Ländern oft der Fall ist. Die KKJPD jammert also auf hohem Niveau und hätte eigentlich eine gute Ausgangslage, um bestehende Probleme, die durchaus vorhanden sind, anzugehen. Nur machen sie leider fast alles falsch. Darum haben wir heute hier die Chance, ihnen auf die Sprünge zu helfen. Viele Fussballclubs in der Schweiz haben die Bedeutung der Fankurven erkannt und angefangen, selbst Fan-Arbeiter*innen anzustellen, die die Fans begleiten, und ansprechbar sind, wenn es Probleme oder Fragen gibt.
Bei YB wird die Arbeit schon lange und gut gemacht, auch mit der finanziellen Unterstützung der Stadt Bern. Minderjährige Fans werden abgeholt und begleitet, die Kreativität in der Kurve gefördert und die Rivalität mit anderen Mannschaften meistens sportlich ausgetragen. Umso stossender und auch widersprüchlich ist es, wenn der Gemeinderat und die KKPJD sich über die Bedürfnisse der Klubs und der Fanclubs hinwegsetzen und ihre Law-and-Order-Politik durchdrücken wollen, obwohl, wie schon gesagt, aus der Wissenschaft klare Aussagen kommen, dass Repression und Kollektivstrafen die Gewaltbereitschaft noch erhöhen und eine Solidarisierung unter den Fans auslösen. Hinzu kommt, dass das gesamtschweizerische Lagebild Sport, das die Fedpol macht, über die letzten Jahre festgestellt hat, dass die Zahl von Gewaltvorfällen im Umfeld von Fussballspielen klar rückläufig ist. Obwohl eine Rekordzahl von Fans das Spiel in den Stadien besuchen in der laufenden Saison, wurden die wenigsten Vorfälle seit dem Bestehen des Lagebilds festgestellt, obwohl die Anzahl der Spiele stark gestiegen ist. Deshalb haben wir es in der Hand, die Clubs und die Fans zu stärken, indem wir heute die echte Motion annehmen und damit die Hardliner des KKJPD mässigen. Die Bewilligungen für das Spiel im Wankdorfstadion sind schlussendlich ausschliesslich und endgültig die Sache der städtischen Gewerbepolizei und damit auch Massnahmen wie Kurvenschliessungen oder andere Kollektivstrafen. Deshalb ist die Formulierung dieser Motion vielleicht etwas umständlich und kompliziert, aber absichtlich so verfasst, dass es eine echte Motion ist und keine Richtlinie. Die Motion verlangt vom Gemeinderat, dass "eine Regelung in der Regelungskompetenz der Stadt Bern zu erlassen, wonach bei Sportveranstaltungen aufgrund von Vorkommnissen ausserhalb der Spielstätten, keine Kollektivstrafen gegen Zuschauende erlassen werden können." Mit dieser Motion können wir uns also direkt gegen die hirnrissigen Massnahmen des KKPJD wenden und

die Stadt zwingen, sich dem Kaskadenmodell zu verweigern, das nächste Saison eingeführt werden soll. Stattdessen wollen wir auf den Dialog setzen und Massnahmen fördern, die nicht Leute bestrafen, die sich korrekt verhalten. Darum würde ich mich sehr freuen, wenn wir die Motion annehmen und mithelfen, das Kaskadenmodell von KKJPD auszuhebeln. Dann können wir heute vielleicht sogar doppelt feiern – den 17. Meistertitel von YB und einen Sieg gegen die Repression und Eskalation bei Sportveranstaltungen. Merci.

Präsidentin: Ja. Merci, David. Wir kommen jetzt zu den Fraktionsvoten. Tom Berger für die FDP-JF-Fraktion.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Eins vorneweg: Unsere Fraktion hat bei dem Vorstoss Stimmfreigabe beschlossen. Würde der Vorstoss in ein Postulat gewandelt werden, gäbe es von uns mehr Ja-Stimmen, als wenn an der Motion festgehalten wird. Klar ist Gewalt an und um Sportveranstaltungen in jeder Form zu verurteilen. Die hohen Kosten, die die Sicherheitsmassnahmen rund um Fussballspiele verursachen, sowie die Einschränkungen, die die unbeteiligte Bevölkerung rund um die Stadien auf sich nehmen muss, sind nicht verhältnismässig und sind vor allem ein riesengrosses gesamtgesellschaftliches Ärgernis. Wir führen heute Abend aber keine Grundsatzdebatte über die Gewalt. Wir führen keine Grundsatzdebatte über das gesamtgesellschaftliche Problem von Gewalt und auch nicht über Gewalt im Sport als Ganzes. Und meine Redezeit würde auch nicht ausreichen, um die vielfältigen Gründe, wieso es zu Gewalt kommen kann, aufzugreifen. Natürlich wäre es richtig und wichtig, auch über diese zu diskutieren. Aber heute Abend müssen wir uns halt einfach auf den Vorstoss beschränken. Liebe Einreichende, lieber David, du hast vorhin die Forderung aus der Motion, noch einmal im Wortlaut vorgelesen. Auch ich habe dort noch einmal etwas herausgegriffen und, auch wenn ich den Vorstoss selber unterschrieben habe, muss ich sagen, ich finde es schon schade, dass er leider eben sehr schludrig ausformuliert worden ist. Und ich kann euch auch erklären, warum. Dieser Vorstoss fordert nämlich ganz wörtlich, wie es vorhin gerade vorgelesen wurde, dass es keine Kollektivstrafen gegen Zuschauende geben darf, wenn ausserhalb von Spielstätten etwas passiert ist. Das führt aber zur Frage, was ist eigentlich eine Kollektivstrafe? Ihr müsst nicht einmal studiert haben, um zu verstehen, dass beispielsweise die Sperrung der Papiermühlestrasse vor und nach einem Spiel eine Kollektivstrafe darstellt. Die Match-Besuchenden auf Seiten von YB werden gehindert, auf diesem Weg das Stadion zu verlassen. Die Anwohnenden im Quartier können sich zu dieser Zeit nicht frei im öffentlichen Raum bewegen. Würden wir also diese Motion wortwörtlich so umsetzen, könnte man nicht einmal mehr so etwas realisieren. Nur zeigt dieses Beispiel, dass es durchaus sinnvolle Massnahmen gibt, um Gewalt an Sportveranstaltungen präventiv entgegenzuwirken. Und diese Massnahme ist, wie gesagt, sogar grossmehrheitlich gesellschaftlich akzeptiert. Warum sperrt man die Strasse? Damit die Heim- und Gastfans nicht aufeinandertreffen können. Wie gesagt, eine präventiv wirkende Massnahme. Zwischen den Fans des FC St. Gallen und den Fans des FC Luzern hat sich in letzter Zeit eine Rivalität hinaufgeschaukelt, die zuletzt in mehrere, sehr gewalttätige und heftige Eskalationen gemündet ist. Als Folge dieser schweren Ausschreitungen hat die Liga beschlossen, dass in den Spielen dieser Teams in der laufenden Meisterschaftssaison die jeweiligen Gastsektoren geschlossen werden. Diese Massnahme ist klar präventiv. Man will verhindern, dass 2 verfeindete Fanlager aufeinandertreffen, bis sich die Gemüter abgekühlt haben. Ob es

funktioniert hat – nein, es hat nicht funktioniert. Aber das ist ein Beispiel, wie eine Sektorensperrung basierend auf dem aktuell gültigen Hooligan-Konkordat rechtlich korrekt begründet werden kann. Aber jetzt kommen wir zur Situation von YB. Für das Auswärtsspiel gegen GC im Oktober 2023 sind wie häufig mehrere 100 Berner Fans mit dem Zug an den Bahnhof Altstetten angereist. Dort kam es zu schweren Ausschreitungen und Angriffen auf die Zürcher Stadtpolizei, die wirklich in aller Form zu verurteilen sind. Noch grausiger ist, dass ein Buschauffeur der VBZ an Leib und Leben bedroht wurde. Eine solche niederträchtige Tat ist durch nichts zu entschuldigen und die Täter gehören mit aller Härte des Gesetzes bestraft und zur Rechenschaft gezogen. Aber jetzt kommt das grosse Aber. Was war die Folge dieser Ausschreitungen im Oktober 2023 in Zürich? Man hat, weil per Zufall der Gegner wieder GC hiess, 4 Monate später, am 20. Januar 2024, den gesamten Heimsektor vom BSC YB geschlossen. In diesem Moment kann diese Massnahme nicht mehr als Prävention bezeichnet werden. Das ist in diesem Moment eine rein repressive Massnahme. Es hat keine Gefahrenlage geben, bei der man davon ausgehen musste, dass es an diesem 20. Januar 2024 beim Heimspiel von YB gegen GC zu einer Auseinandersetzung kommt. Diese Massnahme war, wie gesagt, rein repressiv. Und das entspricht nicht dem aktuell gültigen Hooligan-Konkordat. Das muss man eigentlich ganz klar sagen. Man muss auch ganz klar sagen, dass die wenigsten der 3’000 Abobesitzer*innen, die in der sogenannten Ostkurve stehen, im Oktober 2023 in Zürich waren. Die allermeisten der Leute, die in Zürich waren, haben sich an gar nichts beteiligt. Die meisten von denen haben nicht einmal mitbekommen, dass etwas gewesen ist, geschweige denn sind diese in dem Bus gewesen, wo die schwere Ausschreitung passiert ist. Es ist also wirklich enorm unklar, welche präventive Wirkung man sich nachher erhofft, wenn man 3 Monate oder 4 Monate später solch eine Sektorensperrung verhängt.
Im Unterschied zum vorher erwähnten Beispiel mit der Fan-Rivalität zwischen St. Gallen und Luzern gibt es zwischen den Fans von YB und den GC-Fans nämlich keine Rivalität. Von Seiten der Behörden wird also eine grosse Anzahl Personen kollektiv als Gefahr betrachtet, nur weil diese Personen eine Saisonkarte für einen spezifischen Sektor in einem Fussballstadion hat. Es ist juristisch umstritten, ob diese Massnahme, wie gesagt, den präventiven Charakter des Hooligan-Konkordats eingehalten hat beziehungsweise gehe ich hier und jetzt so weit, zu sagen, dass sie das eben nicht hat.
Jetzt kommt eine Aussage, die recht wichtig ist, und man läuft Gefahr, dass sie falsch verstanden wird. Aber ich kann sie kurz erklären. Eine staatliche Massnahme, wie eine solche Auflage bei einer Bewilligung, kann nur ihre Wirkung erzielen, wenn sie von den betroffenen Personen grundsätzlich als legitim erachtet wird. Es klingt im ersten Moment sehr speziell, dass auch Fussballfans eine Massnahme als legitim betrachten können müssen. Aber der Punkt ist der, und das hat vorhin David Böhner schon gesagt, dass, wenn das nicht der Fall ist, wenn die Massnahme nicht als legitim angeschaut wird, läuft man Gefahr, und zwar grosse Gefahr, dass man die Situation eher verschlechtert. Eine als illegitim wahrgenommene Aktion oder Massnahme führt zwangsläufig zu einer Gegenreaktion. Und das ist nicht irgendeine Behauptung out of the Blue, das ist der evidenzbasierte Stand der Forschung.
Ein Teil aus unserer Fraktion wird diesem Vorstoss zustimmen. Man begrüsst es, dass die YB-Fans trotzdem die Möglichkeit erhalten haben zu reflektieren, was in Zürich passiert ist. Man begrüsst, dass das eine Lehre ist für die Fans, die halt effektiv in Zürich zu dieser Aktion beigetragen haben, und man erhofft sich, dass der Grossteil dieser 3’000 Leute, die sehr anständig sind, sich nachher entsprechend gegen die Chaoten in den eigenen Reihen zur Wehr setzen. Das sind diejenigen Leute, die wie gesagt

den Vorstoss sowohl als Motion als auch als Postulat ablehnen werden, und entsprechend ist das auch der Grund, weshalb wir Stimmfreigabe beschlossen haben. In einem Punkt ist sich unsere Fraktion aber sehr einig. Gewalt darf in unserer Gesellschaft nie und nirgends toleriert werden. Angriffe auf unbeteiligte Personen auf Polizist*innen oder eben auf VBZ-Buschauffeure verurteilen wir auf das Schärfste, auch wenn die Zahl der Vorfälle rund um Sportveranstaltungen rückläufig ist. Es gibt immer noch zu viele Ausschreitungen und Sachbeschädigungen. Wir verlangen und fordern ein, dass die Täter identifiziert und verurteilt werden können.
Wir müssen uns aber genauso eingestehen, dass es für sehr komplexe gesellschaftliche Probleme nicht immer eine einfache Lösung geben kann, und dass es manchmal Geduld braucht, bis Ansätze wie zum Beispiel die Fanarbeit ihre Wirkung erzielen können. Es braucht die präventiven Ansätze, es braucht individuelle Repression statt Kollektivstrafen und es braucht einen auf Dialog basierte Herangehensweise mit engen Absprachen unter allen Akteurinnen und Akteuren.
Apropos Fanarbeit: an dieser Stelle möchte ich mich dem Votum von David Böhner anschliessen. Man muss einfach auch mal deutlich sagen, dass die Aussage, dass die Clubs nichts oder zu wenig machen, zumindest beim BSC YB so einfach nicht stimmt. Der BSC YB ist enorm bemüht, einen Teil zur Lösung des Problems beizutragen. An dieser Stelle auch ein grosser Dank an die Berner Fanarbeit für ihre wichtige und wertvolle Arbeit. Und einen Satz kann ich mir hier an diesem Mikrofon zum jetzigen Zeitpunkt einfach nicht verkneifen: "Giele dort im Wankdorf draussen, behaltet den Kübel in Bern."

Präsidentin: Merci, Tom. Wir kommen zu Alex Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Die SVP hofft, dass YB heute den Kübel nach Hause bringt. Zu der dringlichen Motion haben wir auf ebenfalls Stimmfreigabe beschlossen. Ich lege klar offen, dass die grosse Mehrheit dagegen stimmen wird.
Die Einreichenden haben taktisch ein bisschen falsch gehandelt. Sie hätten besser keinen Ordnungsantrag gestellt für eine Verschiebung, weil die Leute, die wirklich Fans sind, heute im Stadion sind und nicht hier im Ratssaal.
Wie gesagt, ich habe sogar einem Mitglied von uns, der hat durchaus das Recht gehabt hier – ihr kennt die SVP, sie ist hier sehr liberal – hier einen anderen Standpunkt zu vertreten. Ich bin grundsätzlich kein Freund von Kollektivstrafen, muss ich euch ganz klar sagen, aber wenn wir die Situation sehen – ihr habt gehört, was ich gesagt habe zur Reithalle – ich habe auch immer gesagt, man müsse alles mit gleichen Ellen messen. Ich wurde einmal kritisiert, dass ich Fussball-Gewalt zulassen würde. Das wäre ein absoluter Fehler. Ich bin ganz klar dagegen. Ich finde auch die Aussage sehr heikel, dass man im Neufeld-Stadion Nazis vertrieben hat. Das ist jetzt genau das – ich will diese Ideologie nicht schützen – aber das ist ja genau das: Wenn man mit Gewalt jemanden vertreibt, der einem nicht passt, ist es nicht zulässig. Wenn mir die Sion-Fans nicht passen oder wenn mir jetzt Vegetarier nicht passen oder wenn mir irgendwie die LGBT-Leute nicht passen oder umgekehrt, dann darf ich doch nicht Gewalt einsetzen und nachher sagen, wir haben jetzt im Wankdorf die Nazis vertrieben. Das ist eben Selbstjustiz. Ihr werft das den Rechten immer vor, wenn sie nach einer Bürgerwehr schreien und genau das macht ihr. Das darf eben nicht der Fall sein. Ich lehne die Gewalt immer ab. Ob ich von einem Rechten den Schädel eingeschlagen bekomme oder von einem Linken oder von einem, der politisch völlig neutral ist, also nur schlichtweg kriminell ist – es ist immer ein Verbrechen. Man muss immer den Täter bestrafen.

Das sind meine Vorbemerkungen ebenfalls hier. Sie kennen mich. Ich bin weiss Gott nicht der Verteidiger der Interessen des Gemeinderates oder seiner Anliegen. Ich stütze mich auch hier auf die Ausführungen des Gemeinderates. Ich kann die nachvollziehen. Für mich ist es immer eine Ultima Ratio und für mich ist es juristisch etwas. Wir können in der Stadt Bern noch lange das und das beschliessen. Wir haben teilweise gar keine Kompetenzen. Und ich bin der Meinung, man müsse das gesamtschweizerisch lösen. Es kann ja dann nicht sein, dass schlussendlich alle gewalttätigen Fussballspiele nachher in Bern ausgetragen werden. Denkt daran: Es könnte auch mal mit dem Abkommen mit der Kantonspolizei Konsequenzen geben. Und ich muss sagen: Fangewalt ist verabscheuungswürdig. Dass jetzt GC-Fans die FCZ-Fans oder so massakrieren und Unschuldige angreifen, bloss weil einer den falschen Kittel trägt – da muss ich meiner Tochter sagen: Am Himmelsgottes Willen, werde nicht Fan eines Sportclubs, sonst riskierst du, von irgendeiner anderen Gruppierung angegriffen zu werden." Ich war selber auch mal – ihr kennt mich, ich bin nicht unbedingt der Sportaffiniste – unterwegs an einem Sonntag mit weissen Hosen und blauem Zeug und es war ein YB-Match, also irgendwie Sion gegen YB oder ein FCZ- oder GC-Match gewesen. Zum Glück hat mir niemand etwas angetan, aber ich habe mich auch ein bisschen unwohl gefühlt. Es darf einfach nicht sein, dass nachher jemand wegen eines falschen Halstuchs oder was immer angegriffen wird. Wir haben auch Bewohner, es gibt auch Leute, die sich nicht für Fussball interessieren. Diese muss man ebenfalls schützen. Und darum bin ich der Meinung, als Ultima Ratio muss man hier die Sachen lassen. Und denkt daran, was der Auslöser war. Es geht für mich hier um den Schutz von Personen, von Fans anderer Sportveranstaltungen, der Polizei, Passanten. Und darum wird die grosse Mehrheit von uns die Sache ablehnen. Es ist unschön, aber ich mache euch ein Beispiel: Wenn ihr eine Pizzeria habt, die gute Pizza macht und im Hinterhaus zocken sie und betreiben Geldspiele, dann wird die Pizzeria wahrscheinlich geschlossen, wenn der Betreiber auch noch Chef des Zockerringes ist, auch wenn die Leute, der Pizzaiolo ein Lieber ist und gute Pizzen macht. Sie müssen es strategisch so anschauen. In diesem Sinne bitte ich euch, für die jungen Fans, für die unschuldigen Leute, diese Motion abzulehnen.

Präsidentin: Merci vielmals, Alex. Dann hat Paula Zysset das Wort für die SP-JUSO-Fraktion.

Paula Zysset (JUSO) für die Fraktion: Der Gemeinderat stellt sich in seiner Antwort das erste Mal grundsätzlich gegen Gewalttaten. So weit so gut. Darin sind wir uns einig. Auch die SP-JUSO-Fraktion verurteilt Gewalt, aber in dieser Motion geht es nicht darum, ob man Gewalt toleriert oder nicht, sondern es geht darum, wie man sie vermeidet. Und hier weicht der Gemeinderat der geäusserten Kritik völlig aus. Die Verteidigung von Massnahmen wie Sektorsperren ignoriert wissenschaftliche Erkenntnisse völlig. Es ist hinlänglich bekannt, dass solche Massnahmen keine Wirkung haben. Nein, sogar das Gegenteil: Sie wirken sich nämlich sogar negativ aus. Sie führen zu einer Solidarisierung innerhalb von Gruppen und sie wirken radikalisierend, also sogar eskalativ – das genaue Gegenteil dessen, was man vorderhand eigentlich erreichen will. Auf die Kritik, die in der Motion geäussert wird, geht der Gemeinderat überhaupt nicht ein. Die doch recht klaren Forschungsergebnisse werden einfach ignoriert.
Genau so wird in der Antwort auch völlig aussenvorgelassen, dass das Kaskadenmodell, das mit den ausgesprochenen Massnahmen schon vorweggenommen wurde, sowohl von der Liga wie auch von den Klubs abgelehnt wird. Die Massnahmen und das

ganze Modell an sich sind alles andere als unumstritten. Stattdessen spricht der Gemeinderat aber nur von einem super partizipativen Prozess, an dem sich alle relevanten Akteure hätten beteiligen können. Ein bisschen mehr Realitätsbezug und Auseinandersetzung mit den Umständen und kritischen Stimmen wären an dieser Stelle doch auf jeden Fall angebracht gewesen.
Und jetzt noch zum eigentlich wichtigsten Punkt: Solche Massnahmen wie Sektorschliessungen, die mehrere 1000 Leute betreffen, sind strafrechtlich gar nicht zulässig. Das Bundesgericht hat entschieden, dass ein solches Vorgehen nur als Präventionsmassnahme angewendet werden darf. Wie Sektorschliessungen mehr Monate nach einem Vorfall, bei dem vielleicht eine knappe Handvoll Leute beteiligt waren, präventiv weitere Vorkommnisse verhindern soll, ist völlig schleierhaft. Dass die Prävention bei Sektorschliessungen im Wankdorfstadion in diesem Januar nicht der wirkliche Grund ist, das weiss anscheinend auch unser Sicherheitsdirektor. Er hat gegenüber den Medien ganz offen von einer Kollektivstrafe gesprochen. Auch wenn diese Aussage im Nachhinein revidiert wurde, zeigt sie doch ganz offen, was mit diesen Massnahmen eigentlich bezweckt werden soll, nämlich Vergeltung und nicht Prävention. Das aus dem Mund eines Gemeinderates ist aus der Sicht der SP-JUSO-Fraktion ein verantwortungsloses Verhalten und zeigt auf, wie rechtlich fragwürdig solche Kollektivstrafen sind. Ein Vorgehen à la "wenn wir diese 3 nicht erwischen, dann trifft es halt 3’000" ist einem rechtsstaatlichen Verfahren nicht würdig. Auch die angetönte Einführung personalisierter Tickets lehnen wir klar ab. Das ist eine weitere repressive Massnahme, gegen die sich auch Fangruppierungen schon seit Jahren aussprechen. Fussballspiele sollen allen, die das wollen, offenstehen. Die Ausweiskontrolle wird aber vielen Menschen, die zum Beispiel keine Papiere oder einen ungeregelten Aufenthaltsstatus haben, der Zugang verwehrt.
Die SP-JUSO-Fraktion setzt sich ein für den Weg des Dialogs, der auf Augenhöhe stattfinden soll. Und das geht nur, wenn man auf rechtlich fragwürdige und kontraproduktive, repressive Massnahmen verzichtet. Mit der Annahme dieser Motion machen wir hier einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Danke, dass ihr uns folgt und dieser Motion ebenfalls zustimmt.

Präsidentin: Merci, Paula. Dann kommt Denise Mäder für die GLP-JGLP-EVP-Fraktion.

Denise Mäder (GLP) für die Fraktion: Das Verhängen von Kollektivstrafen ist ein äusserst problematisches rechtsstaatliches Mittel. Anfangs Jahr wurde die Kollektivstrafe beim Match YB – GC mit dem Sperren des ganzen Sektors D im Stadion Wankdorf verhängt. Zu einer Zeit, wo das sogenannte Kaskadenmodell in der Vernehmlassung war, hat die Sicherheitsdirektion fast eigenmächtig entschieden, doch gerade in Stufe 3 von 5 des Modells einzusteigen und die Schliessung eines Sektors zu veranlassen. Man darf sich fragen, ob der Auslöser damals in Zürich nicht eher in Stufe 2 einzuordnen ist, was dann ja bei der Anwendung dieses Modells nicht eine Sektorschliessung mit sich gezogen hätte. Mittlerweile wissen wir, dass das Kaskadenmodell weder von den Clubs noch von der Swiss Football League getragen wird. Und wie schon in der Motion erwähnt, ist es äusserst stossend, kann doch hier ein Mittel, das eine Berechtigung als Mittel mit präventivem Charakter hat, zur Repression eingesetzt werden. Man nimmt so bewusst weiteres Eskalationspotenzial in Kauf. Bei Delikten muss immer die Einzeltäterverfolgung im Fokus stehen, inklusive der verwaltungs- und privatrechtlichen Massnahmen wie Rayon- oder Stadionverbote. Momentan ist auf Seiten der Behörden viel am Gang, so wie die vom Gemeinderat erwähnte Frühjahresversammlung der

KKJPD vor gut einem Monat, die einen Vorschlag zur Revision des Konkordats in Auftrag gegeben hat. Es stellt sich durchaus die Frage, warum die Stadt Bern jetzt gleichzeitig ein anderes Vorgehen wählen soll.
Und doch: Hier ist die brutale Gewalt. Man kann bei dem genannten Vorfall in Zürich nicht mehr von Scharmützel reden. Es ist brachiale Gewalt, die einen sprachlos und teilweise vielleicht eben auch ohnmächtig zurücklässt. Und das trägt wiederum zur Nachvollziehbarkeit bei, warum eben die Sektorschliessung doch vielleicht eine gewisse Berechtigung hat. Ob das im konkreten Fall Anfang Jahr verhältnismässig gewesen ist, ist die andere Frage. Soll das aber zu einem generellen Verbot des Instruments führen, wenn Vorfälle ausserhalb des Stadions passieren?
Die Fraktion GLP/JGLP/EVP hat sich sehr intensiv mit diesen verschiedenen Fragen und der Güterabwägung zwischen Gewalteindämmung und Verhältnismässigkeit auseinandergesetzt. Wir finden alle die Wahl der Kollektivstrafe juristisch problematisch. Wir verurteilen alle die Gewaltexzesse im Fussball. Wir unterstützen eine gute Koordination zwischen den Städten und Kantonen und möchten deshalb das Instrument der Sektorschliessung nicht aufgrund eines Einzelfalls im Grundsatz ausschliessen. Wir finden aber auch, dass es im spezifischen Fall nicht verhältnismässig war. Deshalb hat sich die GLP/JGLP/EVP-Fraktion entschieden, sich grossmehrheitlich zu enthalten.

Präsidentin: Merci, Denise, dann hat das Wort Mirjam Roder für die GFL-Fraktion.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Ich kann es ganz kurz machen, weil das meiste schon sehr gut ausgeführt wurde. Ich will aber zuerst auch noch etwas vorwegsagen, und das ist uns wichtig, und zwar auch noch einmal. Es ist auch schon mehrfach gesagt worden, dass wir jegliche Form von Gewalt aufs Schärfste verurteilen und sie nicht akzeptiert werden darf. Da sind wir uns als Fraktionen, aber ich glaube auch alle hier drin einig. Hingegen sind wir uns als Fraktion nicht einig bei der Herangehensweise zur Vermeidung und Eindämmung von Gewalt rund um Sportveranstaltungen.
Für einen Teil der Fraktion sind Massnahmen wie Sektorsperrungen oder Geisterspiele der falsche Ansatz und zeugen mehr von Ohnmacht, als Beitrag zur Lösung zu sein. Wir sind der Meinung, solche Massnahmen verhärten die Fronten und schaden unter Umständen einem sehr wichtigen Dialog – oder kurz zusammengefasst, wie wir auch schon ausführlich gehört haben: Im besten Fall bringt es nichts und im schlimmsten Fall schadet es noch mehr.
Ein anderer Teil der Fraktion hingegen findet, dass, weil es sich um ein gesamtschweizerisches Problem handelt, es zielführender ist, auf nationaler Ebene eine Lösung zu suchen, und zwar mit allen beteiligten Akteurinnen und Akteuren, und dass die Clubs noch mehr in die Verantwortung gezogen werden und selber noch mehr Massnahmen ergreifen sollen. Deshalb hat die GFL-Fraktion Stimmfreigabe beschlossen. Danke.

Präsidentin: Danke, Mirjam, wir sind bei den Einzelvoten. – Dann hat Gemeinderat Reto Nause... es hat noch einige Einzelvoten, David Böhner.

David Böhner (AL), Einzelvotum: Merci für die interessante Diskussion. Nur 2 Bemerkungen zu Voten, die hier gefallen sind. Tom Berger, du hast gesagt, dann könnte man eine Papiermühlestrasse auch nicht mehr schliessen. Das ist natürlich überhaupt nicht der Fall und auch nicht so gemeint. Es ist auch kein Rechtstext, der hier drinsteht, sondern der Auftrag an den Gemeinderat und die Verwaltung, eine solche Regelung zu formulieren. Und da wäre sicher nicht das beinhaltet, sondern dass es keine Kollektiv-

strafen geben wird, wie sie im Kaskadenmodell vorgesehen sind. Und noch eine Entgegnung an Alex Feuz, dass Rechtsradikale mit Gewalt vertrieben worden seien. Das habe ich so nicht gesagt, habe ich auch nicht so wahrgenommen. Im Gegenteil, sie haben einfach keinen Platz mehr gehabt. Ihre homophoben Gesänge wurden nicht mehr geduldet und es war ihnen nicht mehr wohl in der Kurve. Und das ist gut so, dass es nicht mehr von denen dominiert wird.

Präsidentin: Merci, David, das Wort hat Michael Burkard.

Michael Burkard (GFL), Einzelvotum: Es gibt ja 2 Arten von Fans oder Fan-Kurven. Ich bin jetzt Fankurve KKJPD, ein Ultra, und ich finde, die KKJPD ist auf dem richtigen Weg gewesen. Warum sage ich das? Zum Formellen zuerst einmal: Es wurde unterlassen, in der Antwort, ich weiss nicht warum, zu fragen, ob das überhaupt eine Motion ist im Sinne der Motion. Dort heisst nämlich, man müsste eine Regelung verlangen, die im Zuständigkeitsbereich des Stadtrats ist. Aber die Bewilligungsbehörde ist der Gemeinderat, die Exekutive, und der Stadtrat ist nicht die Bewilligungsbehörde und hat eigentlich hier überhaupt nichts zu sagen. Das ist auch richtig so, weil es ein Ermessensspielraum der Behörden ist und das soll auch so bleiben und das kann der Stadtrat auch mit einer Richtlinienmotion nicht ändern. Zum Inhalt: Ich verstehe David Böhner, dass man sagt, man solle das aus liberaler oder freiheitlicher Sicht – im Zweifel für die Freiheit, Reitschule – gleichbehandeln wie andere Formen von vielleicht kritikwürdigem Verhalten. Das kann ich nachvollziehen.
Hier aber muss man vielleicht einmal eine Stufe höher gehen und sagen: Was ist denn der Kern? Es sind nicht die Fans das Problem, sondern es sind kommerzielle Veranstaltungen. Es ist ein Geschäftsmodell, das darauf basiert, dass man die Kosten externalisiert. Die Kosten tragen nämlich das Gemeindewesen, die SBB, die Polizei, die hingehen muss und, und, und. Das ist ein Geschäftsmodell, das darauf basiert, dass man Kosten externalisieren kann. Und ich sehe nicht ein, warum man das so toll findet. Wenn der Dialog nicht nichts fruchtet – die KKJPD hat es probiert, die andere Seite ist offenbar ausgestiegen. Was soll man dann noch machen? Als Ultima Ratio anschliessend die Androhung einer Sektorsperre, damit man wieder das Gespräch findet, ist aus meiner Sicht legitim. Und wenn man das nicht will, was will man dann? Man muss ihnen halt beim Geld..., dann tut es ihnen weh. Wenn niemand mehr kommt, haben sie diese Einnahmen nicht mehr. Das ist offenbar der einzige Weg, wie man die Clubs zum Dialog zwingen kann und das muss man offensichtlich, denn ich habe das Tagesgespräch gehört mit dem Verantwortlichen. Das ist nur Passivität, nur blablaba, Zeit zu gewinnen, Zeit schinden und jeden Monat in der Saison kommt der Stutz rein. Und das ist ein Geschäftsmodell, das so nicht funktioniert. Ich sehe nicht ein, warum man das weiter toleriert. Darum: Für mich ist das eine sportpädagogische Massnahme und keine Kollektivstrafe.

Präsidentin: Merci, Michael. Das Wort hat Tom Berger.

Tom Berger (FDP), Einzelvotum: Ja, lieber Michael, da muss ich dir ganz kurz etwas entgegnen. Ich gehöre bekanntlich zu denen, die sich sehr stark aufregen, dass wir fast alle 14 Tage hier sehr häufig über Geschäfte diskutieren, für die wir gar nicht zuständig sind. Wenn wir aber dann für etwas zuständig sind, dann ist es für städtische Reglemente. Und wenn wir selber nicht einmal anerkennen wollen, dass wir als gesetzge-

bendes Parlament, als Legislative, von unserer Exekutive ein neues Reglement verlangen dürfen, dann ist wirklich der Moment gekommen, dass wir jeden Donnerstagabend einfach auch zu Hause bleiben oder im Stadion sein könnten. Es ist falsch, wie häufig wir in diesem Parlament für eine einzelne Veranstaltung vom Gemeinderat spezifische Auflagen fordern. Das ist der falsche Weg. Wenn es irgendwo ein Stadtfest gibt, das jemandem nicht in den Kram passt, kommt man sofort mit Zusatzauflagen, die man dem einen Stadtfest auferlegen will.
Wenn man aber die allgemeine Rechtsgrundlage, auf der die Bewilligungsbehörde aufbaut und ihre Bewilligungen ausstellt, wenn wir die nicht mehr als Parlament einfordern dürfen sollen und als Parlament aushandeln dürfen, dann haben wir wirklich gar keine Aufgaben mehr hier.

Präsidentin: Danke, Tom. Dann hat Gemeinderat Reto Nause das Wort.

Reto Nause, Direktor SUE: Alle haben wieder gegen Gewalt gesprochen. Alle sind gegen Gewalt. Wenn es um konkrete Massnahmen geht, hingegen, habe ich von allen nicht viel gehört, nur die Kritik an diesen Massnahmen, die andere Institutionen eingefordert haben. Und wenn ihr sagt, wir wollen die individuelle Täterverfolgung verstärken, ja, dann müsst ihr vielleicht für individualisierte Tickets einstehen. Genau das wollte man ja nach der Pandemie – individualisierte Tickets. Nachher ist ein Aufschrei des Entsetzens durch die Fankurve gegangen, durch die Liga gegangen, durch die Clubs gegangen: Das gehe gar nicht, individualisierte Tickets. Bei Konzerten, bei Hockey-Matches, im Zug etc. geht es auch, aber im Fussball soll es nicht gehen.
Die individualisierten Tickets hat man nachher als Projekt beerdigt und ist in den Dialog eingestiegen mit der Liga. Und der Dialog hat basiert auf der gemeinsamen Erarbeitung des Kaskadenmodells. Als das Kaskadenmodell nachher auf dem Tisch war, ist plötzlich die Liga im Salto rückwärts einfach wieder raus. Und ich muss euch sagen: Die rechtlichen Grundlagen sind glasklar. Wir haben ein Hooligan-Konkordat und im Hooligan-Konkordat ist festgeschrieben, dass die Spiele der obersten beiden Ligen bewilligungspflichtig sind.
In der Gemeindeordnung der Stadt Bern steht festgeschrieben, dass die Bewilligungsinstanz das Polizeiinspektorat beziehungsweise der Gemeinderat ist. Das ist alles glasklar festgeschrieben. Und es ist auch so, dass Auflagen im Einzelfall und nach Risikoabschätzung verfügt werden. Und dass sich das bewährt hat, hat heute Abend auch jeder gesagt. Die Vorfälle im Fussball, auch nach Sektorschliessungen, sind zurückgegangen. Die Qualität einzelner Vorfälle ist hingegen ganz massiv. Der Buschauffeur in Zürich ist noch heute nicht arbeitsfähig. Also, da können wir als Behörde doch auch nicht sagen, wir machen einfach nichts. Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg und bitte euch, diese Motion abzulehnen.

Präsidentin: Danke, Reto. Wir kommen zur Abstimmung über diese Motion.

Abstimmung Nr. 013

2024.SR.0067

Annahme

Ja	37
Nein	14
Enthalten	8

Präsidentin: Ihr habt die Motion angenommen.

2021.SR.000198

6 Postulat Eva Gammenthaler (AL) - übernommen durch Raffael Joggi (AL): Überwindung des Kapitalismus: Fundierte Analyse des städtischen Handlungsspielraums

Präsidentin: Dann kommen wir zurück zu Traktandum 6. Das ist ein Postulat der AL, übernommen von Raffael Joggi, Überwindung vom Kapitalismus und ich erteile den Einreichenden das Wort. Kann jemand bitte den Raffael noch anmelden. Danke. Jetzt hast du wieder David angemeldet? Kannst du nochmals Raffael?

Raffael Joggi (AL) für die Einreichenden: Ja, es ist so weit, wir haben uns lange gedulden müssen. Jetzt ist der grosse Moment gekommen. Ja es geht darum, dass wir in dem Postulat wollen, dass der Gemeinderat eine fundierte Analyse macht zum Handlungsspielraum in Bezug auf die Überwindung des Kapitalismus. Es ist jetzt so, dass es sicher eine knappe Hälfte in diesem Rat total jenseitig findet, so einen Vorstoss. Ich spüre es schon, ich habe es schon diverse Mal gehört. Ich möchte hier eigentlich die Gelegenheit nutzen und versuchen in erster Linie, die Angst vor dem Begriff Überwindung des Kapitalismus ein wenig zu nehmen.
Aus unserer Sicht ist die Überwindung des Kapitalismus eher etwas konstruktives. Es ist nicht revolutionär, es hat nicht zum Ziel den Kommunismus auszurufen. Es geht hier darum, dass ihr euch darunter etwas vorstellen könnt, insbesondere auch der Gemeinderat, damit er vielleicht so, wie er jetzt in diesem Postulat in der ersten Antwort geschrieben hat, doch noch den Sinn und Zweck hinter dieser Vorlage sieht. Ich mache es jetzt so, dass ich trotzdem hier ein wenig über den Kapitalismus und seinen Problemen erzähle, würde aber nachher doch auch noch sagen, was wir eigentlich schon gemacht haben in Bezug auf die Vorschläge, die wir zur Überwindung des Kapitalismus haben.
Aber ich würde mit etwas beginnen, das man loben sollte, also eigentlich sollte man immer mit einer positiven Nachricht anfangen. Also zum Kapitalismus selber. Er kann etwas machen, er kann die Produktivkraft enorm steigern. Das hat er auch gemacht in den letzten 200-300 Jahren. Er schafft es auf eine raffinierte Art – kann man so sagen –, über den Egoismus des Menschen uns zur Zusammenarbeit zu motivieren. Also wir arbeiten im Kapitalismus heutzutage mit Leuten zusammen, die wir nicht einmal gerne haben, noch nicht einmal kennen und irgendwo am anderen Ende des Planeten leben. Und das funktioniert irgendwie. Ich glaube, ausserhalb dieses Systems müssen wir schon sehr viel Energie investieren, überhaupt die Zusammenarbeit zu forcieren, die Motivation aufzubringen. Das hat man gesehen auch in diversen real-sozialistischen Projekten.
Aber das Feature oder der Vorteil und die Vorzüge, die das auch gibt, an Dienstleistungen und Waren, haben natürlich einen Haken. Und ich glaube, dass wäre mir so ein Anliegen, das irgendwie vermitteln zu können, dass wir alle hier - ob links oder rechts – eigentlich sollten ein bisschen ein Gespür dafür haben. Man muss ja nachher nicht gerade irgendwie zur PdA kommen oder zur AL. Ihr dürft, ihr müsst nicht, aber einfach das Gespür dafür bekommen, dass der Kapitalismus wirklich nicht einfach nur das gelbe vom Ei ist. Irgendwie hätte sich die Sache da aber schon gelohnt, wenn wir das hinbringen. Aber ich fange jetzt an, was wirklich nicht gut ist am Kapitalismus und auch nicht gut wird sein in 100 oder 1000 Jahren. Der Kapitalismus ist inhärent ungerecht.

Ihr müsst euch vorstellen, noch einmal, Waren und Dienstleistungen, Zeugs von Wert, von monetärem Wert im Kapitalismus, besteht aus 2 Sachen – ein Rezept mit 2 Zutaten –, die es braucht, menschliche Arbeitskraft und es braucht Produktionsmittel. Jetzt ist es so, dass eigentlich Produktionsmittel nicht einfach so herumliegen. Natürliche Ressourcen würde ich jetzt mal ausklammern, die kann man holen gehen. Die müssen eigentlich erstellt werden durch Menschen für Menschen. Aber im Kapitalismus ist es so, dass der Reichtum oder die Wertschöpfung, wenn die nachher abgegriffen wird, wenn man die Produkte nachher hergestellt hat, hat es Menschen gegeben, die sich dort vorausgabt haben – menschliche Arbeitskraft – sowie sind auch Produktionsmittel verbraucht worden. Ressourcen, Werkzeuge, Maschinen, ihr kennt das. Jetzt ist hier der Clou, dort wo die Ungerechtigkeit in jedem Fall, in jeder von diesen Transaktionen, wo schon seit hunderten von Jahren reinkommt, ist die, dass irgendeinmal am Anfang, wo man die Produktionsmittel initial hat herstellen müssen, die von einem Menschen gemacht worden sind und einfach einer gekommen ist und gesagt hat: "Ah, du hast da ein Hammer zu viel gemacht, den nehme ich mir jetzt. Und jetzt lasse ich dich mit dem Hammer arbeiten und ich Zweige etwas von dem, was du gemacht hast, ab." Nur rein von der Tatsache her, dass die Produktionsmittel mir gehört haben. Und so läuft die Maschine jede Sekunde weiter. Und somit ist das Kapital, das da ist, wird ungerechtfertigterweise – jetzt nicht, ob das System technokratisch nötig ist oder nicht –, einfach rein moralisch ist das eigentlich nicht nachzuvollziehen, warum das Kapital eigentlich, dass da ist, einfach mehr Gewinn abgreifen sollte, als das wo die Leute damit produziert haben. Also das bringt ihr nicht aus der Gleichung, dass wir dort eigentlich ein moralisches Defizit haben im Kapitalismus und das zieht, wie ihr alle wisst, weitere Kreise. Der Kapitalismus ist aber nicht nur das. Er ist auch nicht nachhaltig, nachhaltig in einem tiefen Sinn. Der Kapitalismus breitet sich immer mehr aus, im Sinne von er muss wachsen. Das sollte allen klar sein, gerade den Wirtschaftsexperten. Ohne Wachstum läuft der Motor nicht weiter. Also ist jetzt hier die Frage, dass jedes Kind, dass auf einem ähnlichen Planeten, in einem ähnlichen Universum begreifen kann, dass ein Ding, das einfach immer wächst, nicht nachhaltig sein kann. Es gibt eine Partei, die sich das als Alleinstellungsmerkmal auf die Fahne geschrieben hat. Um diesen Widerspruch anscheint überbrücken zu können. Da kann sich jetzt jeder selber vorstellen, welche Partei, die ich meine. Aber im Prinzip ist es so, Wirtschaftswachstum und Ressourcen schonen geht halt letztendlich nicht zusammen. Es ist einfach sonst nicht klar, wie man mit technologischem Fortschritt alleine das stemmen können soll. Es ist gleich, die Ressourcen müssen einfach immer mehr beschlagnahmt werden. Das Ding muss einfach immer mehr wachsen. Es ist eine Frage von Jahrhunderten, Jahrtausenden von Jahren, bis das Ding kollabiert, aber es ist wichtig das zu merken, für das Argument, das ich hier machen will: Kapitalismus ist nicht nachhaltig. Er hat ein Ablaufdatum, das ist das nächste. Das Letzte8 ist, der Kapitalismus – also in Sinne einer Kritik – regelt alles. Mitnichten regelt er alles. Der Kapitalismus macht ein paar Sachen wirklich gut. Von mir aus, das habe ich gesagt. Er kann ein paar Sachen, aber er kann vieles eben auch nicht. Das ist eigentlich ein grosser Teil unserer Arbeit hier und jetzt komme ich langsam zum spannenden Teil, ist eigentlich dieses Defizit, was der Kapitalismus im menschlichen Zusammenleben nicht händeln kann, müssen wir als Politiker*innen eigentlich hier mit Gesetzen, mit Massnahmen der Gemeinderat auch abfedern. Ich denke dabei – gerade in einer Stadt wie Bern – an diverse Massnahmen, wie beispielsweise den Immobilienverkauf auf Stadtboden, nicht einfach so verkaufen. Preisgünstiger Wohnraum in Bern zur Verfügung stellen. Aber es gibt auch Sachen von kantonaler, nationaler und internationaler Tragweite. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist so ein Experiment in diese Richtung. Es ist aber auch ALV, EO und Bauernsubventionen.

Es gibt eigentlich vieles, der der Markt so wie wir das möchten nicht lösen kann. Wie die Schweizer Landwirtschaft, wo wir über den politischen Weg eigentlich Subventionen hineinbuttern, weil wir genau eigentlich nicht den freien Wettbewerb wollen. Das ist nicht ein Defizit, den wir hier kurzfristig überbrücken, sondern es ist eine echte Massnahme, weil der Kapitalismus einfach nicht so durch die Landwirtschaft betrieben wird, wie wir das in der Schweiz gerne hätten und auch die SVP zum Beispiel.
Gut also, ich fasse zusammen: Der Kapitalismus, Prämisse 1, ist unmoralisch. Prämisse 2, der Kapitalismus hat eine beschränkte Laufzeit. Prämisse 3, der Kapitalismus soll eingeschränkt werden. Jede dieser Prämisse ist allein schon hinreichend für eigentlich die Schlussfolgerung, dass der Kapitalismus überwunden werden muss. Wenn er moralisch nicht korrekt ist, muss er überwunden werden. Wenn er ein Ablaufdatum hat, muss er früher oder später überwunden werden. Also überwinden heisst, wir müssen ab heute – und gescheiter schon gestern – anfangen uns Gedanken zu machen, wie wir aus dem Schlamassel herauskommen. Wie können wir ihn zumindest einmal einschränken? Das können wir heute anfangen. Wir müssen ihn nicht gerade morgen überwunden haben. Wir können heute schon überlegen, wie wir ihn sozusagen einschränken können, dass er, von mir aus mit lebenserhaltenden Massnahmen bis auf weiteres so läuft, aber dass er nicht so schädlich ist, wie er ist, wenn man ihn einfach quasi wirtschaftsliberal laufen lässt. Es blinkt, ich glaube, ich habe noch nie so lange geredet. Ich muss wohl ein bisschen vorwärtsmachen.

Die Präsidentin bittet den Votanten, zum Schluss zu kommen.

Raffael Joggi (AL) setzt sein Votum fort: Der Gemeinderat schreibt, er werde sich nicht darauf konzentrieren, er möchte einfach nachhaltig und fair wirtschaften, die Umwelt schonen und fair wirtschaften. Wir behaupten, das sind eigentlich Massnahmen, die in Richtung Kapitalismus überwinden gehen. Der Gemeinderat wird von uns eingeladen, hier den Mut zu haben, dass auch so zu nennen und damit wird sich ihm auch neue Handlungsspielräume eröffnen.

Präsidentin: Danke, Raffael. Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich habe immer gesagt, wir sollten im Stadtrat über Sachen diskutieren, wo wir effektiv handlungsfähig sind, über Sachen, über die wir hier entscheiden können. Selbst wenn wir in der Stadt Bern selbst eine Mehrheit finden würden, um den Kapitalismus abzuschaffen, was ist dann mit Muri? Was ist dann mit Gümligen? Ich bin nicht gerne der Schulmeister, das ist nicht meine Art, aber ich würde vielleicht einmal empfehlen ein bisschen Staatsrecht, ein bisschen Verfassungsrecht zu lesen, was wir hier für Grundrechte haben. Wir haben eine Eigentumsgarantie, wir haben eine Wirtschaftsfreiheit und die Grundrechte kann man nicht einfach städtisch über den Haufen schiessen, weil die Sachen, die sind in der Kantonsverfassung garantiert. Und dann muss ich einfach sagen, der Gemeinderat hat sich hier sehr viel Mühe gegeben, die Sache juristisch und politisch zu würdigen und so zu einer ablehnenden Antwort zu kommen. Für mich ist es einfach ganz klar das Juristische. Ich muss sagen, denkt einmal strategisch, wie wollt ihr denn der Kapitalismus abschaffen? In der Stadt Bern ist er abgeschafft und in Ostermundigen gibt es ihn dann wieder.
Also ich muss einfach sagen, das ist für mich wirklich ein Vorstoss... Ich habe auch schon Vorstösse eingereicht, da stehe ich dazu, wo man vielleicht gedacht hat: "Feuz, es wäre besser gewesen, du hättest noch einmal eine Nacht darüber geschlafen und es noch einmal überlegt." Aber hier bin ich wirklich der Meinung, wenn ihr das anschaut,

dann muss man das hier nachher Gemeindeweise so machen. Ich würde wirklich also empfehlen irgendwie einmal ein Buch über Staatsrecht, vielleicht Müller/Kölz beispielsweise zu holen. Vielleicht habe ich noch eine alte Auflage, es ist vielleicht nicht mehr ganz aktuell, Mama hat vielleicht auch noch ein Buch über Staatsrecht, das kann eine ältere Auflage sein, gewisse Grundsätze sind immer noch da. Wenn man einfach das kennt, muss man sehen, so kann man nicht politisieren und es gibt für mich keinen Sinn und Zweck. Man kann von mir aus eine Initiative machen oder Änderung der Bundesverfassung, man kann alles machen. Es sind ja solche Initiativen unterwegs, aber wenn wir jetzt hier in jedem Stadtparlament, in jedem Gemeindeparlament über die Abschaffung des Kapitalismus diskutieren, ist das der falsche Ansatz. und schauen wir jetzt einmal andere Länder an, wie Nordkorea und Venezuela. Dort sagt man ja, der Kapitalismus sei überwunden. Wie geht es dort den Bürgerlichen, dann werden die Leute der bürgerlichen Opposition gar nicht mehr erst zur Wahl zugelassen. Wollt ihr das? Das sind eben gewisse Sachen, will man die Leute enteignen.
Ich habe einmal als kleiner Junge gefragt – es hatte so ein Bild vom Zimmerwald-Kongress –, und da habe ich mein Vater Grossvater gefragt, was sind das für Leute? Die Antwort war, ich habe es gut gemerkt, das sind böse Männer. Die einen sind Sozialisten, die nehmen alles weg. Und die Kommunisten, das sind noch ein bisschen die böseren, die bringen dich noch um. Und genau das ist eine Entwicklung, bei der ich sage: "Das ist Kommunismus. Schaut Pol Pot an, schaut Venezuela an, schaut Kuba an." Darum in dem Punkt bin ich vielleicht ein bisschen zynisch gewesen. Aber denkt einfach noch daran, wenn ihr es vielleicht ein bisschen zu viel anschaut, Muri hat den Kapitalismus und Bern nicht. Überlegt euch das einmal, führt euch die Literatur zu. Ich bin auch gerne bereit, mit euch über die russische Revolution zu reden.

Präsidentin: Danke, Alex. Das Wort hat Muriel Graf für die AL/PdA-Fraktion.

Muriel Graf (AL) für die Fraktion: Ich verlese ihnen das Votum von Matteo, denn der ist nicht hier. Deswegen lese ich das vor. Wieso ist der Kapitalismus schlecht, weil er unsere Seele verkauft, bevor wir merken, dass wir überhaupt eine hatten und die Entfremdung als Fortschritt verkauft. So schreibt der Gemeinderat in seiner Antwort von nachhaltiger Gestaltung der Wirtschaftsordnung. Solche Entwicklungen sind purer Zynismus, der Inbegriff von progressivem Neoliberalismus, der in sozialen und nachhaltig Anliegen keinen Widerspruch zur alles einnehmenden Marktwirtschaft sieht. Es ist an der Zeit und im Sinne der Ziele unserer Stadt, in diesem Zusammenhang einen Nachhaltigkeitsbegriff zu schaffen. Seit dem Aufkommen des Nachhaltigkeitsparadigmas in den 80er Jahren haben sich die Umweltprobleme, die Folgen durch den Klimawandel verschärft. Statt die Probleme des Wachstumsimperativ zu lösen, beziehungsweise sich davon zu lösen, hat man dem kapitalistischen System so einfach einen neuen grünen Anstrich gegeben. Aber das ist und bleibt so kapitalistische Produktionsweise, Kapitalismus an sich, gibt es nur mit Umweltzerstörung, sozialer Ungerechtigkeit und Armut. Nachhaltigkeit ist heute ein Teil der kapitalistischen Ideologie. Es geht nicht um Selbstbegrenzung, die notwendig wäre, nicht um Umverteilung, sondern um einen dauerhaften Anstieg. Dementsprechend ist die Überwindung des Kapitalismus nicht nur ein Parteiprogramm, sondern eine notwendige Entwicklung, wenn wir unseren Zielen gerecht werden wollen. Am Ende der Dreissigerjahre hat Horkheimer geschrieben: "Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, soll auch vom Faschismus schweigen." Das gilt heute immer noch und ergänzt werden durch: "Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, soll auch von Nachhaltigkeit schweigen." Der kapitalistische Markt kann die Probleme, vor denen wir stehen, niemals lösen. Er ist nicht darauf ausgerichtet und kann

auch nicht dorthin bewegt werden. Spannenderweise gibt es ja immer umgekehrte sozialistische Rettungspakete, fast nur dann, wenn die Banken gerettet werden müssen. Und das zeigt auch schön auf, dass der Kapitalismus sich selber nicht retten kann. Und auch dafür braucht es Ideen, die ausserhalb von alternativ zu ihm stehen. Nehmen wir also uns und unsere Ziele ernst.

Präsidentin: Danke, Muriel. Dann kommt Barbara Keller, sie wird das Votum mit Paula Zysset teilen, für die SP-JUSO-Fraktion.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: In Diskussionen, die ich vor dem Postulat mit Leuten geführt habe, waren viele erstaunt, dass für die SP-JUSO-Fraktion klar ist, dass wir das Postulat unterstützen werden. Ich frage mich aber warum, dass es so viele Leute erstaunt hat. Nehmen wir die Statuten der SP Schweiz, Artikel 1, Ziele: "Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz, SP Schweiz, tritt auf der Grundlage ihres Programms für die Ziele des demokratischen Sozialismus ein." Das Ziel wird im Parteiprogramm 2020 bestätigt und genauere Schritte werden beschrieben. Schauen wir auf die städtische Ebene an, ebenfalls Artikel 1, Zweck: "Die Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern, SP Stadt Bern, bekennt sich zu den Grundforderungen des demokratischen Sozialismus. Sie erstrebt eine Gesellschaftsordnung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und vor jeder Unterdrückung und Ausbeutung schützt." In diesem Sinn kämpft sie auf dem Gebiet der Stadt Bern für die Verbesserung unserer gesellschaftlichen, politischen, ökologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse, also auch hier auf städtischer Ebene völlig klar. Ja, falls es auch jetzt immer noch irgendjemanden erstaunt, dass wir das Postulat annehmen, das fordert, dass der Handlungsspielraum für die Überwindung des Kapitalismus genutzt werden soll, hier ein paar Fakten. Die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in extremer Armut. Ihnen fehlt es an Gesundheit, Sicherheit, Bildung, Wohnraum und Arbeit. Das Reichste % der Weltbevölkerung besitzt 45% vom Weltvermögen. Frauen bekommen 10% des Welteinkommen und besitzen 1% vom Weltvermögen. 1 Mio. Menschen sind chronisch unterernährt. 4 Mio, sterben jedes Jahr an Hunger oder an dessen unmittelbaren Folgen. Für 1 Mia. Menschen gibt es kein sauberes Trinkwasser, Tendenz zunehmend. Wir ergreifen Partei für die unterdrückten, ausgebeuteten und sozial schlechter gestellten Menschen und die bedrohte Natur. Deshalb, liebe Anwesende, stehen wir für die Überwindung des aktuellen Wirtschaftssystems und deshalb werden wir jetzt das Postulant annehmen, das eine fundierte Analyse fordert, was der Handlungsspielraum auf städtischer Ebene ist, um die Wirtschaft zu demokratisieren und den Kapitalismus schlussendlich zu überwinden.

Präsidentin: Danke, Barbara. Das Wort hat Paula Zysset.

Paula Zysset (JUSO) für die Fraktion: Ich lese das Votum von Sofia Fisch vor. Wir wollen eine ernsthafte Diskussion darüber führen, wie der Handlungsspielraum der Stadt zur Überwindung des Kapitalismus aussieht. Es ist ein System, das darauf beruht, Mensch und Natur auszubeuten und möglichst günstig zu produzieren und so Gewinn zu Maximieren. Der Lebensstandard, den wir hier haben, ist nur möglich, weil die Besitzenden die Produktionsarbeiten zu einem grossen Teil in den globalen Süden verschoben haben. Die Folgen dieses Systems zeigen sich deshalb in seinem rohsten Ausmass im globalen Süden. Sie zeigen sich aber auch in unserer Stadt. Die Überbrückungshilfen zur Armutsbekämpfung beispielsweise, die dank der SVP im Moment nicht weiterlaufen, haben eine sehr hohe Nachfrage gehabt, eben gerade, weil sehr viele

Menschen auch in dieser Stadt in einer finanziellen Notlage sind. Wir stehen in der Verantwortung, unseren Spielraum zu nutzen und überall dort, wo wir können, die Lebensgrundlage der Bevölkerung in dieser Stadt zu verbessern. Und ja, es gibt definitiv noch mehr Handlungsspielraum für Sozialreformen, den wir nutzen können und ja, solange wir in einem kapitalistischen Wirtschafts- und Wertesystem leben, werden wir an die Grenzen des machbaren stossen. Die städtischen Sozialreformen bleiben ein Pflaster, die kleben wir überall dort auf, wo wir auf die Wunde dieses ausbeuterischen Systems aufweisen können. Aber eine wahrhaftige Demokratisierung aller Sphären, die die Grundlagen ermöglichen, eine gerechte und solidarische Welt und ein gerechtes und solidarisches Bern zu schaffen, ist in diesem System nicht möglich. Lieber Gemeinderat, insbesondere liebe linke Mehrheit des Gemeinderates, wir sind gespannt, mehr zu unserem Handlungsspielraum zu erfahren. Die Antwort auf das Postulat zeigt uns nämlich, dass bei ihnen noch keine richtige Auseinandersetzung mit dem Anliegen stattgefunden hat. Wenn für den Gemeinderat eine nachhaltige Gestaltung der Wirtschaftsordnung und eine sozial- und umweltverträgliche Ausrichtung der Wirtschaftsordnung im Zentrum steht, dann wollt ihr nämlich im Grunde auch die Überwindung des Kapitalismus. Wenn ihr euch ernsthaft mit den SDG von der Agenda 2030 (Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung) auseinandersetzt dann muss euch doch klar sein, dass die Einhaltung von diesen Zielen in einem kapitalistischen System nicht nur bis 2030, sondern insgesamt nicht möglich ist. Wir haben also im Prinzip dasselbe Ziel, weil wir hoffen, dass der Gemeinderat mit der Annahme des Postulats seinen Handlungsspielraum dieses Mal wirklich wahrnimmt.

Präsidentin: Merci, Paula. Das Wort hat Anna Jegher von der GB/JA!-Fraktion.

Anna Jegher (JA!) für die Fraktion: Man kann es nicht genug oft wiederholen. Unser kapitalistisches Wirtschaftssystem ist nicht zukunftsfähig. Es ist ein System, das auf Ausbeutung und Ungleichheit beruht, das auf rassistische, sexistische, ableistische und klassistische Machtverhältnisse aufbaut und sie verstärkt, dass nach immer mehr Wachstum strebt und dabei keine Rücksicht auf die Folgen dieses Wachstums nimmt. Deshalb ist es dringend nötig, sich mit Alternativen zum Kapitalismus auseinanderzusetzen. Auch auf städtischer Ebene prägt die kapitalistische Wirtschaftsordnung unsere politischen Diskussionen, Entscheide und Handlungsoptionen. Einen Grossteil unserer finanzpolitischen Diskussionen baut zum Beispiel auf einem häufigen und nicht hinterfragten kapitalistischen Verständnis von Wirtschaft auf, in dem andere Perspektiven gar keinen Platz haben und leichtfertig als realitätsfern abgetan werden. Dieser Dogmatismus steht in einer produktiven Auseinandersetzung mit der Realität von aktuellen Krisen und Herausforderungen im Weg. Wir begrüssen deshalb die Idee des Postulats, auszuarbeiten, welche Handlungsmöglichkeiten auf städtischer Ebene bestehen, um den Kapitalismus zu überwinden. Wir müssen lernen, Wirtschaftspolitik ausserhalb von einer kapitalistischen Logik zu denken, sonst kommen wir politisch nie vorwärts. Offenbar hat der Gemeinderat in dieser Hinsicht auch noch einiges an Nachholbedarf, wenn man die Antwort zu diesem Vorstoss liest. Sorry to break it to you, aber die SDG von der UNO sind jetzt wirklich nicht die anti-Kapitalistische Antwort auf das klägliche Versagen unseres Wirtschaftssystems. Auch gegen die Idee der Kreislaufwirtschaft haben wir grundsätzlich nichts, aber das sind meistens doch nur Möglichkeiten, um verantwortungsbewusst zu tun, aber schlussendlich an den grundsätzlichen Missständen nicht viel zu ändern und das reicht halt einfach nicht. Fakt ist, der Kapitalismus ist nicht alternativlos und das ist ein Grundsatz, den wir auch von einer linken Stadtregierung erwarten. Wirtschaftssysteme sind kein Naturgesetz, sondern Menschengemacht und

verändern sich immer wieder. Das dogmatische Festhalten an einer Wirtschaftsideologie, die eine Krise nach der anderen zu verantworten hat, ist unter diesen Gesichtspunkten einfach realitätsfern und verantwortungslos. Deshalb bitte ich sie alle, diesem Postulat zuzustimmen, damit sich der Gemeinderat mit tatsächlichen Alternativen und Handlungsmöglichkeiten auseinandersetzt und wir schliesslich eine bessere Grundlage haben, um eine wirksame städtische Politik zu machen und vielleicht am Schluss auch die Überwindung des Kapitalismus erreichen zu können. Merci.

Präsidentin: Danke, Anna. Das Wort hat Tanja Miljanovic für die GFL-Fraktion.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Ich habe das Votum vor 1000 Wochen geschrieben. Ich muss schauen, ob ich es noch lesen kann und es noch verstehe. Also in dieser Motion steht ein wichtiger Satz: "Die systemischen Frage ist die elementarste in der Politik." Das stimmt. Es stimmt auch, dass die heutige Ausprägung des Kapitalismus nicht nur asozial, sondern auch nicht liberal ist, weil echter Liberalismus bedeutet, dass eine möglichst breite Bevölkerungsschicht selbstbestimmt und würdevoll leben kann. Wir müssen nicht weit schauen, um zu merken, dass der heutige Kapitalismus seinem eigenen liberalen Anspruch nicht gerecht wird. Die Antwort auf diese systemischen Fehler und Probleme kann aber nicht eindimensional sein. Noch darf sie auf ein deterministisches Ende der Geschichte abzielen. Die GFL stellt eine Demokratisierung der Wirtschaft nicht infrage. Unser Weg ist aber ein anderer. Wir setzen uns erstens für eine soziale und ökologisch nachhaltige Marktwirtschaft ein. Wir setzen uns zweitens für das Verursacherprinzip ein. Drittens fordern wir ein urliberales, aber auch ein soziales System, nämlich ein bedingungsloses Grundeinkommen. Der 4. Grundpfeiler von unserer Wirtschaftspolitik ist schliesslich die Kreislaufwirtschaft. Gerade vor einem Monat ungefähr haben wir schneller als die Stadt selber eine Resolution zur Kreislaufwirtschaft verabschiedet und später auch ein Wahlprogramm, das wirklich ganz holistisch und ganzheitlich an das Wirtschaftssystem und auch das Gesellschaftssystem von Bern herangeht. Wir haben klare und greifbare Massnahmen aufgestellt, wie man Bern bis 2050 kreislauffähig gestalten kann und kreislauffähig heisst eben auch sozial und ökologisch nachhaltig. Ich gebe es zu, unsere Ansätze sind wenig sexy, weit und breit, wie Herkules noch Hera, die am Cerberus den Kopf abschlägt, aber medial heroische Kämpfe sind schlicht nicht unser Ding. Auch die GFL befasst sich natürlich mit den grossen systemischen Fragen, aber nicht mit dem Vorschlaghammer, denn der Spiegel ist die Bevölkerung und da wollen wir die Leute auf den Weg mitnehmen und nicht das entgegengebrachte Vertrauen zerschlagen. Darum die Kreislaufwirtschaft, Verursacherprinzip, Grundeinkommen, soziale Marktwirtschaft, Zusammenarbeit und verbindliche Ziele mit der Wirtschaft, das ist auch unser Weg zu einem neuen System und zu einer sozialliberalen und verantwortungsbewussten Gesellschaft und die Motion lehnen wir ab. Merci

Präsidentin: Danke, Tanja. Dann kommt Oliver Berger für die FDP/JF-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Willkommen im marxistischen Lesekreis und im Klassenkampf. Bern ist nicht nur links, nein, Bern ist ultra-links haben wir jetzt vorhin gerade wieder mitbekommen. Ich verzichte hier von der Fraktion FDP-Jungfreisinn mit einem Exkurs über den Manchesterkapitalismus und seinen Vorzügen. Natürlich wird die Fraktion FDP-Jungfreisinn das Postulat ablehnen. Vielleicht noch ein paar Gedanken zu unserer Haltung. Wir setzen uns für eine liberale Wirtschaftsordnung ein, die man langläufig Marktwirtschaft nennt. Im aktuellen System sehen wir mehr Vorteile vor

allem in den individuellen Eigentumsrechten und den dezentralen Entscheidungen von mündigen Bürgerinnen und Bürgern. Das stärkt unsere Gesellschaft und auch unsere Wirtschaft. In der Marktwirtschaft erfolgt die Koordination der verschiedenen Akteure über den Markt, über die Preise, über den Wettbewerb und die Zusammenarbeit über Angebot und Nachfrage. Das ist in der Grundform sehr effizient und es braucht eben da nicht eine verkopfte, staatssozialistische Zentralplanung, die eine riesige Verwaltung erfordert. So eine Zentralplanung habe ich selber noch erlebt, als junger "Bueb" dazumal in Ungarn oder auch in der Slowakei. Mangelwirtschaft als Ausrufezeichen respektive als Thema. Das aktuelle System der Marktwirtschaft impliziert Investitionen und ermöglicht Innovationen ohne Denkverbot und Reinvestitionen für Erträge der Zukunft. Das ist per se nachhaltig. Natürlich braucht es in einem solchen System auch immer Regeln, nämlich um die Extremalstellen und die Auswüchse zu begrenzen. Dafür ist schlussendlich der Staat da, um einen sauberen Rahmen zu setzen für Rechtsverbindlichkeit und faire Regeln, die für alle gelten. Zur freien Marktwirtschaft gehört auch die Verantwortung der einzelnen Akteure und ihr Handeln. Auch dafür setzen wir uns ein. Das Postulat der alternativen Linken ist aus unserer Sicht aus der Zeit gefallen. Es bedient alte Feindbilder aus dem 19. Jahrhundert und wir schlagen vor, gescheiter nach vorne zu schauen und dazu gehört, eben dort anzupacken, wo die wahren Probleme sind und wenn wir gerade bei der Selbstbegrenzung sind, dann hätte ich schon einmal ein Vorschlag. Fangt doch mal bei den sinnlosen Vorstössen an. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Oliver. Als nächste kommt Sibyl Eigenmann für die Mitte.

Sibyl Eigenmann (Mitte) für die Fraktion: Ja, Oliver Berger, ich schliesse gerade an deinen letzten Sätzen an. Ich möchte nämlich nichts mehr sagen, welche Systeme eigentlich funktionieren und welche total rückständig sind auf dieser Welt. Ich möchte nur noch eines sagen, ich habe gestern, nein, vorgestern Abend, Dienstagabend auf Telebärn eine Sendung geschaut. Die Berner Runde mit 3 Mitgliedern aus unserem Stadtrat, unter anderem unsere Stadtratspräsidentin zum Thema: "Wieso, dass so viele Leute aus dem Stadtrat austreten." Und er ist immer wieder genannt worden: "Die Belastung sei einfach so hoch sei und die Arbeit und so, und es gebe so viel zu tun." Ja, wir machen uns die Arbeit selber mit so Postulaten wie dem hier, wo wir 0 Kompetenzen haben. Wir können den Kapitalismus nicht überwinden und nicht abschaffen auf städtischem Boden. Das ist einfach nur Hugo. So machen wir uns die Belastung und logisch treten die Leute dann aus dem Stadtrat aus. Wir kümmern uns nämlich nicht mehr um die Probleme oder die Lösungen der Probleme, sondern machen irgendetwas Abstruses in diesem Rat und nachher wundern wir uns, warum sich die Leute entscheiden, lieber ihre Zeit mit etwas sinnvollem zu verbringen. Einen schönen Abend.

Präsidentin: Danke, Sibyl. Wir sind durch mit den Fraktionserklärungen. Wir sind bei den Einzelvoten. Das Wort hat Bernhard Hess.

Bernhard Hess (SVP), Einzelvotum: Also ich wundere mich natürlich schon, dass ein Stadtparlament, das muss man sich einmal vorstellen, über eine solche zentrale globale Frage diskutiert. Was sicher einmal klar ist, es gibt natürlich einen gewissen Haifisch-Kapitalismus und der Haifisch-Kapitalismus, der ist global. Das ist dann nicht irgendetwas, das man runterbrechen kann auf eine Stadtebene. Zweitens müssen wir feststellen, dass wir hier in der Stadt Bern an und für sich, einen sehr gesunden Kapitalismus in Anführungszeichen haben. Einer, der über Jahrhunderte gewachsen ist, nämlich den

Kapitalismus des Gewerbes, des Kleingewerbes, des mittleren Gewerbes, der immer noch sehr verbreitet ist, der auch sehr sozial ist. Es gibt natürlich auch viele Gewerbler, die doch ihre soziale Verantwortung absolut wahrnehmen. Und das Dritte, was ich bedenken möchte, ist, wenn man es wieder ein bisschen hochbrechen will, die Schweizerische Eidgenossenschaft. Man hört darunter das Wort "Genossenschaft", es ist ein System, das man definiert hat: "Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung" und das ist an und für sich etwas Gutes. Und zum Schluss möchte ich natürlich noch einfach darauf hinweisen, dass eigentlich sämtliche politische Systeme, die es bisher gegeben hat, die nicht auf dem Kapitalismus begründet sind, die haben zum Teil gigantischen Schiffbruch erlitten und das muss man sich einfach einmal wirklich vor Augen führen. Ich muss sagen, dass das, was sie heute gebracht haben, eigentlich wirklich Quatsch ist. Und wir von der SVP-Fraktion werden das Postulat der alternativen Liste natürlich ablehnen.

Präsidentin: Merci, Bernhard. Das Wort hat Ruth Altmann.

Ruth Altmann (parteilos), Einzelvotum: Okay. Ich danke dem Vorredner Bernhard Hess für sein Votum, das war auch nicht ganz schlecht. Und einiges das sehe ich auch so. Aber ich möchte jetzt noch sagen, so ganz schlecht war das Postulat der alternativen Linken nicht. Es hat ein paar innovative Ansätze drin und ja, es ist halt eine Grundsatzdiskussion. Ausnahmsweise machen wir jetzt das und auch Sibyl Eigenmann hat recht, wenn sie sagt, ja, wir machen uns die Arbeit schwer hier. Aber es hat ein paar Sachen drin – es ist ein bisschen zu schnell geredet worden –, wo gar nicht so schlecht sind und vielleicht ist da einiges untergegangen. Das ist schade. Allerdings dann kam der Vorwurf der FDP. Oliver Berger sagt hier, es sei antiquiert und veraltet und weiss nicht was alles. Ich muss ganz ehrlich sagen, wer hier wirklich die antiquierteste Forschung bringt, Sachen wie Manchesterliberalismus und solche Sachen, das gehört wirklich ins vordere Jahrhundert, der ist antiquiert. Das ist vor allem die FDP heute Abend gewesen. Und dann möchte ich doch sagen, im Gegensatz zu dem, ist dann die alternative Linke mit dem Postulat fast progressiv gewesen. Danke.

Präsidentin: Danke, Ruth. Das Wort hat Szabolcs Mihalyi.

Szabolcs Mihalyi (SP), Einzelvotum: Ich erlaube mir nur kurz darauf hinzuweisen, und gerade die Liberalen oder die für liberal haltenden, will ich doch daran erinnern, dass es doch explizit die Planwirtschaft gibt in unserem Land. Wir zahlen jeden Tag 10 Mio. Franken in die Landwirtschaft. Vielleicht ist es eigentlich auch das richtige Beispiel für jede Seite, aber umso besser, wenn wir heute darüber reden, ob wir das wollen oder nicht.

Präsidentin: Merci, Szabolcs. Oliver Berger hat das Wort.

Oliver Berger (FDP), Einzelvotum: Ich will nicht lange machen. Es ist klar, dass natürlich eine ehemalige FDP-Stadträtin jetzt vielleicht auf die alte Partei einschiesst und auch ihren Sohn vertritt. Das kann ich verstehen. Besten Dank.

Präsidentin: Merci, Oliver. Das Wort hat Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP) Einzelvotum: Vielleicht halten das für ihn nicht angemessen, hier über grundsätzliche Fragen von unserer Wirtschaftsordnung zu diskutieren.

Ich glaube, wenn ein Ratsmitglied versucht, hier aus seiner Position eine Diskussion anzustossen, ist das durchaus legitim. Und ich glaube, ich lasse mir nicht von einem Offizier der Schweizer Armee sagen, welcher Vorstoss sinnlos ist und welcher nicht.

Präsidentin: Danke, Johannes. Wir sind am Ende der Einzelvoten. Das Wort hat der Gemeinderat, Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Ich musste lange warten, bis wir die Debatte endlich führen konnten. Ich bin sehr glücklich, dass wir jetzt endlich, glaube ich, nach 7-mal verschieben, diesen Vorstoss heute Abend verhandeln können, und ich danke ihnen auch für die Debatte. Wir finden es durchaus angemessen, wenn der Rat eine Grundsatzdebatte führt, die wirtschaftspolitische Grundsatzdebatte führt.
Zum Vorstoss selber. Wir haben versucht, mit unseren bescheidenen Mitteln eine Antwort auf den Vorstoss zu geben. Ich habe zur Kenntnis genommen aus Ihren Voten, dass Sie von dieser Antwort nicht befriedigt sind. Was machen wir genau? Sie werden einen weiteren Vorstoss überweisen. Sie werden von uns verlangen, dass wir einen Bericht machen, und dann werden sie den Bericht zur Kenntnis nehmen. Was ihr schlussendlich von uns verlangt, ist, dass wir eine wirtschaftspolitische Studie machen, eine volkswirtschaftliche Studie machen, wo die Spielräume bestehen für die Stadt Bern. Ich kann euch genau sagen, wie es in der Stadtverwaltung ablaufen wird. Wir werden eine wissenschaftliche Mitarbeiterin dazu verdonnern, dass sie jetzt dort irgendwie eine vernünftige Abhandlung dazu macht. Sie wird, wenn nicht anders zu erwarten, vermutlich ziemlich gefordert sein mit dieser Aufgabe, vielleicht ein bisschen überfordert. Die Stadtverwaltung ist kein Universitätsinstitut. Wir sind nicht eingerichtet, um volkswirtschaftliche Studien und Abhandlungen zu erstellen, und wir sind schlicht und ergreifend nicht in der Lage, einen solchen Bericht abzuliefern. Sie werden uns trotzdem dazu verpflichten, einen solchen Bericht zu erstellen. Wir werden unser Möglichstes tun und unser Möglichstes geben. Es wird wohl ähnlich herauskommen wie die Vorstossantwort, die ihnen jetzt schon nicht gefallen hat. Wir werden einen Postulatsbericht verfassen. Ihr werdet ihn abweisen. Man könnte sich den Aufwand eigentlich auch sparen. Der Gemeinderat lehnt diesen Vorstoss ab. Wir möchten uns diesen Aufwand nicht leisten. Suchen sie doch sonst jemanden, bei dem sie diese Arbeit machen, geht an ein geeignetes Institut, geht an die Universität, fragt sie, ob sie uns eine solche Abhandlung liefern könnten. Wir wären sehr offen. Der Gemeinderat bemüht sich redlich, sich für eine sozialere und nachhaltigere Stadt einzusetzen. Wenn ihr sagt, das reicht nicht, können wir das diskutieren, dann können wir einzelne Massnahmen diskutieren. In dieser grundsätzlichen Form muss ich sagen, sind wir stark gefordert, wenn nicht überfordert. Ihr könntet uns davon verschonen, aber ich nehme es natürlich auch demütig zur Kenntnis, dass ihr uns zu einem solchen Bericht verpflichten werdet.

Präsidentin: Merci, Alec. Wir stimmen ab über das Postulat.

Abstimmung Nr. 014

2021.SR.000198

Annahme

Ja	30
Nein	26
Enthalten	3

Präsidentin: Ihr habt dem Postulat zugestimmt.

2023.SR.0110

7 Motion Judith Schenk (GLP) und Gabriela Blatter (GLP): Vermeidung von Vogelschlag

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum Nummer 7: Vermeidung von Vogelschlag. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Für die Einreichung, Judith Schenk. Kann sie bitte jemand anmelden?

Judith Schenk (SP) für die Einreichenden: Ich finde es schön, dass wir jetzt auch noch über etwas anderes reden können, heute Abend. Ich will noch schnell meinen Computer freigeben. Es geht um Vogelschlag. Wie man Vögelchen übrigens am besten vor freilaufenden Katzen schützt, funktioniert wenn man den Katzen verschieden farbige rote Halsbändchen anzieht. Denn die Vögel sehen Rot sehr gut aufgrund der Struktur ihrer Augen. Das funktioniert viel besser als Glöckchen oder alles andere. Zu unserer Motion: Artenschwund ist eines der ganz grossen Probleme im Bereich Natur und Umweltschutz, und die vorliegende Motion leistet einen Beitrag in unserer Stadt gegen den Biodiversitätsverlust. Weil die Bauordnung aktuell revidiert wird, sind wir Einreichende mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden, so, wie es der Gemeinderat vorschlägt, mit dem Auftrag, dass unsere Forderung so verbindlich wie möglich eingearbeitet wird, und wir möchten über den Prozess gerne auf dem Laufenden gehalten werden.

Präsidentin: Danke vielmals, Judith. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Gabriela Blatter für die GLP/JGLP/EVP-Fraktion.

Gabriela Blatter (GLP) für die Fraktion: Ich mache es kurz. Unsere Fraktion unterstützt die Wandlung von der Motion in ein Postulat und wir würden gerne noch vom Gemeinderat hören, in welchem Teilprojekt, dass das umgesetzt wird und wenn damit zu rechnen ist, dass das berücksichtigt wird bei der Revision der Bauerordnung. Merci.

Präsidentin: Merci, Gabriela. Alex Feuz für die SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich bin froh, dass man den Vorstoss gewandelt hat. Als Postulat werden wir es grossmehrheitlich unterstützen. Wir haben hier Stimmfreigabe, die Motion hätten wir abgelehnt. Ich bin mit Michael Hoekstra bei einer Begehung dabei gewesen und habe die sehr interessant und glatt gefunden. Etwas, was mir relativ rasch klar gewesen ist, gerade die Bushaltestellen bieten eine gewaltige Gefahr. Die haben vorne Glas, hinten dran habt ihr Büsche, so dass die Vögel effektiv nicht sehen, dass dort eine Glasscheibe ist. Das ist effektiv eine Gefahr. Für mich ist aber auch klar, dass ich am Gemeinderat Recht gebe. Ihr seht, heute bin ich schon direkt bei der Milde des Alters. Ich gebe dem Gemeinderat auch recht, dass es jetzt sinnlos wäre, wenn man das Baureglement jetzt anpassen würde. Wir machen die Anpassung später, deshalb unterstützen wir, wie Gemeinderat und Postulanten diesen Vorstoss grossmehrheitlich. Merci.

Präsidentin: Gibt es Einzelvoten? Der Gemeinderat verzichtet, wir stimmen ab über das Postulat.

Abstimmung Nr. 015

2023.SR.0110	
Annahme	
Ja	44
Nein	5
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr nehmt das Postulat an.

2022.SR.000215

8 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Stopp der Diskriminierung in Betrieben, die von der Stadt gefördert werden und mit denen ein Leistungsvertrag besteht!

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 8: Diskriminierung in Betrieben. Die Motion ist bestritten. Die Einreichenden haben das Wort. Für die Einreichenden, Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Es ist eine Motion. Ich danke, dass sie bereits jetzt traktandiert wurde. Wir haben darüber schon mehrmals diskutiert. Die Ausgangslage war klar. Es hat mit dem Stadtratsausflug angefangen, Thomas Glauser und ich wären mit den Rot-Grünen sogar noch in die Reithalle etwas trinken gegangen. Man hat uns nachher nicht reingelassen. Man hat nachher gesagt, politische Gegner hätten dort nichts zu suchen. Am nächsten Tag ging die Medienmitteilung heraus. Ich habe mehrmals versucht nachher mit Anträgen im Rahmen der Leistungsverträgen, dass man das korrigiert. Jetzt hat man zusätzlich noch einen Künstler ausgegrenzt, wie gesagt das bin, weiss Gott, nicht ich gewesen. Ihr seht, ich habe nicht eine Haarpracht, die sich eignen würde als Rastaträger zu machen, dann müssten ich die Haare dann lang wachsen lassen. Die Haare sind zwar relativ dicht, aber ich glaube mit Rasta das würde mir weniger stehen und nachher sie zu waschen, das wäre mir auch zu mühsam. Aber uns ist es darum gegangen und das ist das Entscheidende, dass man an einem Ort, wo man einen Leistungsvertrag abgeschlossen hat, nicht diskriminieren darf und da haben wir ja ganz einfache Forderungen gestellt. Ihr seht: "...das nötige veranlassen, dass die Diskriminierungen – und der Gemeinderat hat nur die Woke-Gründe aufgeführt – eigentlich aus politischen Gründen aufhören. Man soll Leistungsverträge mit Betrieben, die aus politischen Gründen diskriminieren oder die sogenannte Woke-Kultur zwangsweise durchsetzen wollen, zum frühesten Zeitpunkt kündigen, denn das sind wichtige Gründe. Stellt euch mal vor, wenn das Stadttheater sagt: "Wir wollen keine Japaner mehr" oder das Kunstmuseum sagt: "Wir wollen keine Kinder mehr." Stellt euch das doch einmal vor, das geht doch nicht. Das ist für mich eine Diskriminierung, eine politische Diskriminierung. Ihr habt es ja gesehen, wahrscheinlich wären jetzt die Leute der Reithalle noch froh, wenn ein paar SVPler mal dort den Barbetrieb heimsuchen und dort konsumieren würden. Wer weiss, da wären vielleicht die Zahlen dann auch wiederum besser. Es ist dann sicherzustellen, dass die Diskriminierung aus politisch und wirklich aufhört und dass die Zusammenarbeit dieser Betriebe, die aus politischen

Gründen diskriminieren oder die Woke-Kultur zwangsweise durchsetzen, sofort beendet wird und auf Empfehlungen verzichtet wird.
Das ist jetzt einfach das, was mich ein bisschen entsetzt. Der Stadtpräsident und der Gemeinderat lehnen diesen Vorstoss ab. Wir verlangen hier rein einfach eine Gleichberechtigung und man lehnt das einfach ab. Und ihr, die immer sagt, man müsse alle gleichbehandeln, diskriminierungsfreier Zugang. Hier soll es dann gelten. Es ist bewusst offen formuliert. Ich bin der Meinung, man sollte es als Motion durchhaben. Wenn ihr signalisiert, dass ihr es als Postulat grossmehrheitlich zustimmen würdet, dann würde ich sogar über den Schatten springen und umwandeln. Aber es kann doch nicht sein, dass es hier politisch als zulässig erklärt wird, in der Stadt, wo man sagt, wir sind offen für alle, wir wollen den Nemo, wir wollen alles, dass man sagt, die eigenen Leute, die Steuern zahlen, dürfen nicht dorthin gehen.
Ich habe euch auch gesagt, ich durfte nicht einmal im Vorgelände mit dem Schweizer Fernsehen SRF, das ist weiss Gott nicht ein rechts-faschistisches Medienunternehmen, dort ein Video machen über die Reithalle. Das ist auf dem Vorplatz gewesen, und zwar weit weg. Auch beim Container, beim farbigen Container, sind nachher die Leute gekommen und haben gesagt: "Ja, wir wollen das, wir brauchen das, ihr dürft dort nicht drehen. Ihr habt eine andere politische Gesetzgebung." Ich muss sagen, wenn ich als Steuerzahler und als Bürger der Stadt Bern, an gewissen Orten nicht mehr darf aufhalten, dann sage ich reclaim the streets. Das wäre jetzt das gleiche, wie wenn wir irgendwie sagen würden, Leute mit Jeans dürfen jetzt nicht mehr irgendwie in den Schweizerhof hinein oder was auch immer, völlig jenseits. Aber das ist genau etwas, was man eben nicht machen soll, nicht darf machen und darum haben wir hier eine klare Motion gestellt.
Ich hoffe schwer und ich bin jetzt gespannt, ob es hier überhaupt eine Diskussion gibt oder nicht, aber denkt an die Forderungen. Es geht hier darum diskriminierungsfreier Zugang, das, was ihr auch immer fordert von anderen Betrieben. Wir fordern es auch. Wenn ihr plötzlich wieder sagt: "Wir haben kein Geld mehr, wir haben niemanden mehr dort.", ihr wisst, wir SVPler, wir haben haben noch gerne einen Drink, wir nehmen noch gerne ab und zu etwas Gutes zum Essen, dann müsst ihr euch nicht beklagen. Dann kann man nicht in einer zweiten Phase sagen: "Man muss uns helfen, wir können die Heizkosten nicht mehr zahlen." Die Stadt muss wiederum zahlen, da sind wir ganz konsequent. Ihr seht, dieser Vorstoss ist einfach geschrieben. Ich will jetzt hier nicht mehr länger werden. Ich bin jetzt gespannt, was ihr sagt. Ich spreche allenfalls als Fraktionssprecher oder als Einzelsprecher nochmals. Ich bin jetzt gespannt, wie ihr euch dazu äussert und sage noch einmal: Es geht hier um diskriminierungsfreien Zugang bei einem Betrieb, der städtisch subventioniert wird, nicht um einen Privatbetrieb, nicht um einen privaten Klub. Es geht darum. Ich bin gespannt auf die Diskussion hier. Merci.

Präsidentin: Merci, Alex. Gibt es Fraktionsvoten? Szabolcs Mihalyi für die SP/JUSO-Fraktion.

Szabolcs Mihalyi (SP) für die Fraktion: In einer Demokratie hat auch die Opposition in einem Parlament die zentrale Aufgabe, die Regierung und die regierenden Parteien zu kontrollieren. Manchmal würde ich mir wünschen, die Opposition wäre dieser Aufgabe gewachsen. Dieser Vorstoss beweist, dass sie es häufig nicht ist. Hier wird verlangt im Fall der Brass, dass die Stadt allen Ernstes in einer Beiz, die ihr nicht gehört, in einem Gebäude, das ihr nicht gehört, nämlich in der Brass Lorraine dafür sorgt, dass dort keine Diskriminierung passiert. Einmal abgesehen davon, dass sich die Brass klar ge-

gen die Diskriminierung stellt. Was soll die Stadt jetzt bitte machen? Also einen Leistungsvertrag künden, den es nicht einmal gibt? Ich wünsche mir auch, dass die Opposition ihre Aufgaben ernst und wahrnimmt. Der Motionär hätte es klar nicht gemacht, aber man merkt, es ist November 2022 gewesen und die Motion ist eingereicht worden. Es war Grossratswahlkampf, man will ja in die Medien kommen. Die SP-JUSO-Fraktion wird diese Motion ablehnen.

Präsidentin: Danke, Szabolcs. Dann kommt Nik Eugster für die FDP/JF-Fraktion.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Ich mache jetzt ein bisschen die Mitte zwischen Szabolcs und Alexander, denn ihr müsst einander zuhören. Ihr müsst voneinander akzeptieren, dass es verschiedene Seiten gibt, wo es überall auch Wahrheiten dahinter hat. Es ist durchaus eine Entwicklung, die man nicht negieren kann. In gewissen Kreisen, die sich als sehr tolerant definieren, herrscht immer wieder Intoleranz gegenüber Leuten, die andere Lebensmodelle haben. Als Co-Präsident der FDP Bern-Nord kennen wir das aus der Lorraine. Unter dem Vorwand die Gentrifizierung zu bekämpfen, werden dort Wohn- und Lebensformen, die nicht dem entsprechenden politischen Weltbild entsprechen, bekämpft. Dass kein Missverständnis besteht. Ich spreche mich klar gegen die Gentrifizierung aus, die gerade für den Wohnungsmarkt erwiesenermassen negative Einflüsse hat, aber auch das Gegenteil ist nicht gesund, wenn nämlich ein Quartier nur eine Form von Leben akzeptiert. Das Ziel muss doch immer sein, dass es eine gute Durchmischung gibt, wo ein politischer Diskurs möglich ist. Und das gilt eben auch für Kulturangebote, die von der Stadt Bern unterstützt werden. Sie müssen nicht alle kommerziell ausgerichtet sind, sie sollten aber auch nicht nur für ein bestimmtes Publikum zugelassen sein. Sie müssen für alle offen zugänglich sein, weil ein Ausschluss von einzelnen Personenkreisen, die anders denken, undemokratisch ist und das gibt es halt einfach nun einmal zum Teil in gewissen Institutionen. Aber ich verstehe auch, dass das Ganze eine Grenze hat. Wer hier im Rat regelmässig gegen einzelne Kulturinstitutionen redet und einen Vorstoss nach dem anderen gegen die einreicht, muss nicht erwarten, dass man nachher mit wahnsinnig offenen Armen empfangen wird. Es braucht Respekt, nämlich von beiden Seiten. Wenn es Situationen gibt, wo einzelne Personengruppen in einem solchen Betrieb nicht mehr mit besonderen offenen Armen empfangen werden, dann hat das meistens irgendeine Vorgeschichte. Und darum sehen wir von der Fraktion FDP und JF im Sinn dieser Motion keinen Handlungsbedarf. Es muss auf einer anderen Ebene aufeinander zugegangen werden, nicht so, wie es der Gemeinderat befiehlt. Mein Votum ist ein Appell an beiden Seiten, aber ein klares Statement für ein Nein.

Präsidentin: Danke, Nik. Wir kommen zu den Einzelvoten. Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Das erstaunt mich schon etwas, dass man jetzt hier so viele Gutmenschen hat, wo immer von Rassismus von Diskriminierung sprechen, alle wollen so seelisch gut sein. Ich mache mich dann noch gut erinnern im 2019, als ich in den Stadtrat gekommen bin, mich richtig gefreut habe und wie Alexander Feuz bereits gesagt hat, sind wir nach Burgdorf zum Stadtratsausflug und nachträglich haben uns noch ein paar Ratskolleginnen, die nicht von unserer Partei sind, gesagt, kommt wir gehen doch in die Reithalle noch etwas trinken. Wir haben das sehr kollegial angenommen und sind in die Reithallen hineingegangen. Mich haben sie leider damals noch nicht so gekannt, aber der Feuz haben sie mit grossen Augen angeschaut und dann

hat man gesehen, dass sie in die Reithalle hineingegangen sind, Gruppierungen wurden gebildet und dann sind wir trotzdem gleich in die Reithalle hinein gegangen und die Kolleginnen vom grünen Bündnis - die sind jetzt nicht mehr im Rat – haben uns gesagt: "Ja, kein Problem kommt mit, die haben doch nichts gegen euch." Wir sind hineingegangen und drin ist eine Gruppierung auf uns zugekommen und hat gesagt: "Ihr seid von der SVP. Ihr seid von der SVP, ihr habt hier nichts zu suchen. Jetzt habt ihr genau 3 Minuten Zeit, wir bewirten euch nicht und nachher seid ihr draussen." Ich habe weder jemandem etwas zu Leid getan in dieser Reitschule, ich habe weder damals, als ich frisch im Stadtrat war, irgendetwas gemacht gegen die Reitschule und bin diskriminiert worden, weil ich bei der SVP bin. Und ihr, die dann Gutmenschen sein wollt, und sagt, man solle nicht Leute diskriminieren, ihr befürwortet nachher solche Angelegenheiten bei den eigenen Leuten. Ich zahle relativ viel Steuern in der Stadt Bern hier und muss eigentlich sagen, ich bin nicht gegen die Reithalle, ein Kulturzentrum kann passen in der Stadt Bern, aber nicht, wenn man nachher die eigenen Leute diskriminiert. Besten Dank.

Präsidentin: Merci. Bitte keine Zwischenrufe, keine Kundgebung, auch von der Bühne aus nicht. Vielen Dank, Alex Feuz für das Einzelvotum.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Merci. Ich sage etwas, weil ich angesprochen worden bin. Ich erlaube mich gleich am Schluss auch als Einzelsprecher zu kommen. Es ist mir vorgeworfen worden. dass ich den Vorstoss im Rahmen des Grossratswahlkampfes eingereicht habe. Wenn man weiss, die Grossratswahlen, die sind im Mai gewesen. Den Vorstoss habe ich eingereicht am 24. November.
2. Punkt: Es ist mir vorgeworfen worden, ja, ich habe unklare Forderungen gestellt. Ich habe 4 verschiedene Ziffer gemacht. Ich habe es bewusst auseinandergenommen. Ich sage bewusst: "...das nötige veranlassen...", damit die Diskriminierung aus politischen Gründen aufhört. Das gilt für alle Betriebe und dann unter Ziffer 2, dort habe ich geredet von diesen Betrieben, wo man Leistungsverträge hat. Da können wir jetzt klar sagen, welcher dass es ist, das ist die Reithalle. Und dort bin ich der Meinung, dass der Stadtpräsident und der Gemeinderat eingreifen sollten. Es kann nicht sein, dass man für etwas zahlen muss und dort keinen Zugang hat. Wir zahlen als Steuerzahler das und uns wird der Zugang verweigert. Ich habe mich entschlossen, sogar heute noch eine kleine Anfrage mit meinen Fraktionskollegen einzureichen, weil wir selbst im Vorgelände nicht mehr erlaubt sind. Dort, wo freier öffentlicher Raum besteht, dürfen wir uns auch nicht mehr aufhalten. Wenn es so weitergeht, heisst es plötzlich, dass Kapitalisten und Rechtsbürgerliche gar nicht mehr in der Innenstadt sein dürfen. Vielleicht sind das die Auswirkungen der Überwindung des Kapitalismus. Das ist zu Ziffer 2.
Unter Ziffer 3 habe ich gesagt: "...ein Konzept zu erstellen." Wie viele Konzepte habt ihr gemacht? Wir haben gegen sexuelle Belästigung etwas, gegen Cat Calling haben wir etwas gemacht, aber gegen politische Diskriminierung soll man nichts machen dürfen. Für mich ist es sehr wohl ein Anliegen, man kann das teilen oder nicht teilen. Und nachher auch die Zusammenarbeit mit Betrieben, die aus politischen Gründen diskriminieren oder die Woke-Kultur Zwangshaft durchsetzen, sei sofort zu beenden. Da bin ich der Meinung, da sollte der Gemeinderat nicht ein Essen machen in einem Betrieb, der da gewisse Leute diskriminiert, das ist für mich schon ganz klar.
Ich verlange punktweise Abstimmung, dann können die Leute... Ja, sicher, nicht den Kopf schütteln. Das ist genau das, was ich euch ab und zu empfohlen habe. Schon manchmal habe ich gesagt, dass bei gewissen Vorstössen von euch, da kann ich mitmachen, die Ziffer 1 geht, Ziffer 4 nicht. Mit Luzius Theiler mit den Bäume-Vorstössen

haben wir X-mal das punktweise gemacht. Ich verlange ganz klar eine punktweise Abstimmung. Es ist ganz klar, das hat mir niemand zu verbieten, dass man das so macht. Das ist politisch ganz klar. Ihr seht, ich halte die Redezeit mehr als ein. Ich hoffe, ihr unterstützt das. Wenn ihr es nicht unterstützt, muss ich eben sagen, die rot-grüne Stadt Bern diskriminiert, sie grenzt aus, sie weist die Leute zurück. Es braucht hier eine Änderung durch die Wahlen und ich hoffe, es gibt eine Änderung auf allen Stufen, Stadtpräsidium und Gemeinderat. Danke.

Präsidentin: Danke, Alex. Was ich jetzt nicht verstanden habe: Punktweise Motion oder Postulat? Motion gut, ist gut, die Motion. Dann hat Alec von Grafenried noch das Wort.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Danke für die Debatte, es ist alles gesagt worden, wir haben schriftlich Stellung genommen. Ich verweise auf die schriftliche Stellungnahme und bitte sie, die Motion abzulehnen. Merci.

Präsidentin: Danke, Alec. Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen punktweise über die Motion als Richtlinie ab. Wir stimmen ab über Punkt 1.

Abstimmung Nr. 016

2022.SR.000215: Punkt 1

Ablehnung

Ja	5
Nein	47
Enthalten	1

Präsidentin: Punkt 1 ist abgelehnt. Wir stimmen ab über Punkt 2.

Abstimmung Nr. 017

2022.SR.000215: Punkt 2

Ablehnung

Ja	4
Nein	51
Enthalten	1

Präsidentin: Punkt 2 ist abgelehnt. Wir kommen zu Punkt 3.

Abstimmung Nr. 018

2022.SR.000215: Punkt 3

Ablehnung

Ja	10
Nein	45
Enthalten	1

Präsidentin: Punkt 3 ist abgelehnt. Wir stimmen ab über Punkt 4.

Abstimmung Nr. 019

2022.SR.000215: Punkt 4

Ablehnung

Ja	4
Nein	51
Enthalten	1

Präsidentin: Punkt 4 ist abgelehnt. Dann sind wir am Ende von dieser Sitzung. Herzlichen Dank und einen ganz schönen Abend.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden
Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

9 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Ende Zwischennutzung Schützenmatte: Die aufgehobenen gebührenpflichtigen Parkplätze sind umgehend provisorisch wieder in Betrieb zu nehmen. Die leidende Stadtkasse ist auf diese Einnahmen von 6000'000 Franken pro Jahr dringend angewiesen 2020.SR. 000179
10 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Rudolf Friedli, SVP): Nachhaken zum Vorstoss „Umwegrendite der Reithalle“ von Michael Burkhard: Wie hoch sind der Kollateralschaden und die negativen Faktoren?2016.SR. 000223
11 Interpellation Henri-Charles Beuchat (SVP) - übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Wochenberichte Kantonspolizei zu den Ereignissen Reitschule vom 15.6.2015 bis 16.1.2017 2017.SR. 000118
12 Interpellation Thomas Glauser (SVP), Alexander Feuz (SVP): Sicherheitskonzept in der Reitschule endlich durchsetzen! 2019.SR. 000347
13 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Janosch Weyermann/Thomas Glauser, SVP): Was gelten für baurechtliche und energierechtliche Vorschriften im Bereich der Reitschule und der Schützenmatt? Werden diese durchgesetzt? 2019.SR. 000299
14 Motion Alexander Feuz (SVP): Die Bestimmungen der Denkmalpflege müssen auch hinsichtlich der Reithalle endlich durchgesetzt werden! 2021.SR. 000219
16 Interpellation Henri-Charles Beuchat (SVP) - übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Sozialhilfe im Kontext radikal-islamischer Mobilisierung und Missbrauch von sozialen Institutionen 2017.SR. 000216
17 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP/Sara Schmid, SP): Fragen zu Problemen bei der Einführung von CitySoftnet 2023.SR. 0189
19 Interpellation Fraktion FDP/JF (Oliver Berger/Bernhard Eicher/Ruth Altmann, FDP): Streit um Polizeieinsätze – Deeskalation und Lösungsansätze? 2018.SR. 000199
20 Interpellation Thomas Glauser (SVP): Griffige Massnahmen zum Schutz vor politisch motivierter Gewalt 2019.SR. 000169
21 Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, AL/GaP/PdA (Lea Bill, GB/Eva Gammenthaler, AL): I can’t breathe – es reicht! 2021.SR. 000149
22 Interfraktionelle Motion AL/GPB-DA/PdA+, GLP, SP, GB/JA! (Christa Ammann, AL/Peter Ammann, GLP/Yasemin Cevik/Lena Sorg, SP/Leena Schmitter, GB/Seraina Patzen, JA!) - übernommen durch Halua Pinto de Magalhães (SP): Massnahmen zur

Prävention und Kontrolle von Racial Profiling bei Personenkontrollen durch die Kantonspolizei; Begründungsbericht 2016.SR. 000250
23 Postulat David Böhner (AL): Wiedereinführung der Stadtpolizei 2022.SR. 000172
24 Interpellation Fraktion GB/JA! (Jelena Filipovic, GB / Lea Bill, GB / Mahir Sancar, JA! / Anna Jegher, JA!): Wie kommt es zur willkürlichen Bewilligungspraxis der Berner Orts- und Gewerbepolizei? 2022.SR. 000231
25 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA! (Sofia Fisch, JUSO/Lea Bill, GB): Bekämpfung von Diskriminierung und Verdrängung von Bettler*innen 2023.SR. 000028
26 Interpellation Henri-Charles Beuchat (SVP) - übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Islamismus provoziert – Erhalt der öffentlichen Ordnung in der Stadt Bern 2017.SR. 000259
27 Interpellation Henri-Charles Beuchat (SVP) - übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Polizeipatrouille mit Leuchtsignalmunition vom Dach der Reitschule angegriffen – schwere Straftat nicht einfach hinnehmen 2018.SR. 000003
28 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz, Kurt Rüegsegger, Thomas Glauser, SVP): Videoüberwachung in der Stadt Bern. Wie weiter? Videoüberwachung bei Velodiebstählen (Eigentumsdelikte?) in Veloeinstellhallen keine Videoüberwachung bei Reithalle (Delikte gegen Leib und Leben und sexuelle Integrität) 2023.SR. 000037
29 Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, AL (Anna Leissing/Rahel Ruch, GB/Jemima Fischer, AL): Schützenmatte: Wann gibt es endlich Freiraum statt Parkplätze? 2021.SR. 000144
30 Motion Fraktion SVP (Ueli Jaisli, SVP): Mehr Sicherheit durch Markieren der Perronkanten bei Tram- und Bushaltestellen mit grossem Niveauunterschied 2019.SR. 000323
31 Motion Fraktion SP/JUSO (Ayse Turgul) - übernommen durch Halua Pinto de Magalhães (SP): Sanierung der Turnierstrasse: Mehr Sicherheit auch für Fussgänger*innen 2021.SR. 000121
32 Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, SP/JUSO (Manuel C. Widmer, GFL/Michael Sutter, SP): Trottoirüberfahrten für Fahrradfahrende entschärfen 2021.SR. 000197
33 Motion Fraktion SP/JUSO (Szabolcs Mihàlyi/Fuat Köçer, SP): Den Bahnhof Europaplatz hindernisfrei und attraktiv gestalten 2022.SR. 000051
34 Postulat Fraktion AL/PdA (Eva Chen, AL / Matteo Micieli, PdA): Grüne Welle für zu Fuss Gehende 2023.SR. 0104
35 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Niklaus Mürner/Thomas Glauser): Die Mitbestimmung beim Entscheid über Begegnungszonen muss verbessert werden! Im Sinne der Stadt der Beteiligungen sei der Kreis der Mitwirkenden zu erweitern! 2023.SR. 0190

Eingereichte Vorstösse

An der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:
1. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Bernhard Hess, SVP): Städtisches Mitwirkungsverfahren: Gibt es einen Zwang für die Verwendung eines Fragekatalogs? Gesetzliche Grundlage? Künftige Praxis?
2. Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, GFL (Lea Bill, GB/Mahir Sancar, JA!/Dominik Nellen, SP/Michael Burkard, GFL): Unterschriftensammeln im öffentlichen Raum grundsätzlich ermöglichen
3. Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, GFL (Lea Bill, GB/Mahir Sancar, JA!/Dominik Nellen, SP/Michael Burkard, GFL): Es braucht eine Unterscheidung zwischen kommerziellen und ideellen Flyern
4. Interpellation Fraktion FDP/JF (Florence Pärli Schmid, JF): Gewaltexzesse vor der Reitschule am Wochenende vom 5. Mai 2024: Was ist genau passiert?

5. Kleine Anfrage Florence Pärli Schmid (JF): Warum toleriert der Gemeinderat Gewaltverherrlichung an städtischen Gebäuden?
6. Dringliches Postulat Florence Pärli Schmid (JF), Nik Eugster (FDP): Eurovision Song Contest 2025 in Bern?
7. Motion Fraktion GB/JA! (Sarah Rubin, GB/Ursina Anderegg, GB/ Anna Jegher, JA!) und Sofia Fisch (JUSO): Aktionstage Behindertenrechte – und die Stadt Bern zieht mit!
8. Motion Fraktion GB/JA! (Sarah Rubin, GB/Ursina Anderegg, GB/Anna Jegher, JA!) und Sofia Fisch (JUSO): Massnahmen für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen – Grundrechte sicherstellen!
9. Interfraktionelle Motion GB/JA!, GLP/JGLP/EVP (Sarah Rubin, GB/Ursina Anderegg, GB/Anna Jegher, JA!/Bettina Jans-Troxler, EVP) und Sofia Fisch (JUSO): Expertise von Menschen mit Behinderungen abholen
10. Kleine Anfrage Fraktion GB/JA! (Mirjam Arn, GB): Freihaltung der Blindenleitsysteme auf den Gehwegen
11. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Bernhard Hess, SVP): Vorplatz Reithalle: akzeptiert der Gemeinderat die Forderung, dass politisch missliebigen Personen sich auch auf dem öffentlich frei zugänglichen Orten, vertrieben werden?
12. Kleine Anfrage Paula Zysset (JUSO), Nora Joos (JA!), Anna Jegher (JA!), Mahir Sancar (JA!): Besetzung der Universität Bern: Wie schützt der Gemeinderat das Recht auf Protest?
13. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Bernhard Hess, SVP): Hauseigener Sicherheitsdienst der Reithalle: ist der Gemeinderat wirklich der Auffassung, dass dieser eine Hilfe für die Polizei ist? Wenn ja, weshalb? Ist es nicht ein Fehler, dass der Sicherheitsdienst bei Krawallen die mutmasslichen Täter in der Reithalle untertauchen lässt?

Schluss der Sitzung: 22.31 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

02.07.2024

X

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

22.07.2024

X

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi